

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1923

2.12.1923 (No. 332)

Karlsruher Tagblatt

Verkaufspreis:
Kont. 65 Goldm. frei
Post. In unierer
Geldst. oder in unierer
Geld. abgeh. 60 Goldm.
Anzahlverkauft. 120 Mld.
Im Falle höherer Gewalt
ist der Verleger keine An-
sprüche bei veränderten
Bedingungen der Zeitung
übernehmen können nur
wenn bis zum 25. auf den
nächsten Monatsheft an-
genommen werden.
Verlag, Schriftleitung und
Verwaltung: Ritterstraße 1

**Anzeigenberechnung nach
Grund- und Schlüsselzahl:**
Grundzahl für die 96000
Zeilenbreite oder deren
Raum 200, anstandslos 240,
Vervielfachen und die
Schlüsselzahl 100, Restzahl
000, an erster Stelle 650.
Schlüsselzahl 1 400 000 000.
Rabat nach Tarif.
Verlagsanträge:
Geschäftliche Nr. 18,
Verlag Nr. 21 und 297,
Schriftleitung Nr. 20,
Anstaltsleiter Nr. 19,
Politikredaktion Nr. 9547
Karlsruhe.

Badische Morgenzeitung Mit der Wochenschrift **„Die Pyramide“** **Badische Morgenpost**

„Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Für die Frauen“ / „Wandern und Reisen“ / „Die Scholle“

120. Jahrg. **Samstag, den 2. Dezember 1923** Nr. 332

Heraus aus dem Irrtum!

Man hat in den letzten acht Tagen, in denen die Herren Parlamentarier in Berlin dem deutschen Volk und dem Ausland das gewohnte klägliche Schauspiel einer Regierungsbildung boten, wieder die oft gehörten Vorwürfe gegen den Parlamentarismus im allgemeinen und gegen den deutschen Parlamentarismus im besonderen gehört; man wird sie noch öfter hören. Und eines Tages wird das deutsche Volk seiner bösen Gewohnheit folgen und von einem Extrem in das andere fallen und den Parlamentarismus mit Begeisterung abschaffen. Man verläßt einen Irrtum, um sich dem andern zuzuwenden. Das ist rechtzeitig zu warnen ist Pflicht. Allerdings ist der Parlamentarismus scheinbar einer der Gründe unseres Übels, aber genauer besehen ist er nur ein Instrument, mit dem schlimmer Mißbrauch getrieben wird, und zwar Mißbrauch von den Parteien. Die Parteien, die sich als die treuesten Hüter des Parlamentarismus anrufen, die sogenannten Parteien der Dinten sind heute reaktionär im wahren Sinne des Wortes. Sie wollen sich einer Bewegung entgegenstellen, die aus den Enttäuschungen der letzten Jahre einen natürlichen Antrieb erhält, sie bauen mit Hilfe des Parlamentarismus immer neue Hindernisse für das andringende Neue. Daran sind die sogenannten Regierungskrisen der letzten Zeit entstanden und werden immer neu entstehen, bis es dem Parlament gelingt, dem deutschen Volk eine Regierung zu geben, die der Bewegung von links nach rechts freie Bahn schafft und Kraft genug besitzt, sie in geschickten Bahnen zu halten. Gelingt dies nicht, dann werden die Ereignisse eines Tages über Parlament und Parlamentarismus hinwegschreiten.

Bei Bildung der jetzigen Regierung hat sich deutlich gezeigt, daß bei den meisten Politikern zwar die Erkenntnis vorhanden ist, daß heute die Stimmung des Volkes nicht mehr die gleiche ist wie vor einem Jahre, aber es fehlt fast allen das Bewußtsein der Not, die Konsequenzen zu ziehen. Das Zentrum mit seinem sicheren politischen Instinkt hat sich allerdings sofort richtig eingestellt und unumwunden erklärt, es gäbe nicht nur eine Möglichkeit: eine Regierung der demokratischen Parteien zusammen mit den Sozialdemokraten. Mit der Sozialdemokratie erklärt das Zentrum, ist vorläufig keine Regierung zu bilden! Die Deutsche Volkspartei macht noch nicht den Eindruck einheitlicher Entschlossenheit, es scheint, daß die Öffnung auf die Überkehr der großen Koalition bei ihr noch nicht ganz erloschen ist. Stresemann selbst hat in nach der Richtung einen letzten Versuch gemacht, stark schwankend und unsicher hat sich die Demokratie gezeigt. Bemerkenswert sind die Äußerungen der „Frankfurter Zeitung“ vom 28. November (siehe die Berliner Redaktion des Blattes): Eine legale und sich an die Verfassung haltende Regierung von einem reinlich konservativen Charakter würde jetzt wohl der überlegenden Stimmung derjenigen parlamentarischen Richtungen entsprechen, die auch im Lande starke Kräfte hinter sich haben. Die Sozialdemokratie hat sich selbst ausgeschlossen und ist aus mandarntischen im Augenblick nicht regierungsfähig. Trotz dieser Erkenntnis hat das Blatt wiederholt zur gleichen Zeit die Wiederherstellung einer Regierung aus Zentrum und Demokratie und Sozialdemokratie empfohlen! Auf das Maß von politischem Verantwortungsgefühl in der Sozialdemokratischen Partei lassen die Äußerungen schließen, daß die verantwortlichen Führer dieser Partei in den Krisentagen sich von der Reichshauptstadt ferngehalten haben. Die Sozialdemokratie wird zurzeit nur noch von der Sorge um den Bestand ihrer Partei geleitet, alles andere kommt für sie an zweiter Stelle. Die Deutschen Nationalen, die eine Bewegung auf sich zukommen sehen, zeigen eine Haltung, die außer ihnen niemand verstehen wird. Auch diese Partei, die so schnell mit dem Vorwurf der Parteipolitik zur Hand ist, kommt anscheinend nicht aus gewissen Irrtümern ihrer Politik heraus. Vielleicht täuscht sie sich doch, wenn sie glaubt, daß ihr die Früchte ganz von selbst in den Schoß fallen. Dies verhängnisvolle Zustand kann auch dieser Partei entgegenzutreten, wenn sie glaubt, daß ihre Stunde gekommen sei. Die harte preussische Einseitigkeit der Deutschen Nationalen ist hier in Süddeutschland sehr aufgefallen.

Allen Parteien des Reichstages und den deutschen Landtagen ist eines gemeinsam: sie stehen alle noch in Irrtümern der letzten Jahre, die einen mehr, die anderen weniger. Die Erkenntnis ist, wie es scheint, auf allen Seiten vorhanden, daß die Politik der letzten Jahre verfehlt war. Aber die Führer haben die Entschlußkraft verloren, sie schwanken im Urteil darüber, wie weit die Wähler auf neuen Wegen mitgehen. Darum das unsichere Hin und Her, darum die Entschlüsse, die immer zu Irrtümern führen. Und doch müssen wir aus den Irrtümern heraus, und wenn es auch noch so schmerzhaft ist, fadellang gepflegte Illusionen zerstören zu müssen.

Das deutsche Volk steht an einem Wendepunkt seiner Geschichte. In diesen Wochen wird es

sich entscheiden, ob das deutsche Volk als deutsche Nation wieder den Weg findet, auf dem es mit jähem Geduld sich wieder emporarbeiten kann oder ob das deutsche Volk für lange Zeit aufhört als Nation zu existieren und in einzelne schwache Teile zerfällt. Fast will es scheinen, als ob dem deutschen Volk die Kraft geschwunden sei, selbst über sein Schicksal zu entscheiden. Die Gewalt des unversöhnlichen Gegners im We-

Regierung und Reichstag.

3. Von unserer Berliner Redaktion wird uns geschrieben:
Der Reichstag wird am Dienstag nachmittag um 3 Uhr die Erklärung des neuen Reichskanzlers Dr. Marx entgegennehmen. Wahrscheinlich wird die Sitzung sofort nach der Erklärung des Kanzlers geschlossen, da sowohl die Sozialdemokraten als auch die Deutschen Nationalen den Wunsch haben, sich zunächst mit den Erklärungen der Regierung in Fraktionsberatungen zu befassen. Von den Beratungen der beiden Fraktionen wird es dann abhängen, ob das Kabinett Marx ein Vertrauensvotum des Reichstages erhält oder nicht. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß das Kabinett eine Mehrheit bekommt. Man nimmt an, daß der Reichskanzler in der Frage des militärischen Ausnahmezustandes die Erklärungen, die Dr. Stresemann in seiner letzten Rede abgegeben hatte, wiederholen und damit die teilweise Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes verweigern wird. Die Sozialdemokraten wird das nicht befriedigen, so daß entweder nur mit einer neutralen Haltung oder auch mit einer Ablehnung des Kabinetts durch die Sozialdemokratie zu rechnen ist. Dagegen wird damit gerechnet, daß die Deutschen Nationalen Neutralität gegenüber dem Kabinett bewahren, und so zunächst eine Annahme des Vertrauensvotums durch die mittelbürgerlichen Parteien sichern. Immerhin könnte in solchem Falle wieder die Haltung der Bayerischen Volkspartei den Ausschlag geben, da diese sich nicht ohne weiteres zur Zustimmung zu einem Vertrauensvotum verpflichtet hat; wenn auch nach dem Eintritt des bayerischen Abgeordneten Emminger in das Justizministerium zum mindesten auf Neutralität zu rechnen ist.

Wie das 8-Uhr-Abendblatt aus zuverlässiger Quelle erfährt, beabsichtigt der Reichsminister des Innern Dr. Jarres schon in einer der nächsten Sitzungen des Reichskabinetts eine Vorlage wegen Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten und Staatsangestellten zur Beschlussfassung vorzulegen. Dr. Jarres beabsichtigt in dieser Verordnung die Arbeitszeit der Reichsbeamten und Staatsangestellten auf zehn Stunden zu erhöhen. Diese Regelung wird zweifellos auch den Reichstag beschäftigen und prinzipielle Fragen von großer Bedeutung für die Innenpolitik Deutschlands aufwerfen.

Wie daselbe Blatt weiter aus zuverlässiger Quelle erfährt, sind die Verhandlungen zwischen dem Reichsbank und der Rentenbank in der Frage der Wirtschaftskredite soweit geblieben, daß die Gewährung der Rentenmarkkredite an die Wirtschaft baldigst erfolgen kann. Es handelt sich dabei um einen Betrag von 1200 Millionen Rentenmark, die in der Form von Wirtschaftskrediten in den Verkehr gebracht werden können. Weiter beabsichtigt sich die Reichsbank mit der Ausgabe einer neuen deutschen Goldnote, die neben der Rentenmark in den Verkehr gebracht werden soll. Der Zweck der Ausgabe dieser Note, deren Einlösung in Gold oder fremden Devisen durch die Reichsbank garantiert werden soll, ist noch ein zweites wertbeständiges Zahlungsmittel zu schaffen.

Die Haltung der Demokraten.

in Berlin, 1. Dez. (Drahtber.) Die Reichstagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei hat in ihrer heutigen Fraktionsversammlung beschlossen, in der bevorstehenden Plenarsitzung durch den Abgeordneten Haas ihre Zustimmung zur Bildung der neuen Regierung zu erklären.

Pariser Stimmen zur neuen deutschen Regierung.

Paris, 1. Dez. Zu dem Ministerium Marx äußert sich der „Matin“, die Aufgabe, die den neuen Reichskanzler, und wenn nicht ihn, so doch seinen Nachfolger erwartet, scheint die Kräfte eines einzelnen Menschen zu übersteigen. Sie sei eine Aufgabe der inneren Verwaltung, wie Rupprecht von Bayern, als er daran dachte, die Regierung zu übernehmen, sie formuliert habe mit den Worten: Wir müssen unseren Millionen von Deutschen zu essen und zu trinken geben! Damit aber das gelinge, werde es unerlässlich sein, die Lage in Deutschland zu stabilisieren. Das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten aber bleibe auch innerhalb des Kabinetts Marx in den Händen Stresemanns. Es scheint, daß unter den augenblicklichen Umständen die erklärlichen Männer, die im Regieren noch nicht verbraucht sind, zurückbleiben. — Das „Dewore“ schreibt, das Kabinett Marx bilden dieselben Minister, es gehe aber ein wenig mehr nach rechts.

ken, der das deutsche Volk als Nation vernichten will, ist so übermächtig geworden, daß man sich nicht wundern kann, wenn immer öfter die Frage laut wird, ob es noch Zweck hat, gegen das fast Unvermeidliche anzukämpfen. Und doch muß die Antwort mit feinem Ja gegeben werden, ja es hat noch Zweck, denn wir haben noch nicht alle Möglichkeiten erschöpft, um uns zu behaupten und als Nation weiter zu bestehen.

Der Kölner Oberbürgermeister über den Rheinlandstaat.

Paris, 1. Dez. (Drahtber.) Der Kölner Oberbürgermeister Dr. Adenauer hat einem Berichterstatter des Figaro in Köln in seinem Interview erklärt: Ich glaube nicht, daß vom Standpunkt eines französischen Staatsmannes die völlige Trennung der Rheinlande vom Reich, mit anderen Worten der Pufferstaat wirtschaftswert ist. Ein derartiger Staat hätte gar keinen Einfluß auf die allgemeine Politik und insbesondere auf die Führung der Geschäfte in Deutschland. Es kommt aber darauf an, daß Deutschland in friedlichem Sinne geleitet wird. In diesem Sinne hat Frankreich vielmehr ein Interesse daran, daß der westliche Bundesstaat in Rahmen des Reiches gebildet wird. Es gibt in Deutschland drei Einflußzentren, Preußen, Bayern und den Westen. Frankreich hat ein Interesse daran, daß der Westen die Oberhand behält. Wir begreifen es gut, daß Frankreich für seine Sicherheit besorgt ist, und auch der Westen muß einen Krieg von sich weisen, der sich auf seinem Gebiete abspielen würde.

Die rheinische Goldnotenbank.

Paris, 1. Dez. (Drahtber.) Nach einer Havasmeldung aus Brüssel hat der Vorsitzende der Kölner Handelskammer Louis Hagen unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Berlin dem Kölner Korrespondenten des „Soir“ Erklärungen über die Haltung der deutschen Regierung gegenüber der Errichtung einer rheinischen Bank abgegeben. Er sagte, die deutsche Regierung sei nicht an der Durchführung dieses Planes. Die rheinische Bank werde wahrscheinlich anfangs des nächsten Jahres in Erscheinung treten. Ueber seine Stellung zur rheinischen Autonomie sagte Hagen, er halte es für unerlässlich, daß zwischen den autonomen Rheinländern und Frankreich ein wirtschaftliches und politisches Abkommen geschlossen werde. Das solle durch die Vermittlung von Koblenz geschehen, wo Thard seinen Sitz habe. Solche Abmachungen würden nicht nur den Interessen der beiden Nationen dienlich sein, sondern auch das Ziel der ganzen Welt fördern. Dennoch die Verhandlungen in Koblenz beginnen müßten, werde später Berlin dabei eine Rolle spielen müssen. Ein Abkommen würde nur dann möglich sein, wenn die Rheinlande im Reich verblieben.

Änderung der Befehlsmethoden.

in Paris, 1. Dez. (Drahtber.) Durch eine Havasmeldung aus Brüssel wird berichtet, daß a. H. zwischen der französischen und belgischen Regierung ein Meinungsaustrausch über die Form der weiteren Befehlsmethoden des Ruhrgebietes stattgefunden. Das Brüsseler Blatt „Etoile Belge“ glaubt zu wissen, daß mit dem Tage, an dem die Sicherheit der technischen Kommission gewährleistet sei, der Zustand vom Januar d. J. hergestellt werden könne. Verhandlungen einer Anzahl von Ausgewiesenen, die daraufhin wieder in das Ruhrgebiet zurückgehen können, seien in aller Eile zu erwarten.

Sachverständigenausschüsse.

Paris, 1. Dez. Die Reparationskommission hat in ihrer Sitzung gestern nachmittag auf Antrag des französischen Delegierten folgenden Beschluß gefaßt:
„Die Reparationskommission beschließt, nachdem dem Vertreter Deutschlands Gelegenheit gegeben wurde, den deutschen Standpunkt zu vertreten zu dem Zwecke gemäß den Bestimmungen des Artikels 24 des Vertrages von Versailles die Hilfsquellen sowie die Zahlungsfähigkeit Deutschlands nach Billigkeit abzuschätzen, zwei Ausschüsse von Sachverständigen einzusetzen, in denen die alliierten und assoziierten Länder vertreten sein sollen. Der eine dieser Ausschüsse wird mit dem Auftrag betraut, die Mittel und Wege zur Valanzierung des deutschen Budgets sowie die erforderlichen Maßnahmen zur Stabilisierung der deutschen Währung ausfindig zu machen. Der zweite Ausschuss soll sich mit der Ermittlung, Abschätzung und eventuellen Zurückführung der aus Deutschland geschlachten Kapitalien befassen.“

Wenden wir zurück in die Vergangenheit, auf den Weg, den wir in den letzten fünf Jahren gegangen sind, seitdem die ruhmreiche deutsche Armee im Kampf gegen eine ungeheure Uebermacht zurückweichen mußte. Von Kriegslust ist noch kein Volk je verjagt worden, aber nie ist es geschehen, daß ein Volk durch Kriegslust solchen verhängnisvollen Irrtümern zum Opfer gefallen ist wie das deutsche.

Drei große Irrtümer sind es, die seit fünf Jahren den Bild getrübt haben und uns auf falsche Wege führten. Irrtümer, die teils von außen uns während des Krieges zugezogen wurden, teils ihren Ausgang von der unglücklichen Stimmung genommen haben, unter der ein großer Teil des deutschen Volkes im letzten Kriegsjahr gelitten hat.

Der erste große Irrtum war der Irrtum über die wahren Absichten unserer früheren Feinde, es war der Glaube, daß man uns Freiheit und Recht lasse, wenn wir die Formen unserer staatlichen Lebens ändern und uns selbst entwerfen, es war die Meinung, daß es nicht der ernsthafte Wille Frankreichs sein könne, das Deutsche Reich zu zerstören und das deutsche Volk zu versklaven. Dieser Irrtum nahm seinen Ausgang von jener deutschen Partei, die den Internationalismus in ihr Programm geschrieben hat, ebenso wie den daß gegen den deutschen Militarismus und die in ihrem Saß sich soweit treiben ließ, daß sie die Lüge unserer Feinde von Deutschlands Schuld am Kriege unterstellte und für ihre Partei mit dem Versprechen geworden hat, daß das internationale Proletariat dem deutschen Volk den wahren Frieden geben werde. Diese Irrtümer, die teils im guten Glauben, teils mit bewußter Absicht im deutschen Volk verbreitet worden sind, haben eine Verleumdung in einem sehr großen Teil des Volkes geschaffen, die wie eine Krankheit gemilch hat, und zum Teil noch wirkt. Die Sozialdemokratie, die diesen Irrtum als Programmpunkt vertritt und verbreitet, hat leider Unterstützung in einigen andern deutschen Parteien gefunden. Es waren besonders Anhänger der Demokratischen Partei, die von einem falsch verstandenen Pazifismus geleitet wurden. Gewiß kann man mit Recht sagen, daß es zwecklos ist, über die Vergangenheit zu klagen, aber eben so wahr ist, daß wir auch in der Zukunft feil geben werden, wenn wir uns nicht von den Fehlern der Vergangenheit befreien, und wir werden uns nicht befreien, wenn wir sie nicht erkennen und befehlen und sie beim Namen nennen. Die Sozialdemokratie, die in den letzten Jahren den stärksten Einfluß auf die deutsche Politik ausübte, hielt an ihrem Irrtum bis vor wenigen Wochen fest, bis der Franzose selbst die Maske über Frankreichs wahre Absichten hat zu schmeißen können in der äußeren und inneren Politik verriet, die allmählich auch im Volk erkannt wurden.

Der zweite große Irrtum liegt mehr auf dem Gebiet der inneren Politik. Es ist der Glaube, daß sozialistische Ideen sich in einem Deutschland verwirklichen ließen, das von starken kapitalistischen Ländern umgeben, überall in seiner wirtschaftlichen Bewegung gehemmt ist. Die furchtbare Lage der deutschen Wirtschaft hat ihre Ursache neben außenpolitischen Einwirkungen in den Verwirrungen, die die Sozialisierungsideen und eine falsch verstandene Sozialpolitik angerichtet haben. Solange es der Wirtschaft mit Hilfe der stets findenden Marx aufging, solange konnte sie mit den Folgen einer falschen Wirtschaftspolitik fertig werden, aber nun, nachdem die Scheinblüte dahin ist, nun ist die Krise da, deren Anfang im Jahre 1918 liegen.

Der dritte große Irrtum war die Meinung, das ganze deutsche Volk ließe sich endlos von Berlin aus kommandieren. Eine endlose Kette von Konflikten ist aus diesem Irrtum entstanden. Nun ist auch der entfällt.

Nun gilt es entschlossen und mutig, diese Irrtümer abzuschwören und die Dinge zu sehen wie sie sind und nicht, wie man sie gern sehen möchte. Das muß das Programm der neuen Regierung sein.

Der neue Kanzler.

Senatspräsident Wilhelm Marx, Vorsitzender der deutschen Zentrumspartei und der Reichstagsfraktion derselben Partei, hat am 15. Januar sein 60. Lebensjahr vollendet. Geboren als Sohn eines Kölner Schulrektors, besuchte Marx das Apostelgymnasium seiner Vaterstadt, nach dessen Abschluß er an der Universität Bonn a. N. dem Rechtsstudium oblag. Im Jahre 1884 machte er sein Referendariat, im Jahre 1888 sein Advokatenexamen. 1894 wurde er Landrichter in Oberfeld. 1904 Landgerichtsrat in Köln. 1906 wurde er zum Oberlandesgerichtsrat in Köln ernannt und 1907 in derselben Eigenschaft nach Düsseldorf versetzt. Er erhielt den Titel: Geheimen Justizrat, 1919 schied er für ein Jahr aus, um die Stelle eines Generaldirektors an der Volksvereinszentrale in M. Gladbach zu bekleiden; 1920 wurde er Landgerichtspräsident in Pirmasur a. d. Ruhr, 1921 Senatspräsident am Kammergericht in Berlin. Wilhelm Marx ist seit Jahren an hervorragender Stelle im politischen Leben tätig; er

wurde 1899 Landtagsabgeordneter im Preussischen Landtag und 1910 Reichstagsabgeordneter. Die deutsche und die preussische Nationalversammlung haben ihn als Mitglied. Im Jahre 1921 schied er aus dem Landtag aus, um seine Hauptkraft in den Dienst der Reichstagsfraktion zu stellen, deren Vorsitzender er im Jahre 1921 nach dem Tode Trimborns wurde, wie er auch dessen Nachfolger in der Parteileitung des Zentrums wurde.

Die Pfälzer Separatistenherrschaft.

Ein Zwang auf die Bürgermeister des Bezirkes Germersheim.

Mannheim, 1. Dez. An die Bürgermeisterämter des Bezirkes Germersheim ist folgendes Schreiben gegangen:

Das Kommissariat (Bezirksamt) Germersheim der Regierung autonome Pfalz befehlt was folgt:

1) Der Bürgermeister hat sofort eine Sitzung des Gemeinderats einzuberufen, um einen Beschluss über die Stellungnahme des Gemeinderats gegenüber der autonomen Pfalz herbeizuführen. Der Gemeinderat hat sich mit folgendem zu befassen:

- a) Loyalitätserklärung
- b) Anerkennung
- c) Befolgung aller Befehle und Anordnungen der Regierung.

2) Mitglieder des Gemeinderats, die eine Loyalitätserklärung gegenüber der Regierung ablehnen, sind bei Einreichung des Beschlusses anber mit ihrem Namen zu benennen.

3) Für Ruhe und Ordnung innerhalb des Ortsbereiches ist die Gemeinde verantwortlich und haftet mit ihrem gesamten Vermögen für alle Fälle, die als Widergesetzlichkeit gegenüber der Regierung zu bezeichnen sind. Insbesondere wird in Erinnerung gebracht, daß das Standrecht verhängt ist.

4) Plakate usw. sind auf Anordnung der Regierung nach Zustellung sofort an der Gemeindefestung und an sonstigen sichtbaren Verkehrsstellen innerhalb der Gemeinde anzubringen bzw. durch die Ortsbehörde bekannt zu geben.

5) Versammlungen, Umzüge und sonstige Veranstaltungen gleich welcher Art, wobei mehr als 7 Personen beisammen sind, müssen drei Tage zuvor auf dem Bezirksamt 3. Nr. 5 angemeldet werden. Ausgenommen von dieser Anordnung sind Sitzungen des Gemeinderates und deren Untergruppen.

6) Punkt 3 und 5 sind sofort durch die Ortsbehörde bekannt zu geben.

7) Zustellung des Beschlusses (Punkt 1) sowie Vollzugsbefehl über Punkt 3 und 5 innerhalb 48 Stunden nach Zustellung auf Zimmer Nr. 5 des Bezirksamts.

Bezirksamt Germersheim
aca. Saan:
Rivollkommissar.

Eine merkwürdige Haltung der Freien Gewerkschaften.

Essen, 1. Dez. Am Donnerstag tagte in Gesellschaft der Wirtschaftsrat für Gelsenkirchen und Umgebung. In dieser Sitzung stellte der Vertreter der Freien Gewerkschaften (sozialistischen) an den französischen Delegierten die Frage, wie er sich zu dem Kündigungsstermin, dem 30. November, stelle. Der französische Delegierte antwortete, daß die Entlassungen ungültig seien und die Arbeiter in ihre Betriebe zur Arbeit zurückkehren sollten. Darauf wurde die weitere Frage an den Franzosen gerichtet, wer die Leute denn bezahlen solle. Er erwiderte: Selbstverständlich die deutschen Unternehmer! Auf Grund dieser sehr eigenartigen Erklärung erließ das Karlsruher freie Gewerkschaften ein Flugblatt, in dem alle Angestellten, Beamten und Arbeiter der Industrie aufgefordert werden, am morgigen 1. Dezember morgens zur Arbeit zu erscheinen. Ruhe und Disziplin sollen gewahrt und nur den Anweisungen der Betriebsräte Folge geleistet werden. Die Kreise der Industrie stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine Beschäftigungsmöglichkeit noch nicht gegeben sei. Wenn die Arbeiter also zur Arbeit erschienen, so würden ihnen wohl die Tore geöffnet werden, aber in den Betriebsstätten würde Befehlslosigkeit herrschen, daß Arbeitsmöglichkeiten tatsächlich nicht vorhanden seien. Durch das Vorgehen der Freien Gewerkschaften wird die Wirtschaftsrube aufs neue auf eine harte Probe gestellt, und es muß abgewartet werden, welche Folgen diese Manipulation haben wird.

len gewahrt und nur den Anweisungen der Betriebsräte Folge geleistet werden. Die Kreise der Industrie stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine Beschäftigungsmöglichkeit noch nicht gegeben sei. Wenn die Arbeiter also zur Arbeit erschienen, so würden ihnen wohl die Tore geöffnet werden, aber in den Betriebsstätten würde Befehlslosigkeit herrschen, daß Arbeitsmöglichkeiten tatsächlich nicht vorhanden seien. Durch das Vorgehen der Freien Gewerkschaften wird die Wirtschaftsrube aufs neue auf eine harte Probe gestellt, und es muß abgewartet werden, welche Folgen diese Manipulation haben wird.

Gewerkschaften und Arbeitszeit.

Essen, 1. Dez. Die Führer des Gewerkschaftsrings haben zu der fast umstrittenen Frage der Beseitigung des Achtstundentages eingehend Stellung genommen. Sie sind durchaus einverstanden, daß die Steigerung der Produktion die wichtigste Voraussetzung für die Wiederaufrichtung der Wirtschaft ist, nicht aber, daß diese Produktionssteigerung nur durch die Verlängerung der Arbeitszeit erreicht werden könne. Es werde daher grundsätzlich am Achtstundentage festgehalten, nicht aber an der schematischen Anwendung. Die Führerschaft des Ringes sei sich mit der gesamten Mitgliedschaft darin einig, daß im Rahmen des Vorgelegten alle Opfer gebracht werden, um die Notlage von Land und Volk zu lindern. Diese Opfer zu bringen würden die Arbeitnehmer aber solange ablehnen müssen, wie sie die Auffassung haben konnten, daß die Nutzlosen einer Produktionssteigerung nicht der Volksgesundheit zugute kämen. Voraussetzung sei infolgedessen, daß den Arbeitnehmern die Möglichkeit gegeben werde, an der Gestaltung der Wirtschaft des Staates positiv als Vertreter der Arbeitskraft mitzuwirken.

Zurücknahme der Kündigungen im Bergbau.

Essen, 1. Dez. Am 30. November war bekanntlich der Termin, zu dem die Entlassungen der Angestellten und Arbeiter von den Werksleitungen des Ruhrgebietes ausgesprochen waren, abgelaufen. Gegen Abend wurde nun den Belegschaften von den Bergverwaltungen mitgeteilt, daß die Kündigungen vorläufig als aufgeschoben zu betrachten seien, doch werde die endgültige Zurückziehung von den Entscheidungsgremien der Obersten Aufsichtsbehörde abhängen.

Die Warendurchführung durch das besetzte Gebiet.

Paris, 1. Dez. (Drathler). Nach einer Meldung aus Koblenz hat die Rheinlandkommission beschlossen, von heute ab Waren, die aus unbesetztem Deutschland kommen und durch das besetzte Gebiet geführt werden, soweit sie für das Ausland bestimmt sind, als internationaler Transit zu behandeln, d. h. für sie weder die Befreiung der Abgaben noch den Nachweis der Einfuhrbewilligung der Besatzungsbehörden weiterhin zu verlangen.

Das Verbot der „Rheinischen Zeitung“.

Paris, 1. Dez. (Drathler). Wie das „Journal des Debats“ erfährt, erträgt sich das Verbot der „Rheinischen Zeitung“ durch die Rheinlandkommission auf 8 Tage.

Die aufgeblogene Separatisten-Regierung im Rheinland.

Wie wir bereits meldeten, hat die vorläufige Regierung der Rheinischen Republik ihre Auflösung selbst erklärt. Was für eine Gesellschaft sich unter diesem Titel zusammengeschlossen hatte, um das Volk zu „regieren“, hat die deutsche Regierung durch Aufhebung der Strafgesetze der Regierungskommission von Bonn festgestellt.

Wir erfahren da:
Vollkommissar für Kirchen und Schulen: Hundertlot, Alexander, bürgerlicher Beruf: Vorbereitungsamt, 22 mal vorbestraft, 8 mal wegen Betrugs und Mißhandlung zu insgesamt 7 Monaten Gefängnis, 4 mal wegen Betrugs zu insgesamt 14 Monaten Gefängnis, 3 mal wegen Diebstahls zu insgesamt 4 Jahren Zuchthaus,

3 mal wegen Zuhälterei und Kuppelei zu insgesamt 2 Jahren Zuchthaus.

Vollkommissar für öffentliche Sicherheit: Koval, Johann Wilhelm, bürgerlicher Beruf: Schuhmacher, Vorbestraft: 1 mal wegen schweren Diebstahls zu 6 Monaten Gefängnis, 1 mal wegen gefährlicher Körperverletzung zu 2 Jahren Gefängnis, 1 mal wegen Totschlags zu 10 Jahren Zuchthaus, 1 mal wegen Amtsannahme, Erpressung und schwerer Urkundenfälschung zu 9 Monaten Gefängnis.

Vollkommissar für Volkswohlfahrt: Groß, Ferdinand, bürgerlicher Beruf: Hausbesitzer, Vorbestraft 23 mal wegen Diebstahl, Körperverletzung, Sachbeschädigung, Beleidigung, öffentlichen Vergewaltigung, Verbrechen gegen § 208, Verdrängung, Betrug, Urkundenfälschung usw.

Vollkommissar für Verkehrsweien: Pfaffenholz, Josef, Schulz, Ludwig, Trompeter, Vorbestraft 13 mal wegen Mißhandlung, Hausfriedensbruch, Nötigung, Körperverletzung, Beleidigung, ruhekündigenden Lärms (Berufsaufsicht), Widerhandlung.

Vollkommissar für Armenwesen: Graf, Ferdinand, Antreiber, Vorbestraft 6 mal wegen Hausfriedensbruch, Mißhandlung, Körperverletzung usw.

Chef der Bucherpolizei: Simon, Johann, Arbeiter, Vorbestraft 15 mal, darunter wegen Betrugs 6 mal, 5 mal wegen Unterschlagung, Diebstahl, Diebstahl.

Kommissar für Militärpflicht der Separatisten: Junter, Robert, Konditor, Vorbestraft 1 mal wegen Fahnenflucht zu 2 Jahren Gefängnis und Verlesung in die zweite Klasse des Soldatenhandbuchs, 1 mal wegen Schererei zu 1 Jahr Gefängnis, 1 mal wegen schweren Diebstahls zu 1 Jahr Gefängnis.

Kommissar ohne Portefeuille: Schmidt, Wilhelm, 6 mal vorbestraft, Eauf, Wilhelm, 7 mal vorbestraft, Trimborn, Peter, 9 mal vorbestraft, Junter, Wilhelm, 3 mal vorbestraft, Klein, Josef, 3 mal vorbestraft.

Deutsches Reich

Der Münchner Hochverratsprozess.

München, 1. Dez. (Ela, Drathler). Die Untersuchung gegen die der Teilnahme am Putsch vom 8. November beschuldigten Personen wird mit mäßiger Beschleunigung durchgeführt werden. Die Hauptverhandlungen vor dem Münchener Volksgericht werden voraussichtlich Ende Januar stattfinden. Die Anklage wird auf Hochverrat lauten.

Verurteilung von Aufzählern.

Leipzig, 1. Dez. Im Prozess vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik gegen die Plättner-Gruppe, die im mitteldeutschen Aufstand im März 1921 Sprengungen verübte und in einer Anzahl Fälle privates Eigentum enteignete, lautete die Strafe gegen den Hauptangeklagten Plättner wegen qualifizierten Mordes in Lateinisch vor festgesetzten Verbücheln nach § 88 St.G.B. (Vorbereitung zum Hochverrat) auf 10 Jahre Zuchthaus unter Anrechnung von 1 Jahr 8 Monaten Untersuchungshaft. Sechs Angeklagte erhielten Zuchthausstrafen von 6-9 Jahren, einer mit Rücksicht auf seine Jugend 7 Jahre Gefängnis. Eine Reihe anderer Angeklagter, die in geringerer Weise beteiligt gewesen sind, wurden zu Gefängnisstrafen von drei bis fünf Jahren verurteilt. Zwei weitere erhielten geringere Gefängnisstrafen, die als durch die Untersuchungshaft verbüßt angesehen werden. Eine Angeklagte wurde freigesprochen.

Bayerische Urträge auf Befreiung der Augustfleuren.

München, 1. Dez. Der händliche Landtagsausschuß beschäftigte sich gestern mit der Befreiung der bayerischen Wirtschaft durch die Steuer-

erleichterung. Angenommen wurde ein gemeinsamer Antrag, wonach die Regierung bei der Erhebung der Petrolsteuer, der Zinsabgabe und der Arbeitgeberabgabe unter allen Umständen vom 1. Januar 1924 ab erfolgt, daß die Berechnungssätze der Dezemberrate für die Landabgabe bis zum 4. Dezember nicht mehr erhöht und die Bezahlung zurücklag frei gelassen werde. Ferner wurde ein Antrag der Bayerischen Volkspartei angenommen, der sich gegen die Vermögensvermehrung durch die Kündigung von Hypothekendarlehen wendet. Der Ausschuß genehmigte ferner eine Million Goldmark für die Finanzierung der Volkshilfseinrichtungen.

Sparmaßnahmen im Braunschweigischen Landtag.

Braunschweig, 1. Dez. Die bürgerlichen Parteien stellten im braunschweigischen Landtag folgenden Antrag: 1. Die Zahl der Abgeordneten auf 30 herabzusetzen, 2. den gegenwärtigen Landtag am 19. Jan. 1924 auflösen und die Neuwahlen für den 20. Januar anzusetzen, 3. die Zahl der Minister auf höchstens drei zu begrenzen.

Fernspreckgebühren in Goldmark.

Berlin, 1. Dez. (Drathler). Der Reichsrat nahm die Verordnung zur Umstellung der geltenden Fernspreck- und Telegraphengebühren auf Goldmark an. Nach dem 8. Uhr Abendblatt glaubt man durch die Umstellung der Fernspreckgebühren auf Goldmark eine jährliche Mehreinnahme von 150 Millionen Goldmark zu erzielen. Der Mehrertrag infolge der Erhöhung der Telegraphengebühren wird auf 30 Millionen Goldmark beziffert.

Zum Beamtenabbau.

Berlin, 1. Dez. Zur Beamtenabbauverordnung haben die demokratischen Reichstagsabgeordneten Schäffer, Deltus und Schuldt im Reichstag folgenden Antrag gestellt:

1. Die Ziele der Verordnung sind in vollem Umfange zu billigen und aufrechtzuerhalten. Alles hat zu unterbleiben, was ihre Erreichung vereiteln, gefährden, beeinträchtigen oder verzögern könnte.

2. Jedoch ist die Erreichung dieser Ziele auf einzelnen Gebieten in erheblichem Umfange von einer organischen Aenderung der staatlichen Einrichtungen und ihrer Betätigung nach Art und Umfang abhängig, weil ohne Verminderung der zu leistenden Arbeit eine durchgreifende Verminderung der mit ihr besetzten Personen vielfach nicht möglich ist.

3. Deshalb muß eine solche organische Aenderung ungehindert in Angriff genommen und in kürzester Zeit durchgeführt werden. Hierbei sind die in dem Antrag Schäffer und Gen., der vom Reichstag angenommen ist, gegebenen Richtlinien zu beachten.

4. Wo und soweit es möglich erscheint, ist mit dem Abbau auf Grund der Verordnung sofort zu beginnen. Insbesondere sind die eigentlichen Mängel, die der Verordnung anhaften, schleunigst zu beseitigen. Insbesondere sind Einrichtungen zu treffen, um einem politischen Mißbrauch vorzubeugen. Der Abbau in den Ländern und Gemeinden kann mit Rücksicht auf vollen Erfolg nur dann geschehen, wenn der Länder und Gemeinden ihre finanzielle Selbstständigkeit in größerem Maße wiedergegeben, die Befehle des Reiches eingehalten und dadurch ihr Eigeninteresse an einer sparsamen Wirtschaft wiederhergestellt, zugleich aber das Sperrgesetz überflüssig gemacht wird.

5. Um eine Revision der Verordnung in dieser Richtung zu bewerkstelligen, wolle die Reichsregierung sich unverzüglich mit dem zuständigen Reichstagsausschuß in Verbindung setzen. Der Reichstag wolle beschließen, folgendem Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen:

Änderungen der Personalabbau-Verordnung können durch übereinstimmende Entschlüsse



Die „Pyramide“

Wochenchrift zum Karlsruher Tagblatt enthält in ihrer heutigen Nummer (48) folgende Beiträge: Aus dem Freiheitskampf der Niederlande. Briefe eines badischen Freiheitskämpfers. Mitgeteilt von Dr. Karl Ober, Direktor des General-Landesarchivs in Karlsruhe. — Großherzogin Luise von Baden. Ein Gedächtnisblatt zum 2. Dezember. Von Freiin M. von Marbach in Neuenbüren bei Freiburg. — Bruder und Schwester. Ektasenblatt. Von Toni Rothmund in Emmendingen.

Im Kraichgauer Mond.

Von Richard Kluge.

Wir haben da hinten auch einen — einen Mond nämlich, wenn auch manche Städler meinen, wir seien hinter den Mond dahinter. Aber wir haben ihn nicht aus dem Radar herausgeschickt, wie unsere Nachbarn drüben im Reich. In den Schwemmetall herrt ihn bei uns auch niemand, mit der Stange holt ihn erst recht niemand runter. Wir lassen ihn, wo er ist und haben ihn gut brauchen können, als die Jahre her zum Schwarzschlagen und Mahlen — überhaupt geht andere unser Mond einen Dreck an, und wer was will, kann uns — im Mond treffen.

Unser Mond steht überall, im Nig-veda, in der Bibel, im Koran, im „Fahrer Finkenbinder“, überm Hornbündel, hinterm Schornstein, wo ihn unser Kleiner heute Nacht fangen will, und über meinem Nachbar Adra Adam seinem Kopf. Der ist nämlich vom Genid bis vor an die Augenbrauen barfuß. Die Neumodischen sagen: „Er hat einen Sportplatz zu vermieten.“

Der Mond ist der einzige, der noch nicht an unserm Volk ihr geworden ist. Solange es aber so gemüht zugeht, bleibt er — ein Stoßer — als treuer Trabant, aber in respektvoller Entfernung von dem Hexentessel der Erde. Ich sage „er“, in der Schweiz und in Bayern heißt es sogar „Herr Mond!“ Denn, wenn andere über sein Weisheit im Zweifel sind, die mögen sich von Homer bis Frobenius eines Besseren belehren lassen. An Selene, Aktare und Eudymion zerbricht sich bei uns niemand die Junge. Und wer über seine Geschichte absolut noch was wissen will, der lese eine mit sorgsamtem Gepritz 1874 in Paris erschienene Studie: „Nicolas Michaut, la lune, étude psychologique et littéraire.“ Darnach gibt's einen alten, astronomischen Mond und einen neuen, den der Psychologen, den verstandenen Politiker und Weltverbesserer, der Dichter und Liebenden. Meinnetwegen. Etwas wird schon dran sein.

Unsern Bauern lang's, was sie von ihrem Mond wissen. Sie sagen: „Der Mond im Annehmen ist ein Grasfresser.“ Fast sollte man es nicht glauben. Es ist aber doch so. Bei abnehmendem Mond mäht der Bauer kein Gras, weil es sonst beim Trocknen zu arg „eingeht.“ „D'heuet muß im Vollmond anfangen.“ Beim Säen ist's anders. „Ist der Mond im Zunehmen, hats Sae kein Wert.“ Salat, Rettich, D'krauthäupter schmeißt. D'Karottef, d'Nauische (D'arben) und d'Zunderrieme müsse bei abnehmendem Mond in Bode.“ „D'Frucht, d'Obst im d'Wengert“ sollen aber bei zunehmendem Mond blühen. Nicht nur die Welle des Saases, sondern auch d'Woll uff'm Kopf, d'Doorkoppfle, diese besondere Pflanzenart, läßt sich Friebe Amerees schneiden, wenn der Mond zunimmt. Alles was wachsen soll, bei zunehmendem, und was abnehmen soll, bei abnehmendem Mond. Deswegen heißt es auch: „Ist der Mond im Wachsen, herben weniger Leute, als bei Neumond.“ Aber im letzten Viertel rüdt' der Zotegräber d'Schaukel.“

„G'heuert werd bei uns a im Vollmond un g'schlacht, nord bleibt d'Fleisch weiß un jart.“ „Was fürs vierbeinig Viech gut isch, isch a für

zweibeinig reich.“ Deshalb läßt der Bauer d'Raß „abauere“, wenn der Mond zunimmt, und d'Wodder g'wöhnt s'Kind ab“ zur gleichen Zeit. „S'werd weger net mondlich werre.“ „Weil der Mond druff nei g'kötene hat un s'isch no net d'auft g'welt.“ „D'Wodder hat em Knechtle der Mond a noch mit em Finger zehlt, do kanns leicht passiere.“ „Un wenn em emol ehbes fehlt, werd's der Mond schon welle.“ „Ich isch io en Allernestker. Er isch Peterling uff alle Suppe. Dofter un Apotheker könne do derhoim bleibe.“ Er heißt alles: Sommerproffen, Nöcht, Zahmes, Brüche, Warze, Ueberbein, Fieber, Schwindsucht, Kröpf, Hühnerstie, Geldnot und — Viehschummer. „S'gut Mägle muß bloß d'Zamverprügelle kenne.“ „Und wenns Fabelle loin Weid hat, geht er raus un schlägt unner der Mondfidel uff sei Wammesdache, dann hat er der ganze Monat.“

„Ihr Städler moine vielleicht, wenn er d'Gehst verziet und lacht, der lacht liver unser Dummheit un weil wir des alles glawe. En alde Out! Verhaube! Wenns nei vakt, dem schlage mer uff de Kopf nuff und der Rückstrang ab.“ Der Bauer im Kraichgau hat mit dem Mond einen Vertrag, überhaupt „wegern Wetter.“

„Ist enern neumodische Kram. Barometer und Wetterstation, isch druff nei.“ „Wir wisse, wenn der Mond en Hof gat, gib's anner Wetter, oder s'kommt Schnee.“ So sagt er. Wenn er in der Neujahrnacht en Hof hat, reißts Korn in dem Jahr spot.“ „Nimmst er am 31. Juli zu, gib's gut Erwedder.“ Wenn's an Vollmond regnet, regnet's vier Wochen lang. Steigt der Mond im Sommer schon abends im Heben Uhr auf, gib's drei Tage lang schön Wetter.“ Die g'schulderte Herrn solle sichs Weiter nach ihrem Gusto „rechnade, bei uns werd Misch g'fähr, wenn der Mond zunimmt un d'Kartoffel g'stedt, wenn er abnimmt. Fertig!“

Unser Mond ist kein „Seltschlich“, wenn er auch an den Stillen im Land geht. Und wenn er mal einen Streich im Sinn, oder nach den langen kaltschlojen Nächten Mucken im Kopf hat,

so weiß sich der Bauer im Kraichgau auch zu helfen. Sichel, Sense, Messer, Flugschar, Aberglaube, was schneidet, tut er weg, sonst kriht der Mond die Schneide weg. „E'bisel schlagdrig isch io jeder.“ Und wenn der Mond helle Geshennde dunkel färbt, aus den Schuben, dem Leder die Farbe herauszieht und das Tuch verfarbt, so „Zoll glei e Rad nei schlage“ oder es gibt „e Dunderwetter.“

Aber das verziet sich wieder. Mit anderen Leuten steht er ja auch nicht immer auf Du und Du. Zum Beispiel mit der verehrlichen Raderant, besonders dem „Räling“ (Kater). Im Mondschein wandelnde Katzen sind Hexen. Oder mit dem beinigen Laterneanzünder, von dem die Leute sagen: „Der Mond scheint ihm durch die Beine.“ Mit den zwei Bogenlamen am Bahnhof, mit der Sieppicht Hund, besonders mit den Scheuerkreuzungen der Altkast. Sie beßen ihn auch an. Der Bauer sagt: „Dann wird es kalt.“

Seine sonderbaren Verhältnisse sind damit noch nicht erschöpft. Er fedt seine Nase eben in alles. Mit verlebten Pärchen, Tag- und Nacht, diehen, steht er auf gespanntem Fuß. Mit den Dichtern hat er ein liriisches Verhältnis eingegangen. Er ist der Gegenstand überhöhter literarischer Apotheose. Schon in den homerischen Hymnen ist er die weiskrönige, schön gelochte Göttin, geschmückt mit langen Flügeln und goldenem Diadem, habend im Ozean. Fast jeder unserer deutschen Dichter aus dem Hainbund und der romantischen Schule ist einmal mondlich gewesen. Bei Heine ist's der Mond selbst — als Fußle der Lotosblume. Mit den Romantikern steht er im Belangereinsverhältnis. Für die Maler ist er der Grund an endloser Zinkweißverwendung.

Mit den Rälbern steht er in Personifikation als „Mondtalb“. Dieses ist wiederum im ersten Grad verwandt mit dem edel gödlichen Rindstich und wenn man den Schwär Müller im Pfaffen viertel sich mit seinem Verhöhn unterhalten hört, kommt man zu der Ueberzeugung, daß beide sogar in hohem Grade identisch sind.

der Reichsregierung, des Reichsrats und eines Reichstagsausschusses mit Gesetzeskraft vorgenommen werden.

Zehnjährige Arbeitszeit für die Beamten. Berlin, 1. Dez. (Drahtber.) Wie die Blätter hören, wird der Reichsminister des Innern schnellstens eine Verordnung vorbereiten und dem Kabinett zur Beschlussfassung vorlegen, die die Arbeitszeit für die Beamten einschließlich der Pausen auf zehn Stunden festlegen wird.

Erlaubte Besucher und amerikan. Außenpolitik.

Es gab eine Zeit, wo wir für die Kenntnis von fremden Ländern und Völkern völlig von Reisenden und Forschern abhängig waren, die ihr Leben und Vermögen daran setzten, um in ferne Länder einzudringen und deren Einwohner und Sitten kennen zu lernen. Diesen Persönlichkeiten schuldet die Welt vieles hinsichtlich einer besseren Kenntnis der Völker von einander. Sie mag in manchen Fällen lüden- oder fehlerhaft gewesen sein, aber sie zog oft weitgehende und schwerwiegende Folgen nach sich; man denke nur an Herodot, Columbus, Marco Polo und Admiral Peary, den Entdecker Japans für die moderne weltliche Zivilisation. Auch heute gibt es noch — und ihrer mehr als je — diese internationalen Reisenden und Forscher. Durbene fahren alljährlich nach Amerika, um es für sich und andere zu entdecken oder wieder zu entdecken, und tausende von Amerikanern gebrauchen alljährlich ihre Ferien, um Europa kennen zu lernen.

Doch gibt es noch eine andere Art von Reisenden. Ihr Rufm ist ihnen voraus; sie entdecken sich mehr dem Fremden, als sie ihn entdecken. Die Großen der Nation entfenden nicht mehr ihre Beauftragten, sondern kommen selbst: Premierminister, Fürsten, Kanzler, Senatoren, Abgeordnete, nicht so sehr, um nach ihrer Rückkehr ihre Landsleute über die Stimmungen im Reich zu orientieren, sondern um ihre Sache dem Ausland bekannt zu machen. Sie jagen dabei kein Leben und kein Vermögen aufs Spiel, sie unternehmen Vertragsreisen, Triumphzüge oder auch nur schlichte Besuche privaten Charakters und suchen auf diesen nicht so sehr Informationen als die so sichtbar gewordenen öffentlichen Meinung des besuchten Landes, oder auch Anekdoten, Varnen und Populärart für sich zu gewinnen; sie sind Missionare ihres Landes oder ihrer eigenen Sache. Wer für eine Verhandlung der Völker in sachlicher Weise interessiert ist, muß sich jedoch ernstlich fragen, ob sie in ihrer Gesamtheit und mit all ihrem Ansehen und mit ihrer Macht über die Welt zusammenzubringen, als ihre Vorläufer vor Jahrhunderten. Eherlich hat Columbus' Antrittsbuch bei Amerika über die amerikanischen Eingeborenen viel Leid und auch über Europa viel Schlimmes gebracht; aber es ist für einen Amerikaner noch sehr die Frage, ob die Besuche von Clemenceau und Lloyd George, Apponyi und Cuno auf längere Sicht weniger Böses oder nur halb so viel Gutes nach sich ziehen werden wie dieser erste Besuch von vor 450 Jahren. Jedenfalls besteht für den Amerikaner einiger Anlaß, sich dies zu fragen, und manche Umstände bei den Besuchen dieser distinktierten Persönlichkeiten könnten sie ihm wohl verdächtig machen.

Man bemerkt zunächst, daß einige von ihnen eine Begierde und auch interessierte Aufnahme gefunden haben, während andere von der Desinteresse fast unbeachtet geblieben sind. Wenn man seine Meinung allgemein ausdrücken darf, so möchte man sagen: die erlangten haben keinerlei Bedeutung, und wirkliche Bedeutung kommt nur der letzteren Art von Besuchen inne. Worin besteht der Unterschied?

Es wird hier ziemlich allgemein angegeben, daß Clemenceaus Besuch ein absoluter

Bestschlag gewesen ist. Er erfuhr einen enthusiastischen Empfang, man hörte ihn so begeistert an, photographierte und interviewte und feierte ihn reichlich, winkte ihm noch begeistert nach, und am nächsten Tag war alles vergessen. Lloyd Georges Besuch dürfte das gleiche Los beschicken sein. Diese beiden Gäste waren gekommen, um für die Sache ihres Landes zu werben, Clemenceau, um eine Intervention irgendwelcher Art für Frankreich zu erreichen, Lloyd George, um für ein Zusammengehen Amerikas mit England, für ein ungegliedertes Bündnis der beiden angelsächsischen Länder zu werben.

Die Amerikaner haben in ihrer Gesamtheit kein besonderes Interesse an außenpolitischen Vorgängen, vor allem nicht an den politischen Vorgängen in anderen Ländern. Man hat sie 1916/17 für bereit zu interessieren gewußt mit der Folge, daß sie sich jetzt überinteressiert fühlen und über außenpolitische Vorgänge alle Illusionen verloren haben; diese Uninteressiertheit bezieht hinsichtlich der Innenpolitik in fast genau gleicher Maße. Infolgedessen kümmern sie die Pläne jener Abgeordneten ihrer Länder gar nicht, ihr Interesse gilt nur der Persönlichkeit des Gastes als solchen; für Persönlichkeiten ist der Amerikaner immer zu haben, ob sie nun tot oder lebendig sind. Die Leute lassen sich nicht abhalten, zu den Bahnhöfen zu laufen, um einen Blick auf Lloyd George zu werfen oder ein Wort von ihm zu erhalten, genau so wie sie dem Reichszug Harbings zugestimmt sind; der Inhalt der Reden hingegen bedeutet ihnen gleichviel, nämlich nichts. Als Gegenstand der Neugier rangieren diese politischen Besucher neben dem Moskauer Künstlerkater, der Dule und dem Grand Guignol, die eben in den Vereinigten Staaten galieren; man drängt sich zu ihnen wie in die Vorlesungen bekannter Männer der englischen Literatur. Die Amerikaner lassen sich alle diese Besuche einen Haufen Geld kosten, aber sie lassen sich von ihnen nichts einreden: sie lieben den Prediger, aber nicht die Predigt.

Cuno und Apponyi haben überhaupt keine Beachtung gefunden. Sie haben kein Auditorium, sondern amerikanisches Kapital gesucht, und das ist für den Amerikaner etwas ganz alltägliches, besonders wenn sie, wie schließlich, ohne viel erreicht zu haben, wieder abfahren mußten.

Die deutsche Einwanderung in Amerika.

Umfragen eines Vertreters der „Staats-Golds-Corporation“ auf Ellis Island haben ergeben, daß die Einwanderung aus dem Deutschen Reich in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres eine außerordentlich rege war. Unter der vom Einwanderungsamt bestimmten Quote sind in diesem Rechnungsjahr gegen 65 000 Einwanderer aus dem Deutschen Reich zulässig. Diese Quote ist bereits erreicht. Die neue Quote wird erst von Ende Juni nächsten Jahres gelten. Bis zum 17. Oktober sind über 30 000 Deutsche im Hafen von New York zugelassen worden. Da Deutsche auch in anderen Häfen des Landes landeten, wurde dadurch die Gesamtzahl der im ganzen Jahre Zulässigen gedeckt. Eine weitere Einwanderung ist ausgeschlossen.

Der Kongreß tritt im Dezember wieder zusammen. Es ist eine starke Bewegung im Gange, die auf eine Veränderung des Einwanderungsgesetzes abzielt, und zwar liegt es in der Hand einflussreicher Kongreßmitglieder, die jährlich zulässige Einwanderungsquote wieder herabzusetzen, also die Einwanderung noch weiter zu beschränken. Eine solche Veränderung, wenn sie wirklich vorgenommen würde, könnte natürlich erst mit dem neuen Rechnungsjahr in Kraft treten. Aber eine neue Beschränkung der Einwanderung müßte Tausende anschießen, die sich mit dem Gedanken tragen, im kommenden Jahr nach den Vereinigten Staaten auszuwandern.

Verschiedene Drahtmeldungen

Neue Demütigung gefordert.

Paris, 1. Dez. Wie die Blätter mitteilen, hat die Vorkonferenz der deutschen Regierung gestern Abend eine Note über die Leipziger Zwischenfälle zugesandt. Es werde vom Deutschen Reich formell eine Entschuldigung (!) für den Zwischenfall verlangt.

Paris, 1. Dez. (Via Drahtber.) Wie wir von ausländischer Stelle erfahren, ist die Note der Vorkonferenz an die deutsche Regierung über die Leipziger Zwischenfälle gestern in vorgerückter Stunde der hiesigen Vorkonferenz zugegangen. Die Note enthält keine Androhung von Sanktionen. Die Vorkonferenz weigert sich im übrigen, mit der deutschen Regierung in eine Diskussion über die Zuständigkeit der Kontrollkommission einzutreten, worüber die deutsche Regierung bei ihrer letzten Demarche verschiedene Bemerkungen vorbracht hatte.

Ein Freizeiter für die Schweiz in Italien.

Paris, 28. Nov. Das „Echo de Paris“ berichtet aus Genf, daß Italien der Schweiz den Hafen von Sado als Freizeithafen angeboten hat. Sado liegt acht Kilometer westlich von Savona. Bei Durchführung des Projektes würde der Schweizer Ausfuhrhandel, der heute den Weg über die französischen Seehäfen nimmt, auf die italienischen Strecken verlegt werden.

Wahrscheinlich will sich die Schweiz für den Trift, den Poinecaré kürzlich dem Schweizer Volk im jugenauten Jenseitigen gegeben hat, revanchieren.

Dänische Kinderhilfe.

Kopenhagen, 1. Dez. (Drahtber.) Wie die Dänische Kinderhilfe mitteilt, sollen im Winter außer den bereits vorhandenen noch vier-tausend deutsche Ferienkinder nach Dänemark gebracht werden. Die Kinderhilfe erklärt sich bereit, sämtliche Kosten für Unterbringung und Verpflegung einschließlich der Reise von der dänischen Grenze ab übernehmen zu wollen.

Amfliche Zahlen über die Opfer des Erdbebens in Japan.

Paris, 1. Dez. (Drahtber.) Nach einer Mitteilung aus Tokio ergibt sich aus dem vom Innenministerium veröffentlichten Statistik über den Umfang der Erdbebenkatastrophe im September, daß die Gesamtzahl der Toten 99 375 beträgt, davon 68 216 in Tokio und 29 238 in Yokohama. Die Zahl der Verletzten beträgt 113 071, die Zahl der Vermissten und vermutlich Toten 42 690.

Bunte Chronik

Sechs Eskimoten ertrunken. Aus Colbera wird gemeldet: Auf dem Golfstättener Meer verunglückte sich mehrere hundert Personen mit Schlittschuhläufern. Fünfzig brachen 15 Personen ein. Die meisten von ihnen konnten sich retten. Sechs Personen, darunter vier Männer und zwei Mädchen im Alter von 18 und 20 Jahren erlitten.

Angland will helfen! Das Volkskommissariat für Gesundheitswesen erläßt einen Aufruf für die russischen Geliebten zur Hilfeleistung für ihre deutschen Kollegen unter Hinweis auf die seinerzeitige Tätigkeit des deutschen Roten Kreuzes, die jetzt dankbar vergolten werden könne.

Mäuserkräuter Ueberfall. Wie die Braunschweigische Landeszeitung“ mitteilt, drang eine maskierte Bande von 18 Mann, die mit Revolvern und Handgranaten schwer bewaffnet waren, in die Kontorräume der Mühle von Renningen ein, in denen sich noch neun Herren der Aktiengesellschaft befanden. Sie raubten aus einem offenen stehenden Geldschrank einen hohen Geldbetrag; zwei andere Geldschränke konnten von ihnen nicht geöffnet werden. Die Mäuser entkamen im Dunkel der Nacht.

Zeppelin-Verkehr Spanien-Südamerika. Die „Chicago Tribune“ meldet aus Madrid, daß in einigen Monaten eine deutsch-spanische Gesellschaft einen Zeppelinverkehr zwischen Sevilla und Buenos-Aires mit einem regelmäßigen dreitägigen Dienst eröffnen werde. Die Dampfer brauchen für die genannte Strecke in der Regel zwei volle Wochen. Der Plan werde nach der Rückkehr des Königs aus Italien ihm zur Unterschrift unterbreitet werden. Die Deutschen würden bei diesem Unternehmen die Besatzung und Führer der Luftschiffe stellen, während spanische Bankiers das Unternehmen finanzieren sollen.

Kommunistenüberfall. Nach einer Mitteilung des hannoverschen Volkstempels haben am 21. November abends zwischen 10 und 12 Uhr bewaffnete Kommunisten im Herrenhaus der Domäne Lehm im Kreis Burgdorf eine Durchsuchung vorgenommen, nachdem sie zuvor die Telefonleitungen geschnitten hatten. Im Herrenhaus befand sich nur eine Säuglingspflegerin. Die Eindringlinge gaben an, im Auftrag der Polizei eine Durchsuchung vornehmen zu müssen. Sie waren mit Handgranaten und Pistolen bewaffnet und durchsuchten sämtliche Räume des Hauses. Da sie die Türschlösser nicht öffnen konnten, brachen sie diese auf. Als die von den Eindringlingen aufgestellten Böden nach Verlauf von etwa zwei Stunden merkten, daß der Vorgang bekannt wurde, entfernten sich die Eindringlinge in der Richtung auf Hannover. Dort gelang es, zehn ihrer festzunehmen.

Unteranga eines Fischdampfers. Der der deutschen Seefischerei-N.G. in Cuxhaven gehörende Hochseefischdampfer „Barkhof“, der seit vier Wochen zum Fang in See ist, ist seit längerer Zeit überfällig. Man vermutet, daß das Schiff mit seiner 12 Mann starken Besatzung untergegangen ist.

Bom Wetter

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterkarte Karlsruhe.

Sonntag, den 1. Dezember 1923.

Die vorübergehende Ausbreitung eines Hochdruckrückens über Mitteleuropa hat teilweise Aufhellung und Nachfröste infolge der härteren Wärmeabstrahlung gebracht. Die Aufhellung ist aber nicht von Bestand, da sich neuerdings das isländische Tiefdruckgebiet verfrachtet hat und einen Ausläufer südwärts bis Irland sendet, dem weitere Störungen nachfolgen werden. Morgen wird jedoch der Einfluß des hohen Druckes noch überwiegen.

Wetterausichten für Sonntag, 2. Dez. 1923: Vorübergehend heiter und trocken, Nachfröste, später wieder Trübung und zunehmende Erwärmung, vorerst keine erheblichen Niederschläge.

Neuschnee im Schwarzwald.

an. Vom Schwarzwald, 1. Dez. (Privatteil.) Im Gebirge hat sich erneut Frost und Schneefall eingestellt. Am Freitag ist im südlichen Hochschwarzwald beträchtlich Neuschnee gefallen, während im nördlichen Schwarzwald die Niederschläge unbedeutend waren. Es melden: Hornisgrundegebiet: 3 bis 5 Zentimeter trockener Schnee, — 4 Gr. Kälte, helles Wetter, Eisenbahn fahrbar. Feldberggebiet: 30 bis 35 Zentimeter Schneehöhe, 10 Zentimeter pulveriger Neuschnee, — 5 Gr. Kälte, Nordostwind, aufsteigend, Eisenbahn gut bis Sölkental. Titisee-Unterarten: Schneehöhe 5 bis 7 Zentimeter, — 6 Gr. Kälte, klar, Nordwind, Eisenbahn fahrbar, Nebelbahnen gut. Belchengebiet: 30 Zentimeter Schneehöhe, — 7 Gr. Kälte, leichter Schneefall, pulveriger Neuschnee, Eisenbahn fahrbar bis 900 Meter anwärts. Schauinsland: 20 Zentimeter Schneehöhe, Neuschnee 8 Zentimeter, — 5 Gr. Kälte, Ostwind, Eisenbahn gut.

Wetterverhältnisse morgens 6 Uhr:

1. Dezember		30. November
Ausgangspunkt	2,20 m	2,28 m
Wald	2,40 m	2,58 m
Wald	2,50 m	2,68 m
Wald	—	mittags 12 Uhr 5,44 m
Wald	—	abends 8 Uhr 4,17 m

Daß das von der Hauberkraft des Neumondes herrührt, bei der, wie die Leute sagen, der Verdienst in Wadeln kommt, ist nicht einwandfrei zu ermitteln. Andere meinen, es sei „erbliche Belastung“.

Aber das Mondfalsch wächst sich aus. Und im 17. oder 18. Jahr lenkt ihm schon ein besserer Stern. Bis der Mond wieder „nicht über seinen Haupt“ steht —, wird noch manch Wasserlein die Flenz hinunterfließen, wird noch mancher blaue Montag gemacht. Denn da soll man ja nicht arbeiten, weil er dem Mond gemeist ist. Wenn's aber einmal so weit ist, dann ist alles im Abnehmen. Denn: „Es kann ja nicht immer so bleiben, hier unter dem wechselnden Mond!“

Konzerte.

Konzert des Instrumentalvereins Karlsruhe. Das mit bestem Gehör erreichte werden kann, zeigte in diesem Konzert wieder Musikdirektor M. u. a. Die wadere Ehe seines Dreiecks ist es für die diesmal zu hohen Aufnahmen. Die fast über den Rahmen des sonst Gebotenen hinausgingen. In der ersten Symphonie Beethoven's eine frisches Leben vom Dirigenten aus, die Streicher und Bläser erfreuten sich und die Hörer mit der wohlüberlegten Wiederabgabe des lebhaften Jugendwerkes. Im Mittelpunkt des Konzertes stand das Klavierkonzert in D-Dur von Johannes Brahms; es vermittelte dem Publikum die Bekanntschaft mit der Pianistin Frau Emma Darmstadt, die als Brahmspielerin bereits einen Ruf hat und seit Herbst am Musikischen Konservatorium als Lehrerin wirkt. Eine glühende Dankagung vor dem Geiste des Kunstwerkes ist Frau Darmstadt vornehmte Pflicht. Eine seine Besonnenheit kennzeichnet ihr Spiel, das erfüllt ist von äußerstem Können, mühelos und glänzend der Technik, und im lausamen Tob durch glühenden, vollstimmigen Ausdrucks auszeichnet war. Frau Darmstadt war eine hervorragende Interpretin des nicht nur auf die hörenden Konzertes, das Brahms selbst vor ungefähr 40 Jah-

ren in Wien zum ersten Male spielte. Ein Konzert, in dem alle Gefühlskontingenzen spielen, von der foratosen Frohmacht durch unwirkliche trostlose Leidenschaft und derbitante Fröhslichkeit hindurch zu einem ammutigen Rondo, über dem ein Hauch südländischer Luft weht. Mit künstlerischer Sorgfalt und Selbstkritik, das an ihr die bedeutende Klavierpädagogin erkennen läßt, hat Frau Darmstadt alle Schwierigkeiten des grandiosen Werkes überunden und damit einen glänzenden Erfolg erzielt. Eine sehr schwierige Aufgabe hatte das Orchester zu erfüllen; das Klavierkonzert, das symphonischen Charakter hat, ist überaus mit Schwierigkeiten. Aber unter der Führung seines ausgezeichneten Dirigenten, der jede Note in der Partitur kennt und jedes Instrument unfehlbar im Rahmen hält, ist es gelungen, daß die Sölkstim im Orchester eine gute Unterstützung fand. Jeder Spieler und Bläser war am Platz. Eine helika herausgearbeitete Wiederabgabe der „Camont“-Duetter schloß das Konzert. Reicher, wohlverdienter Beifall lohnte die hohe Kunst von Frau Darmstadt und Direktor M. u. a.

Das Kirchenkonzert des Vereins für evangelische Kirchenmusik in der evangelischen Stadtkirche vermittelte reiche künstlerische Genüsse. Die Leistungen des Chores bewiesen, daß er sich bei Hans Vogel in außerordentlichem Maße und daß alle Beteiligten mit Liebe und Eifer bei der Sache sind. Die einzelnen Chöre wurden lauter, präzis und fester vorgetragen. Die Stimmen waren gut abgestimmt, der Vortrag eindrucksvoll. Reizend war das geistliche Volkslied „Die arme Seele“, ein Gedicht von G. S. Seine großen Fähigkeiten als Orchestriker entfaltete Hans Vogel in dem Reoerischen Volkslied „Aus tiefer Not“, eine durch ihre schlichte Größe wirkende, innige Schöpfung, ferner in einer wunderschönen Kantate, die technisch ungemessen klar gespielt wurde. Anerkennungswert war, daß auch das „Ave Maria“ des berühmten niederländischen Madrigalkomponisten H. Arcabelli, eines Vorläufers von Palestrina, gespielt wurde, das Hans Vogel Gelegenheit zu feinen Registrier-

klängen bot. Von unserem sehr geschätzten einheimischen Komponisten Ludwig Keller gelangten zwei Variationen mit obligater Violine an Gehör. Es sind fromm empfundene, harmonisch wertvoll gearbeitete Werke. Es ist alles ganz eitel! In die eindringvollere der beiden Kompositionen; erhöht wird die Wirkung durch den Stimmungswandel am Schluss des Liedes. Die Violinstimme umrauscht in selbständiger melodischer Führung die hart ausgedrückte, eingetragene Singstimme. Otto Wegbecher, den man immer mit Freuden begrüßt, sang die Pöber mit prächtiger Stimmkraft. Wie die beiden Kellerlieder, so munkte Wegbecher auch Schubert's „Im Abendrot“ und ein selbenvolles „Weltliches Lied“ von Hans Vogel in eindringlicher Gestaltung zu nachhaltiger Wirkung zu bringen. Wie stets bot Margarete Voigt-Schweikert reize Leistungen, die von ihrer hohen Künstlerkraft zeugten. Ihr besetztes Spiel kam vornehmlich dem Andante aus dem A-Moll-Violinkonzert von Bach mit dem wunderhohen durchgehenden Waldhorn zu stehen, an dem die liebliche, weiche Führung der Geigenmelodie einen aneulien, herrlichen Gegenstab bildet. Das von der Geigerin weiterhin zum Vortrag gebrachte Largo von Oskar Hermann ist ein sehr vornehmtes Stück, reich an Stimmungen und Themen und aeerisch äußerlich dankbar. Margarete Voigt-Schweikert bot auch dieses Werk in erschöpfender Wiederabgabe.

Der Kirchenchor der Christuskirche ließ in seinem diesjährigen Vorkonzert karlsruhe karlsruhe Karlsruher Komponisten zum Worte kommen. Man hörte von dem Altmeister Vinzenz Lohner die heute noch frisch wirkende Komposition „Was ist der Mensch auf Erden“ für Chor, Sopran solo und Orael, von Ludwig Keller ein Andante und eine klar gebaute Fuge für Orael, sowie zwei geistliche Lieder von Schlichter, gemütvoller Melodie, von H. Gerspacher ein aus einem edlen Gelangsthema sich entwickelndes Stück, „Gebet“ betitelt, für Violoncello, von H. M. u. a. den 150. Psalm, ein lebendig empfundener und wirkungsvoll gealterter

Chorsak und von Margarete Schweikert zwei Sopranlieder: „Rosen und Dornen“ und „Der Kreuzstab“, von denen das letztere genannte Lied mit zum Schönen gehört, was von der Komponistin Feder entlossen ist. Der Chor der Christuskirche, der an Klangvolumen ausgenommen hat, bewies durch seine Leistungen, daß er sich unter seinem neuen Leiter, Stadtorganist Hermann Krieger, mit Dingebung seiner hohen Aufgabe, geistliche Kunst zu fördern, widmet. Von den musikalischen Qualitäten des Chores ist die Reinheit der Intonation, sowie die differenzierte Ausdrucksfähigkeit hervorzuheben. Besonders autaat trat dies in dem keineswegs einiachen Dubelsternchor: „Gott sei mir anädig“ und in dem Chor „Impropria“, der von Ludovico Vittoria im a capella-Stil der altrömischen Schule mit seinen aelmäßigen Dreiklang-Akkordsolgen reiche dynamische Schattierung fordert und in Bezug auf harmonische Reinheit empfindlich ist. — Aus dem Gesange der Frau Irma Bucherpenning, die sämtliche Soli ausführte, fühlte man heraus, wie diese tief angelegte Künstlerin dem geistigen Gehalte der von ihr vorgetragenen Kompositionen nachspürte. Abn in gefangnis hochkultivierter Ausdruckskraft dem Hörer zu vermitteln, dafür ist diese Sängerin in seltenem Maße vereinschafet. Als Instrumentalistin erfreute Kammermusiker Kellbert durch seinen schönen, kantablen Ton auf dem Cello in dem bereits genannten „Gebet“ von Gerspacher und mit einem „Mandate religioso“ von Ribenhagen. Herm. Krieger zeigte sich als Orchesterleiter durch seine Art des Instrumentierens wieder als der künig Musiker von feinem künstlerischen Empfinden. Er erzielte Farbennüancen von wirklicher Klarheit sowohl in dem Oraelstück „Cruclifixus“ von S. Karz-Ehlert, als auch in dem malerischen Momente bietenden Oraelpart des Schweikert'schen Liedes „Der Kreuzstab“. Es waren harte Stimmungen, die, nicht zuletzt dank der Kunst Krieger's, von diesen beiden Kompositionen ausgingen. Nach dem ganzen Verlauf des Konzertes dürften dessen zahlreiche Besucher erhebende Eindrücke von ihm empfangen haben.

Eäuterung.

Die Umstellung auf die Goldmark, die sich in diesen Tagen vollzieht, hat mit einem Schlage den trügerischen Nebel, in dem wir in den Jahren seit dem Kriege gelebt haben, zerissen. Die nackte Wirklichkeit tritt uns Tagelicht und mit Entsetzen erkennt die Nation den wahren Umfang ihrer Verarmung. Das Erwachen aus dem Inflationsstadium hat begonnen.

Fast alles, was seit dem Kriege in Deutschland geplant und unternommen wurde, war aufgesucht auf dem Tiefsand der Inflationskonjunktur. Mühselos wurde erworben und verdient. Nur die tüchtigen Arbeiter und Angestellten besaßen wenig Kurze, ihre Leistung zu steigern; sie wurden ja alle nach dem „Lohn“ bezahlt. In dem Betrieb, in Staats- und Privatwirtschaft, lief ein Meer von unproduktiven Kräften mit. Man merkte es kaum; der Betrieb trug es und der Staat brudte Geld. Um härteren wurden die Geldinstitute von der Aufblähung befallen. Während es Hunderttausenden unmöglich war, ein menschenwürdiges Heim, diese Grundlage allen kulturellen Lebens einer Nation zu finden, wurden ganze Häuserblöcke „zu Bürozweden“ beschlagnahmt, und fraßen Finanz- und andere Krieger um sich, wie bössartige Geschwüre. Man brauchte nur ein Telefon und eine gewisse Dosis von Geschäftstüchtigkeit zu haben, um über Nacht Nutznießer dieser Konjunktur zu werden. Die Schichten des Volkes, selbst die Kinder, waren befallen von dem „Denken in Geld“, wie es Oswald Spengler nennt, und im Ausland wurde das Zerbild einer märchenhaften Wirtschaftslage des besiegten Landes eifrig verbreitet und geglaubt. Immer häufiger hörte man von Kaufleuten und Reisenden, daß in Deutschland für Geld alles zu haben sei; immer öfter wucherten zweifelhafte Elemente aus dem Osten auf dem mehr und mehr verumpften Boden der Reichshauptstadt. Es ist sinnlos, das alles nur der Revolution in die Schuhe schieben zu wollen. Die Wurzeln gehen zurück in die zweite Kriegshälfte. Es ist überhaupt sinnlos, immer nach dem Schuldigen zu suchen. Der starke Staat zwingt die, welche Verbrechen begehen wollen, zum Gehoriam; der schwache kann sich ihrer nicht erwehren und wird von ihnen erdrückt.

Jetzt ist die „Inflationshaupe“ vorbei. Die Abenddämmerung bricht an und fogar der fallende Glanz des goldenen Dollarfalles beginnt sich zu erlaben. Schon hört man, daß die Ausländer wegbleiben oder Deutschland verlassen. Sie beklagen sich über die Teuerung. Darüber, daß sie sich jahrelang an Scheuderpreisen an dem großen Ausverkauf beteiligen konnten, haben sie sich nicht beklagt. Die Goldmark bedeuete Schwindel und jede Verschönerung auf Geld wird es wieder Voranschläge und Budgets geben. Soviel Goldmark wird für Rohne und Schlichter jährlich da sein, soviel Prozent des bisherigen Personalstandes kann davon ausbezahlend bezahlt werden. Folglich — bald wird es nirgends mehr Futterkrüben geben, sondern nur noch harte, eifrige Arbeit und Beschäftigung nach der Leistung. Die vielen Krieger, was wollten sie nicht alles erfassen? Geld und leerstehende Wohnungen, Aluminiumgeschirre und Desinen, Ernterzeugnisse und sonstige Schätze. Die lange noch, und sie werden selbst erfasst sein. Hundert Spardirektoren und Abbaumitarbeiter haben es gepredigt, in lausend Sanierungsprogrammen ist es niedergelegt. Aber die Ausführung verläuft immer wieder im Nebelwald der Parlamentardebatten. Jetzt regt der Wind hindurch und vollbringt, wozu Menschen zu schwach waren. Soll man die darum scheitern? Der Sab, daß Männer die Verhältnisse meistern, ist doch wohl nur bedingt richtig. Erst muß die Entwicklung abgelaufen, die Zeit erfüllt sein, bevor die Meister etwas ausrichten können. Es geht ein apokalyptischer Tag durch diesen Höllensturz und den Banberbreitern wird es nicht schwer fallen, Beispiele aus der heiligen Schrift als Zeugen aufzurufen. Aber nichts von Schuld! All

das ist nur Entwicklung, vollzogen unter dem ständigen, unerhörten Druck eines unerbittlichen Feindes und unter dem Zwang innerer Notwendigkeit. Und auch keine Schandenfreude! Wir alle müssen hinein in die Eäuterung, und keiner wird etwas zu lachen haben.

Doch diese finanztechnische Seite ist nur die Fassade für das, was sich im Innern, in der Seele der Nation vollzieht. Ein Volk ist wie ein Kind, weder gut noch böse. Es liegt an den Umwelteinflüssen, an der Erziehung im weitesten Sinne, ob die guten oder die bösen Instinkte die Oberhand gewinnen. Wozu also die ewigen Vorwürfe? Man klagt, daß die Jugend keine Moral hat, daß sie tanzt in all dem Glend, daß in den Dölen der Sekt in Strömen fließt. Die Behörden klagen über fehlende Steuermoral und mangelndes Staatsgefühl. Weshalb will keiner mehr Opfer bringen? Nur aus Furcht oder aus Bosheit, oder vielleicht weil das Vertrauen verloren ging? Ist denn wirklich alles, was wir in zehn Jahren gepostet haben, nur dem Vaterland zugute gekommen? Das Schicksal der Rumpfdeute gibt die letzte Antwort. In der demokratischen Presse wird geklagt, daß die Republik nicht beliebt sei, oder gar, daß sie „adottiert“ werde. Glaubt man denn, daß die, von ein paar Professoren abgesehen, so praktisch veranlagten Deutschen eine Staatsform deshalb ablehnen würden, weil ihre Nase ihnen nicht gefällt. Oder kommt die Ablehnung daher, daß auch dieser Republik der Erfolg versagt blieb? Heute schon ist der Zusammenbruch der Partei, welche als Erbin der Revolution die Trägerin des deutschen Schicksals hätte werden können, offenbar. Keiner, der im Strudel der Ereignisse den objektiven Blick zu wahren befreit ist, wird die ungeheuren Schwierigkeiten verfehlen oder am guten Willen zweifeln. Aber in der Weltgeschichte gibt es nur zwei Ursachen: Vernichtung oder Verjagen, Behauptung oder Untergang. Den staatsmännlichen Blick für die Tatsachen haben wir — schon im Kriege — allzu oft vermisst. Allzu lange wurden wir mit Aufstößen und Schlagwürtern gefüttert. Erst waren es neue Geschosse oder U-Boote, dann der heilige Krieg des Flam, dann Wilson, dann die Weltrevolution, dann der Völkerverbund oder irgend eine Internationale, zuletzt England, die uns bestimmt helfen würden. Sozialismus, internationale Verständigung, nie wieder Krieg! Wer war der alleinige Nutznießer dieser Idealismen? Nur Poinecaré. Und wir sind der Pfaffen satt bis zum Gabel.

Jetzt fühlen alle dumpf, daß eine Zeit der Entscheidungen kommt. Wir stehen wieder vor einer Wende, wie im gleichen Monat vor fünf Jahren, aber mit anderem Geist und mit Sinnen, die durch zahllose Enttäuschungen geschärft sind. „Nieder mit dem Parlamentarismus, der Marxismus ist an allem schuld, es lebe die Diktatur von rechts oder von links“, so hört man rufen. Aber auch das sind nur Schlagworte. Keiner weiß, was kommen wird; nur daß das Alle verflucht, das fühlen alle; und daß nur noch solche Männer sich in der Führung werden behaupten können, die nicht nur ein Parteiprogramm, sondern darüber hinaus ein Schicksal in sich tragen. Aber, so wird man einwenden, auch sie brauchen eine Gefolgschaft, also eine Partei. Diese Partei ist längst gefallt, wenn sie auch keine Stämme hat und nicht auf der Straße demonstriert. Es ist, wie die köstliche Zeitung vor Jahren einmal in einem Aufsatz gesagt hat, die große Partei der Kur-Deutschen, der Nichts-als-Deutschen, derer, die nichts mehr hören wollen von Parteiprogrammen, von den ewigen Konferenzen und Erklärungen, denen keine Taten folgen, derer, denen es wieder die Natur geht, den ganzen Tag nur von Kurzen und Dollarstand zu reden, derer, die den kommenden Wäuterungsprozeß wie eine Erlösung begrüßen, weil sie fühlen, daß sie darin bestehen werden. Für zweifel, ob es eine solche Partei gibt? Seht den Kampf der Rheinländer gegen den französischen Imperialismus und seinen feuaratillischen Kettenhund. Wer führt den Kampf? Etwa nur das Zentrum oder nur die Nationalisten oder nur die Gewerkschaften und die Eisenbahner? Nein, es ist die deutsche Partei.

Heute ist die ganze deutsche Nation in einen großen Schmelzofen geworfen, der rücksichtslos alles verbrennt, was aus Papier und Glittern ist. Die Zeit der Entscheidungen ist da, für jeden einzelnen, wie für die Gesamtheit. Fünf Jahre lang haben wir uns durch die Weltgeschichte hindurchgeschwemmt; das wird nun bald vorbei sein. Es wird nicht mehr möglich sein, von Schiebergeschäften und Börsenspekulationen zu leben, oder Versailles Verträge und erzwungene Schuldbekennnisse zu unterschreiben mit dem stilligen Hintergedanken: „Es wird schon nicht so schlimm werden, kommt Zeit, kommt Rat; Hauptsache ist, daß wir uns wieder für 14 Tage eingedeckt haben.“ Die Schlupfweg aus dem Kettenlied: „Und sehet Ihr nicht das Leben ein, nie wird Euch das Leben gewonnen sein.“ Sind keine pathetische Phrasen, sondern die Schlusssilanz aus dem Erfahrungsweg und Erkenntnisweg eines kühnereidenden Lebensgangs. Wer es in kühnerer Zeit verläßt, danach zu handeln, der stirbt ab, wenn auch nicht körperlich, so doch geistig.

Nur unverbesserliche Optimisten werden annehmen, daß dieser Wäuterungsprozeß in Wochen oder Monaten beendet sein wird. Wir machen immer wieder den Fehler, daß wir Entwicklungen, die wir kommen sehen, uns zu rasch vorstellen. Vermehrt werden sich alle, die aus diesen Nachkriegsjahren nur persönliche Vorteile gezogen haben, gegen die Flammen wehren. Sie werden zetern und schreien: Nur kein Vatergehen, nehmt doch Vernunft an, wir wollen uns vertragen, es ging doch bisher alles so schön im Zeichen des heiligen Ausgleichs. Noch lange werden die Lumpen schwehen und wird der Moder stinken, und es wird uns vielleicht die Furcht amandeln, daß der Bestand alles verpöten muß. Aber ihr Schicksal ist besiegelt. Was am Ende juridisch bleibt, ist nur das laute Metall: Disziplin, Arbeitsfreudigkeit, echte Bildung und wahre Staatsgeföhnung. Die Mätschnährigen werden sich am schwersten gewöhnen, weil ihnen die Schulung fehlt. Aber auch für sie wird es nur zweierlei geben: Umstellung oder Untergang. Tausende, für die das verarmte Vaterland kein Unterkommen mehr hat, werden draußen ihr Brot suchen müssen. Auch sie entgegen dem Schmelzofen nicht, auch für sie muß es sich dann zeigen, ob sie aus vergänglichem Material gemacht sind, oder ob sie den Keim der Unvergänglichkeit in sich tragen. Denn aus diesem und nur aus diesem kann das neue Deutschland werden. Dr. A. Hermann.

Badische Politik

Eine Doktorfrage.

Unter dieser Überschrift schreibt der Bad. Beobachter:

Die Karlsruher Zeitung hat an unsere Nachricht von der Verteilung des media. Ehren doktors an Herrn Staatspräsidenten Köhler einen Vergleich mit der Verteilung des gleichen Titels an Lubendorff geknüpft. Wenn die Universität Königsberg nach der Rettung Preußens im Jahre 1914 ihre Dankbarkeit für die Vertilung russischer Kriegsgefangener ausdrücken wollte, war das sicher keine Verherrlichung von blutigem Militarismus. Und wenn nun gar in einer Verteilung ihrer ersten Entlassung die Karlsruher Zeitung behauptet, jeder Offizier sei eben berufsmäßig „Menschensklächter“ und das habe keine Bekämpfung, sondern nur eine Feststellung sein sollen, so finden wir eine solche Denkungsweise wirklich „pervers“, mit der Karlsruher Zeitung zu reden. Wir im Grenzland Baden können es wahrhaftig nachfühlen, daß ein militärischer Schuß der Grenze zwar nicht das christliche Ideal, aber eine Uebung christlicher Nächstenliebe und himmelweit verschieden von „Schlächterei“ ist. Vielleicht täte es überhaupt einmal not, sich in solchen Fällen zu fragen, ob der Ton eines Regierungsorganisations sich nicht doch etwas über die Plattförmigkeit der Waffe erheben müßte. Denn es war nicht die erste Entlassung, die auswärts völlig falsche Schlüsse auf die Bestimmung der badischen

Regierung veranlaßte. Wir wissen sehr wohl, daß die Karlsruher Zeitung in ihrem redaktionellen Teil so frei ist wie jedes andere Blatt, aber sie muß in der Schreibweise unseres Erachtens, schon aus Gründen des Tatzgeföhls, doch darauf Rücksicht nehmen, daß sie Trägerin der Staatsanzeigereneigenschaft ist.

Personalabbau-Verordnung und Schwerbeschädigte.

Von der Hauptfürsorgestelle der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge wird uns geschrieben:

Durch die Personalabbau-Verordnung vom 27. Oktober 1923 wird leider auch der eine oder andere jetzt bei einer Behörde beschäftigte Schwerkriegsbeschädigte seinen bisherigen Arbeitsplatz einbüßen. Wohl bezieht das Gesetz über die Beschäftigung Schwerkriegsbeschädigter; es ist wohl auch von keiner Seite beabsichtigt, daselbst aufzuheben oder wesentlich einzuschränken. Eine Einschränkung allerdings hat die Personalabbau-Verordnung gebracht. Nach Artikel 21, Abschnitt 8 dieser Verordnung ist nunmehr die von der Hauptfürsorgestelle erteilte Zustimmung zur Kündigung eines Schwerbeschädigten endgültig, d. h. der mit Zustimmung der Hauptfürsorgestelle gekündigte Schwerbeschädigte Angestellte oder Arbeiter kann die erteilte Zustimmung nicht mehr im Wege der Beschwerde an den Schwerbeschädigtenausschuß anfechten. Die Hauptfürsorgestelle wird deshalb in jedem einzelnen Falle sehr genau prüfen, ob sie einer Behörde die Zustimmung zur Kündigung von Schwerbeschädigten Angestellten erteilen kann. Ausdrücklich sei bemerkt, daß Kündigungen von schwerbeschädigten Angestellten und Arbeitern durch Behörden und Private rechtlich unwirksam sind, wenn die Zustimmung der Hauptfürsorgestelle zur Kündigung nicht vorliegt. Für schwerbeschädigte Beamte bei Reichs- und Staatsbehörden bestehen indessen keinerlei besondere Kündigungsbeschränkungen. Sie dürfen daher auch ohne Zustimmung der Hauptfürsorgestelle in den Ruhestand versetzt werden.

Bei dem Wohl von allen Selten als notwendig anerkannten Abbau der Behörden läßt sich die Kündigung von schwerbeschädigten Beamten und Angestellten auch beim besten Willen nicht vollständig vermeiden. Aber alle Behörden müssen auch nach dem Abbau noch mindestens 2 Prozent ihrer Arbeitsplätze mit Schwerbeschädigten besetzt halten. Bei allen Behörden, die diesen Prozentsatz nur um ein Geringes überschreiten, werden Kündigungen von Schwerbeschädigten fast ganz zu vermeiden sein. Anders dagegen bei den Behörden, die weit über 2 Prozent Schwerbeschädigte eingestellt haben. Hier wird ein Teil der Schwerbeschädigten mit der Kündigung rechnen müssen. Ganz schlimm wird es bei den sogenannten Uebergangsbehörden werden, die sehr stark oder gänzlich abgebaut werden müssen. Bei diesen können nur noch wenige Schwerbeschädigte verbleiben, oder im Falle der völligen Auflösung gar keine mehr. Leider ist im Hinblick auf die gegenwärtige allgemeine Wirtschaftskrise die Beschaffung anderer Arbeitsgelegenheit für die zur Entlassung kommenden Behördenangehörigen nur in sehr beschränktem Umfang möglich. Bei dieser Sachlage darf von den Personalreferenten der einzelnen Behörden erwartet werden, daß diese bei dem unvermeidbaren Personalabbau in weitgehendster Weise sich von sozialen Gesichtspunkten leiten lassen und daß sie, soweit es nur irgend möglich, die schwerbeschädigten Angestellten in ihren Stellungen belassen.

Die neuesten Telegramme

findet man frühmorgens schon im „Karlsruher Tagblatt“, weil es nachts um 12 Uhr erst gedruckt wird.

Was unsere Leser mitteilen

Der Entbehrungsfaktor.

Das an neugeprägten Wortschätzen so reiche Wörterbuch der Republik ist durch das Wort „Entbehrungsfaktor“ weiter bereichert worden. In späteren Ausgaben etymologischer Wörterbücher wird einmal unter Buchstaben E lesen sein: Entbehrungsfaktor, erstmals nachgewiesen 1923 und angewendet auf die unzulängliche Bezahlung der Beamten. Der Entbehrungsfaktor bedeutet für die Beamten eine Verabreichung ihrer Bezüge auf etwa 60 Prozent des Friedens Einkommens. Man sollte meinen, wenn magere Jahre kommen, es seien feste Voraussetzungen. Diese Voraussetzung trifft keineswegs für das Beamtenum, das Versuchslarvest für den Entbehrungsfaktor zu. Die überwiegende Mehrheit der Beamten mühte schon in den vergangenen Jahren Entbehrungen aller Art kennen lernen und man wird in den Reihen der Beamenschaft vergeblich nach Leuten suchen, die seit dem Bestehen der Republik Automatisch oder gar Willensfüher geworden sind. Am groben Teil war der Beamte nicht in der Lage, seine Kleidung zu ersetzen. Wenn schon eine weitere Entbehrungsperiode durchgemacht werden soll, so wird sie nicht einer einzelnen Volksschicht aufgebürdet werden dürfen, vielmehr ist es Pflicht sämtlicher Bevölkerungsschichten, durch gegenseitiges Entgegenkommen die Last gemeinsam zu tragen, und wo der Wille dazu fehlt, werden die Regierungen für eine gleichmäßige Verteilung der Bürde Sorge zu tragen haben. A. A.

Städtische Gasstellen.

Schreibt da die Stadtverwaltung einen — was schon bedenklich — langen Artikel im Tagblatt der vorigen Woche, in dem sie ihren Standpunkt wegen der Aufwertung der Gasrechnungen verteidigt. Schon recht. Aber wenn einer sich verteidigt, dann darf er sich damit sonst eigentlich nicht selber eine Dörsige geben — oder doch? Die Stadt holt sich ein echtes Urteil

aus Berlin — also muß es gut sein — herbei, daß ihr recht gebe, weil in Karlsruhe ja jeder sofort sich Gasguthscheine kaufen und sich damit wertbehaftet eindecken könne. Auch recht; aber ist's denn hier so? Der Gasmann läutet unten am Haus, nimmt den Gasmesserstand auf und verduftet klanglos. Wer im ganzen Hause erfährt etwas von der Aufnahme? Und wenn einer nun auch erfahren haben würde, daß er bis zum 9. November 56 Kubimeter Gas verbraucht hat —, dann bekommt er am Schalter täglich doch nur für 5 Kubimeter Guthscheine. Er braucht also 11 Tage, um zu seiner Verbehaftbarkeit zu kommen. Sollte sich ein hoch wohlwichtiger Kat eine solche Verteilung nicht vorher überlegen?

Noch ein weiteres Stückchen zu diesem Kapitel. Krake ich da am Sonntag all mein Faviergeld zusammen und packte es fein säuberlich bündelweise. Am Montag in der Früh kurbte ich meine Hausbälterin an und lasse sie gen Westen fahren zum Gaswerk. Ein Bündel wird an den Schaltern der Verbehaftbarkeit zurückgewiesen: „sie soll zum Bäder bringen“. Der würde sich wohl schon bedanken. Das Bündel enthielt nämlich nur einige 100-, 500- und 1000-Marknoten; seine; gasreicher waren schon die neuen städtischen 5-Marknoten. Winterraumt fürze ich selber auch Gaswerk. Da kam ich schon an „Scheine unter 50 Marknoten nehmen wir nicht; wie sollen wir denn da fertig werden, wenn wir den „Dred“ allen Bündeln sollen!“ Ich warf ein, daß die Stadt den „Dred“ ja selbst ausgeben und noch nicht aufgerufen hat und nun eben sehen müßte, wie sie mit ihrem „Dred“ zu streich komme, so lange sie ihn in der Stadt herumwirbeln lasse. „Wenn Sie wüßten — meinte man weiter —, in welchen Hosen wir bei der Stadt „genwärlich seden!“ Darauf war ich nun wirklich nicht neugierig; mancher Schnellmalter wird es wohl nicht verzeihen, daß ich, der ich weder Künstler noch Gourmani bin, diese herrlichen Farbentöne um, meinem Bild usw. habe entgehen lassen. Durch das Gasbium und gaudenweide Ueberreicherung eines blauen Gases wurde ich denn für meine abgelaufenen Stiefelsohlen entschädigt.

Der mittlere Beamte und sein Schneider!

Im Tagblatt vom Sonntag, 18. November, hat ein Einleider die Rechnung eines Schneiders und die Goldmarkberechnung kritisiert, ohne daß, wie es scheint, der Betreffende eine Ahnung hat, wie viel Stunden zu manchen Aenderungen verwendet werden. Es gab vor dem Kriege schon Fälle, wo Aenderungen so viel Arbeitszeit beanspruchten wie Neuanfertigungen und die damals schon 28 Mark kosteten und noch mehr. Ferner will der Schneider auf das Schneidergewerbe einwirken, daß es billiger arbeiten soll, um das Geschäft zu beleben. Ja, Verbreiteter, das Schneidergewerbe arbeitet noch zu billig, zum Teil noch billiger als vor dem Kriege, und es kann ihm nicht nachgewiesen werden, daß es sich an der Allgemeinheit bereichert hat. Das Gegenteil ist der Fall, denn viele Schneidermeister haben alles verloren, so daß sie heute nicht mehr in der Lage sind, Zutaten zu einem Anzug aus Vorrat zu kaufen, viele haben ein Lager unterhalten, heute haben sie nichts mehr. Und wo ist diese Substanz hingekommen? Der stehen Kundschaf haben sie diese gesehen. Der Schneider weiß auch nicht, um wieviel höher heute die Untkosten die Steuern und die sozialen Lasten eines Handwerkers sind, gegenüber vor dem Kriege. Er kann es so auch nicht wissen. Der Gewerbetreibende hat gegenüber dem Beamten seit Jahren soziales Verhältnis gehabt, und in manchen Fällen, gerade im Schneidergewerbe viel zu viel Entgegenkommen gezeigt, deshalb ist auch dieser Stand am meisten verarmt. Das Nähmaterial kann heute auch nicht mehr wie früher, ohne berechnet zu werden, dazugegeben werden, denn dieses ist um das vier- und fünffache im Grundpreise gestiegen. Was Kohlen, Gas und Strom kosten, braucht nicht erwähnt zu werden, das weiß heute jeder, denn der Schneider muß büßeln, und das sind enorme Belastungen. Wir reden einer Preis-treibererei absolut nicht das Wort, im Gegenteil, wir verlangen von unsern Handwerkern, daß sie nicht zuviel verlangen sollen, aber auch nicht zu wenig, um bestehen zu können. Wir können nicht annehmen, daß unser Handwerk zu Unrecht angegriffen wird. Sch. J. K.

Die Auszahlung an Pensionäre.

Merkwürdig schlecht war am 1. ds. der Geldempfang für Pensionäre auf der Landeshauptkasse bezw. in den Räumen der Staatskassendirektionverwaltung eingerichtet. Es fehlte ein Schalterbeamter, und dies brachte mangels entsprechender Aufschriften an den Schaltern große Verwirrung in die Reihen der sehr zeitig erschienenen Pensionäre. Dabei änderte man frühere Einteilungen ab. Vor dem war eine Abteilung A—K einschließl. Diesmal galt nur A—K; mer—K so hatte, erfährt erst nach langem Nachsehen am Schalter selbst, daß er an den zweiten offenen Schalter Ko—Z gehen müsse. Dort konnte er sich wieder an die sehr viel größere Menge der Pensionäre hinten anschließen und erhielt sein Geld zwei Stunden später. Alles das ist auf das Fehlen geeigneter Aufschriften zurückzuführen. Der dortige leitende Beamte muß doch wissen, daß die Pensionäre alte Herren sind oder in Vertretung deren auch nicht mehr jungen Gattinnen, welchen das lange Stehen und Warten schwerfällt. Mögen diese Zeiten dazu führen, daß Ordnung namentlich bessere Orientierung durch Tafeln geschaffen wird. —5—

Die Festhalle-Veranstaltungen.

Ich glaube im Sinne vieler zu sprechen, wenn ich an dieser Stelle der Stadtverwaltung gegenüber den Wunsch äußere, die in vergangenen und vorletzten Jahre im großen Festhallsaal an Sonntag-Nachmittagen abgehaltenen Konzerte und Veranstaltungen auch in diesem Winter einzuführen. Man wird mir entgegenhalten, daß die Eintrittspreise den Aufwand an Heizmaterial usw. nicht decken. Ich bin jedoch der festen Ueberzeugung, daß durch entsprechende Eintrittspreispolitik zum mindesten die Untkosten aufgebracht werden und die Festhalle bei diesen Veranstaltungen stets zahlreiche Besucher aufweist. Vielleicht könnte man den Inhabern von Stadtgarten-Jahreskarten eine kleine Preisermäßigung gewähren. Die Stadtverwaltung dürfte das Dankes eines großen Teiles der Karlsruher Bürgerchaft, der durch einige genutzte Stunden bereitet wären, gewiß sein.

Die Heraushebung der Goldmarkpreise.

Auf die Ausführungen der Landeszentrale des Badischen Einzelhandels im „Tagblatt“ vom 29. November (Nr. 329) erwidere ich:

Jeder, der meine Ausführungen im „Tagblatt“ vom 28. November liest, wird mir zugeben, daß ich ruhig und sachlich geschrieben habe, trotz der außerordentlichen Erregung, die in Verbraucherkreisen über die ununterbrochene und außerordentliche Heraushebung der Grundpreise herrscht, trotz des vernichtenden Urteils, das überall wegen der Heraushebung der Goldmarkpreise gefällt wird. Besonders hat es mir völlig fern gelegen, dem Einzelhandel die Schuld an der Teuerung zuzuschreiben.

Die Behauptung von der Weltmarktüberbewertung ist in der vom Einzelhandel ausgesprochenen Form unzutreffend. Es herrscht allerdings in einzelnen Ländern, aber nicht im allgemeinen, eine Überbewertung. Die Hauptursache aber, die am meisten interessiert, scheint der Vertreter des Einzelhandels nicht bekannt zu sein, nämlich, daß fast alle wichtigen Lebensmittel im Ausland, auch umgerechnet in deutsche Mark, wesentlich billiger sind als in Deutschland. Es steht fest, daß in dem für die Weltmarktpreise wichtigsten Land, in Amerika, die Lebenshaltung seit Kriegsende fortwährend sich verbilligt hat. Nach offizieller amerikanischer Statistik beträgt der Rückgang bis zum Jahr 22 bei Bodenerzeugnissen 58,5 Prozent, für Lebensmittel 52,7 Prozent, für Kleidung 48,3 Prozent, für Apothekermittel 23 Prozent, inwieweit ist eine weitere Verbilligung der Lebenshaltung eingetreten. Daß auch in den meisten anderen Staaten die Kosten der Lebenshaltung und Löhne ständig zurückgingen, ist aus der Tagespresse bekannt; bei uns ist von Monat zu Monat, in der letzten Zeit geradezu von Tag zu Tag, alles teurer geworden, vielfaches über die höchsten Weltmarktpreise, so daß der Export rapid zurückging, die Zahl der Erwerbslosen

steigt. Kein vernünftiger Mensch kann die Tatsache übersehen, daß die Gründe für den finanziellen Zusammenbruch der Mark aufserordentlich vielfältig sind. Aber in einer Beziehung herrscht wohl unter allen Einsichtigen Übereinstimmung, daß es in der bisherigen Weise nicht weitergehen kann, daß endlich einmal an Stelle dieser zu nichts führenden und unter Elend nur vergrößerten akademischen Erörterungen zugunsten einzelner Berufsstände endlich einmal die Rücksicht auf das Gemeinwohl treten muß. Der Herr Staatspräsident hat sehr recht, wenn er dieser Tage in Konstanz ausführte, daß nicht jeder Stand oder Berufsstand darauf warten dürfe, daß der andere mit den Opfern den Anfang mache, sondern daß jeder sich von dem einzigen Gesichtspunkt beherrschen lassen müsse, Opfer zu bringen im Interesse des großen Ganzen. Heute brauchen wir keine langatmigen Ausführungen, welche Gründe event. für eine Heraushebung der Preise sprechen könnten, heute kann es nur heißen: Opfer! Das heißt: herunter mit den Preisen, Tarifen usw. überall, wo es irgend möglich ist, damit Löhne, Gehälter usw. folgen können. Gerade der Einzelhandel hat doch in den letzten Wochen Gelegenheit gehabt, am eigenen Leibe zu spüren, daß die ewige Heraushebung der Grundpreise und Schlüsselzahlen nicht einmal den einzelnen Mitgliedern des Einzelhandels nützt. Wenn ich sehe, wie unter anderem starker und blühender Mittelstand heute abruht und völlig zum Verderben geworden ist, nichts mehr besitzt, und sich in einem verzweiflungsvollen Kampf mit dem Hunger befindet, daß Mittel- und Kleinindustrie, Handwerk, Aerzte, Anwälte, Hausbesitzer, Künstler, Architekten und Kunstsinstitute vor dem Untergang stehen, dann will es mir fast scheinen, wie wenn andere für das Allgemeinwohl ebenso wichtige Stände mindestens ebenso gelitten haben wie der Einzelhandel; und wenn ich weiter berücksichtige, daß der Staat heute von Beamten und Staatsarbeitern einen logenannanten Entbehrensfaktor von 30 Prozent der Bezüge verlangt, bei vermehrter Arbeitszeit und schlechterer Allgemeinernährung, dann will es mir ebenfalls nicht so ganz in den Kopf, daß die Vertretung des Einzelhandels sich in einer so scharfen Weise gegen meine Ausführungen wendet, die niemand verstehen und nur dem Allgemeinwohl dienen sollten, und zu denen übrigens zahlreiche angelehene hiesige Firmen mir ihre Zustimmung aussprechen. Schließlich kann ja doch das, was ich vertrete, nicht ganz so verkehrt sein, denn jetzt hat der Reichswirtschaftsrat einstimmig eine Entschließung angenommen des Inhalts, daß die vielfach zu hoch angelegten Goldpreise schleunigst abgebaut werden müssen.

Rechtsanwalt Dr. Haefelin, Karlsruhe.

Preisberechnung auf Goldmarkgrundlage.

Im badischen Landespreisdienst wurden am Freitag die Beratungen über die Preisberechnung auf Goldmarkgrundlage fortgesetzt, die am Donnerstag mit einer Sitzung mit den Vertretern des Einzelhandels begonnen hatten. Zu der Beratung am Freitagmorgen, an der wiederum Vertreter des Generalkonsums und des Landespolizeiamtes teilnahmen, hatten sich die Vertreter vornehmlich jener Industrien angekündigt, die sich mit der Produktion von lebenswichtigen Gütern des täglichen Bedarfs befassen. In der sehr eingehenden Aussprache wurde von den Vertretern der Industrie auf die schwierige Lage der Industrie hingewiesen, wie sie durch die Steigerung der Erzeugungskosten sowie der Preise für Kohlen, Fracht usw. hervorgerufen worden ist. Auch im valutastarken Ausland, so in der Schweiz, seien die Friedenspreise zum Teil in erheblichem Maße überschritten. Die Verhältnisse der deutschen Industrie seien zurzeit noch sehr wenig geklärt. Das Entscheidende sei hier die Frage nach der Preisbildung, eine stabile Währung zu schaffen, könne auch mit einer baldigen Besserung der Preisverhältnisse erreicht werden.

Die gleiche Auffassung trat in der Besprechung mit den in größerer Zahl erschienenen Vertretern sämtlicher Zweige des Karlsruher Großhandels am Freitag vormittag zutage. Der Großhandel, der in seiner Preisbildung in erster Linie von der Produktion abhängig ist, erklärte

ebenfalls, daß im Augenblick bei der Unklarheit der Geldverhältnisse, durch die auch die geschäftlichen Unkosten des Handels sehr gesteigert würden, eine Rückkehr zu den Friedenspreisen, auch auszüglich dem Weltierungszuschlag, noch nicht möglich sei. Erst wenn das wertbeständige Geld sich durchgesetzt habe und dadurch die Währung stabilisiert sei, könne eine Preislenkung eintreten, zumal dann auch das Gesetz von Angebot und Nachfrage auf die Preisverhältnisse regend einwirken würde.

In beiden Beratungen zeigte sich, wie auch beim Einzelhandel, weitgehendes Verständnis für die schwierige Lage großer Verbraucherfreie, und es wurde immer wieder die Bereitwilligkeit betont, unter den gegebenen Voraussetzungen an einer Besserung unserer Preisverhältnisse und damit an einer Gesundung des schwer erschütterten wirtschaftlichen Lebens unseres Vaterlandes tatkräftig mitzuarbeiten.

Aus Baden

Der Freiburger Erzbischof gegen Klassenhaß und Bruderkampf.

In den katholischen Kirchen wurde am letzten Sonntag ein Hirtenbrief des Erzbischofs Carl verlesen, in dessen Einleitung der Erzbischof über seine jüngste Romreise berichtet. Der Erzbischof schreibt, daß ihn mit wahrer Begeisterung der Anblick der reichen Lebensmittel in der Schweiz und in Italien und der geschäftliche Frohmuth der Bewohner dieser Länder erfüllte, da er des Mangels, der Arbeitslosigkeit und der gedrückten Stimmung in der Heimat gedachte. Der Erzbischof erklärt, bestimmt versichern zu können, daß der Vatikan und ganz besonders der Papst die schwere Lage in Deutschland verstehen und würdigen, aber auch, was angängig und möglich war, zu ihrer Verringerung und Beseitigung vollbracht haben und tun. Mit wahrer Freude habe der Papst die Mittelteilung entgegengenommen, daß in der Erzdiözese Freiburg nicht bloß Baden aus dem Ausland vertrieben werden, sondern daß die Bevölkerung auch gegenseitig zu helfen sucht, daß die Landwirtschaft bei der Sammlung von Lebensmitteln für die katholische Wohltätigkeit und kirchlichen Erziehungsanstalten freigeig beitragen und die vermögenden Katholiken in Industrie, Handel und Gewerbe es auf die persönliche Bitte des Erzbischofs durch große Gaben bisher ermöglicht haben, die kirchlichen Erziehungsanstalten künftiger Priester zu halten.

In den weiteren Ausführungen des Hirtenbriefs kommt dann der Erzbischof auf die heutige Lage in Deutschland zu sprechen und betont, sonnenklar liege zutage, daß in dieser Lage keine Aufhebung des einen Standes gegen den anderen und kein Klassenhaß, auch keine Aufhebung der Reuehen oder einer religiösen Gemeinschaft gegen die andere möglich wirksam helfen können; zur bitteren Not würde nur die brutale Gewalt, verbitternder Haß und der zerstörende Bruderkampf treten. Im Ausland verstehe man — wiederholt mußte der Erzbischof dies hören — nicht, daß wir trotz unserer Not, besonders politisch im Inneren noch unruhig sind und uns gegenseitig zu bekämpfen. Hier könne und müsse die werktätige Christenliebe helfen. Wie ganz anders sähe es in der Welt aus, wenn die Staatenlenker auch in der Politik die Grundätze des Christentums befolgten, wenn die Menschen die Gebote der Gerechtigkeit, Wahrhaftigkeit und Treue, der Nächstenliebe im privaten und öffentlichen Leben beobachteten würden. Die werktätige Christenliebe müsse der Not steuern, sie soll den häufigen Geist der Selbstsucht und des Neiders überwinden und sie kann Gottes Heil und Segen auf unser Volk wieder herabziehen.

Am Schlusse seines Hirtenbriefs begrüßt der Erzbischof die Anregung des Deutschen Caritasverbandes, daß in der kommenden Advent- und Weihnachtszeit in jeder Pfarrei eine Caritasopferwoche veranstaltet wird. So sollte überall die Nächstenliebe betätigt werden nach dem Vorbild des H. St. Konrad, dessen Wirken der Erzbischof zu Schlusse des Hirtenbriefs noch ein besonderes Gedenkwort widmet.

— **Ettlingen**, 1. Dez. Das hiesige Bürgermeistertag ist bekannt, daß zur Sicherstellung der Brotversorgung und zur Ermäßigung einer Brotpreisverbilligung am 9. Dezember die Brotkarte wieder hier eingeführt wird.

— **Bruchsal**, 1. Dez. Hier konnte durch die Schenkung eines von Amtsgericht Karlsruhe neuem Vertrags verfallener Versicherungsverträge von Durlach wegen Veranschlagung gefällter Papierrollen sein von der Reichsbahn veranschlagt 200 Millionen ein rot überdruckt mit 50 Millionen festgenommen werden.

— **Mannheim**, 1. Dez. Zur Beilegung des in der Metallindustrie Mannheim drohenden Lohnkampfes ist vom Debitmachungskommissar ein Vermittlungsvorschlag ergangen, der als Ausgleich für die Novemberteuerung für die Zeit vom 12. November bis einschließlich 2. Dezember für den Stadtmann der Lohnabelle drei Dollar Mannheimer Handelskammernotgeld vorsieht. Dabei ist die volle Beschäftigung mit 48 Stunden zugrunde gelegt. Als Lohngrundlage für die Woche ab 3. Dezember wird ein Gehalt von 65 Pfennig festgelegt. Dieser Betrag ermäßigt sich auf 58 Pfennig, falls der Anstieg für die Ernährungskosten vom 26. November sich am 5. Dezember um mindestens 15 Prozent erhöht hat. Für die folgende Woche kann jede Partei neue Lohnvereinbarungen fordern, wenn die Lebenshaltungskosten sich um mehr als 10 Prozent ändern oder sonstige außerordentliche wirtschaftliche Veränderungen eintreten. Dieser Verallschlag wurde von den Arbeitgebern abgelehnt und alschließlich ein Vermittlungsvorschlag gemacht auf der Basis eines Spitzenlohnes von 60 Pfennig, rückwirkend ab 12. November bis einschließlich 30. Dezember. Eine Einigung konnte bisher noch nicht erreicht werden. — Im Alter von 77 Jahren ist hier Frau Elise Gutmann gestorben. Mit ihr ist eine Frau mit vorbildlichem Gemeininn dahingegangen. Als Vorhänge der jüdischen Frauenbewegung förderte sie insbesondere deren Kinderheime, Näharbeiten und Stellenvermittlung. Der Mutter- und Säuglingsfürsorge hatte an ihr eine seiner verdienstvollsten Vorkämpferinnen; sie war

Mitbegründerin des Vereins für Mutterfürsorge, für den sie auch schriftliche Propagandaarbeit leistete und den sie feinerseitig in der Kreiszentrale vertrat.

× **Aus dem Biesental**, 1. Dez. Durch Regen und Tauwetter sind die gewaltigen Schneemassen, die im Schwarzwald niedergegangen waren, fast ganz verschwunden, was natürlich ein starkes Anschwellen der Bäche und Flüsse zur Folge hatte. So führt jetzt auch die Biese Schwäbeler. An verschiedenen Stellen wurden in der vergangenen Nacht die Ufer des Mittel- und Unterlaufes überflutet. Gestern morgen ist das Wasser erst etwas zurückgetreten. — Auch der Birka wuchs innerhalb weniger Stunden ungeheuer an und drohte aus seinem Ufer zu treten. Vorkahrungen verschiedener Feuerwehrganne, die im Falle einer Überflutung den Sicherheitsdienst zu besorgen hätten, sind bereits getroffen worden.

× **Waldbühel**, 1. Dez. (Eingel.) Raum hat Bürgermeister Kupferschmid die Augen geschlossen, so geht schon das große Rätelraten los, wer sein Nachfolger sein könnte oder — möchte. Alle möglichen Bewerber werden genannt, natürlich alles Vermutungen. Die Waldbüheler werden hoffentlich sich den Bürgermeister suchen, den sie brauchen, keinen einseitig voreingenommenen Parteimenschen, sondern einen Berater und Vertrauensmann für jeden Mann, einen tüchtigen Schaffer, rechtskundig, verwaltungsmäßig auf der Höhe, mit gesundem, fortschrittlichen Programm u. a. m. Es braucht kein Waldbüheler zu sein, es gibt im Lande Baden tüchtige Männer genug, die zum Waldbüheler Stadteingeworben werden könnten. Die Waldbüheler werden die Bürgermeister werden. Die Bürgermeister wird den geehrtesten Mann mit herausfinden helfen und dem Waldbüheler, Gemeinderat und Bürgerausschuß, zur Wahl empfehlen.

× **Eingen**, 1. Dez. Die über die Nisch erbaute Scheffelbrücke ist nunmehr dem Verkehr übergeben worden.

Der neue Rentenmarkt-Posttarif.

Table with 3 columns: Inland, nach Danzig und dem Saargebiet; 1. Zone (bis 75 km); 2. Zone (ab 75-375 km); 3. Zone (ab 375 km). Rows show rates for different postal services.

× **nach Danzig und dem Saargebiet** besondere Gebühren für Fernsendungen (Fernbriefe und Fernpost) die Gebühr für eine alleinständige gewöhnliche Sendung und die Fernsendungsbüro, die beträgt bei Fernbriefen und Fernpost:

Table comparing postal rates for Danzig and the Saar region with inland rates for different postal services.

× **Postanweisungen** nach dem Saargebiet und nach Danzig müssen auf Papiermark lauten (Wechseltraag für gewöhnliche und telegraphische Postanweisungen unbeschränkt).

× **Postkarten** (in Papiermark) auch nach Danzig, aber nicht ins Saargebiet.

Table showing postal rates for Danzig and the Saar region, including rates for telegrams and telegraphical postal services.

× **Danzig und Saargebiet** (siehe unter a) Nach Litauen, Memelgebiet, Samoburg und Ostpreußen; Postkarten, Briefe, Drucksaaten, Geschäftsbriefe, Warenproben, Mitteilungen wie unter a) angegeben. Päckchen nicht zulässig. Übriges Ausland:

Table showing postal rates for international destinations, including rates for telegrams and telegraphical postal services.

× **Abgabe dieses Posttarifes** auf Karton sind zum Preise von 5 Goldpf. in unserer Geschäftsstelle, Ritterstraße 1, zu haben.

Gesetzliche November-Miete für möblierte Zimmer.

Richtlinien des Mieteinigungsamtes Karlsruhe.

1. Leerer Raum. Für denselben ist ungefähre der Bruchteil der Hauptmiete zu bezahlen, welcher dem Verhältnis der Zimmerzahl der ganzen Wohnung zur Zahl der Untermieträume entspricht. Es sind aber Größe und Lage der Untermieträume zu berücksichtigen.

2. Möbelmiete. Der jeweilige Möbelwert ist je nach Beschaffenheit der Möbel mit 5—10 Prozent zu vermindern. 7—8 Prozent wird das Normale sein. Es ist vom Friedensmietenwert auszugehen. Diese Zahl ist mit der Zimmerzahl des Fälligkeitstages der Miete zu vermindern und für den Einzelmonat durch 12 zu teilen.

3. Bedienungsgeld. Gleichgültig, ob die Hausfrau oder eine Bedientete das Zimmer besorgt, sind durchschnittlich 10 bis 15 Lohnstunden monatlich mit dem Betrag zu zahlen, welchen am Fälligkeitstag der Tarif für Hausangestellte als Fuhrmannlohn ohne Kost ergibt.

4. Für Wäsche, insbesondere Reinigung derselben, sind besonders zu vereinbarende Aufschläge angemessen, und zwar 10 Prozent des Betrages für Wäsche und die jeweils bei den Wohnanhalten üblichen Reinigungsgeldern.

5. Wohnabgabe ist besonders im Verhältnis der Hauptmiete zur Untermiete (Ziffer 1) zu vermindern.

6. Frühlück, Beleuchtung, Heizung. Die Preise sind besonderer Vereinbarung zu überlassen. Für die Kosten der Beleuchtung geben die Forderungsetzelle des Städt. Gas- und Elektrizitätswerkes Anhaltspunkt.

Beispiel zur Berechnung der Miete möblierter Zimmer (Ziff. 1, 2, 3).

Zu Ziff. 1. 5 Zimmer mit 1000 M. Grundmiete; für ein untervermietes Zimmer entfallen 200 M. × 0,017 (vom Mieteinigungsamt für November veröffentlichte Ziffer) = 3,4 Mill. M. Zu Ziff. 2. Möbelwert 750 M. — Goldmarkzahl des 30. Nov., Abmähung gleich 7%, monatlich 750 × 1,002 500 000 000 × 7 = 4 885 937 500 000 M.

Zu Ziff. 3. Der Tarif für Hausangestellte stellt für eine Stunde Arbeitszeit ohne Kost 28 Goldpf. vor, die mit der jeweiligen Schlüsselzahl des Einzelhandels, die z. B. 1 Mill. beträgt, zu vermindern; demnach 28 Pf. × 18 Stunden × 1 Mill. = 4,2 Mill. M.

Zu Ziff. 4. Der von den Wohnanhalten geforderte Preis für Wäsche der Bettwäsche incl. Handtücher beträgt ungefähr 2,72 Goldmark und ist mit der jeweiligen Schlüsselzahl des Einzelhandels zu vermindern; demnach 2,72 M. × 1 Mill. = 2,72 Mill. M.

Die Abmähung berechnet sich, wenn man einen Anschaffungspreis der Bettwäsche von 62,50 M. und eine Abmähungsdauer von 5 Jahren annimmt, folgendermaßen: 62,50 M. × 1 Mill. = 62 500 M. 5 × 12

1,25 Mill. M. Ziff. 1—4 ergeben sonach zusammen 15 955 987 500 000 M.

Wir halten, da der obengenannte Betrag etwas hoch erscheint, eine Miete von 12—15 Millionen Mark für ein möbliertes Zimmer als angemessen.

Zahlungsverzug verpflichtet den Säumnigen zum Ersatz des Geldentwertungsschadens.

Schlüsselzahlen des 2. Dezember.

Badische Einzelhandels: 1000 (Vortag 1000) Milliarden. Karlsruher Teuerungsziffer (mit Vektierung): Stichtag 26. November 1 492 046 114 912,96 (Vormonat 880 788 901 958,94).

Badische Landesindexziffer (mit Vektierung): Stichtag 26. Nov. 1 498 Milliarden (Vormonat 889,3).

Badische Landesindexziffer (ohne Vektierung): Stichtag 26. Nov. 1 299,1 Milliarden (Vormonat 748,8).

Neidachindexziffer: Stichtag 26. Nov. 1535 Milliarden (Vormonat 831).

Großhandelsindexziffer: Stichtag 27. Nov. 1422,9 Milliarden (Vormonat 1413).

Geldumrechnungsindex für die Reichsbank: 1 Billion Goldmark = 1 002 500 000 000.

Schlüsselzahl der Reichsbank: 1 Billion (aktuell vom Unternacht bis Unternacht).

Mittelbadische Brennerziffer: Ab 15. Nov. Stichtag: 1800 (Vormonat 1800) für Lagerleiter; 35 (Vormonat 35) für Exportleiter; Ausnahmestärke: 0,3 (Vormonat 0,3) bzw. 10 (Vormonat 10) mit Gemeinbedienleiter 16 (Vormonat 16) Pf. Stichtag für Privat: 0,7 (Vormonat 0,7) in Klammern bedeuten den Zuschlag für Gemeinbedienleiter.

Bad. Gaswirtschaftsindex: Ab 15. Nov. Schlüsselzahl mit Bad. Einzelhandels: 0,3 (Vormonat 0,3) oder 10 (Vormonat 10) Pf. Stichtag für Privat: 0,7 (Vormonat 0,7) in Klammern bedeuten den Zuschlag für Gemeinbedienleiter.

Bad. Gaswirtschaftsindex: Ab 15. Nov. Schlüsselzahl mit Bad. Einzelhandels: 0,3 (Vormonat 0,3) oder 10 (Vormonat 10) Pf. Stichtag für Privat: 0,7 (Vormonat 0,7) in Klammern bedeuten den Zuschlag für Gemeinbedienleiter.

Badische Landesindexziffer: 1 Billion. Schlüsselzahl des Vereins deutscher Zeitungserleger für Anzeigenaufträge: 1,4 Milliarden.

Schlüsselzahl für das Substratgewerbe: 50 Milliarden. Substratindexziffer: 1,1 Billion.

Schlüsselzahl für den Bezugspreis der Karlsruher Zeitungen: 1 Billion.

Briefkasten

B. A. Ein solches Verbot besteht nicht.

D. S. A. Bei der Frage, ob und welche Mieter verpflichtet sind, die Eingangstreppe, Hausflur usw. zu reinigen, kommt es darauf an, was zwischen Hausbesitzer und Mieter bei Zustandekommen des Mietverhältnisses vereinbart worden ist. Wir halten es für ausgeschlossen, daß eine Partie des B. Stodes nachträglich gezwungen werden kann, Reinigungsarbeiten in anderen Stodwerken vorzunehmen, die ihr bisher noch nicht oblagen.

B. A. in M. 1. Interes Erachtens nein, falls die erteilte Kündigung in Ordnung war. Im allgemeinen verliert man bei verweigerter Kündigung, Kündigungen zum 1. April, 1. Juli, 1. Oktober, 1. Januar, nicht aber Kündigung auf dazwischen liegenden Terminen. 2. Sie müssen die gerichtliche Klage auf Lösungsbewilligung erheben. 3. Man muß dem genauen Wortlaut des Darlehensvertrages folgen. Wenn die Rückzahlung vertraglich in Goldmark zu erfolgen hat, das Darlehen aber erst am 1. Februar 1923 gegeben wurde, dann kann es sich fragen, ob der volle Schuldbetrag in Goldmark heimzusahlen ist oder ob der Kurs für die Rückzahlung in Frage kommt, wenn das Darlehen zur Zeit der Eingabe amgerechnet in Goldmark hatte.

Aus dem Stadtkreise

Wo ist die Badenmark?

Wiederholt ist in der Tagespresse die Frage aufgeworfen worden, wo denn eigentlich die badische Goldschabanweisung (Badenmark) geblieben sei. Es ist dabei die Vermutung ausgesprochen worden, die badische Goldschabanweisung sei insbesondere von der Landwirtschaft gesammelt worden. Auch darüber wird Klage geführt, daß die badische Goldschabanweisung über die Grenze verschoben worden sei. Von amtlicher Seite wird uns hierzu folgendes mitgeteilt: Die badischen Goldschabanweisungen sind zu einem Teil unter händiger und genauer Nachprüfung der zuständigen Regierungsstelle an die badische Industrie zu Zwecken der Vermögensverteilung und werbefähigen Lohnzahlung, zu einem andern Teil auch über die landwirtschaftlichen und anderen Berufsorganisationen für Zwecke der Kartoffelbeihilfe an die Landwirtschaft abgegeben worden. Die badischen Goldschabanweisungen sind auf diese Weise im Gegensatz zur Reichsbanknote auf dem festeren und sichereren Weg in den Verkehr gelangt. Daß sie tatsächlich zu einem erheblichen Teil auch im Verkehr geblieben sind, daran ist nicht anzweifeln. Mitteilungen nicht zu zweifeln. Gerüchten über eine missbräuchliche Verwendung der Badenmark durch landwirtschaftliche Organisationen ist die Regierung nachgegangen; sie haben sich erfuhrerweise nicht bewährt. Es ist weiter behauptet worden, die badischen Goldschabanweisungen seien in großem Umfang über die Grenze verschoben worden und würden im Ausland weit unter Kurs gehandelt. Es mag sein, daß ähnlich wie bei der Goldmark, dem wertbeständigen Notgeld und der Rentenmark in der Zeit, in welcher der Dollarkurs künstlich niedergehalten wurde, auch Stücke der badischen Goldschabanweisungen über die Grenze gewandert sind. Daß es sich dabei um erhebliche Mengen handelt, ist kaum anzunehmen. Ebenso ist es nach einer zuverlässigen Feststellung unrichtig, daß die badische Goldschabanweisung im Ausland unter Kurs gehandelt werde. Daß dadurch, daß Stücke der badischen Goldschabanweisung ins Ausland gegangen sind, der badische Schwarzmarkt in den Besitz des Auslandes gekommen sei, ist eine Unbertretung, deren Richtigkeit offenkundig ist.

Die Mietsberechnung.

Man schreibt uns: Das Mietvereinigungsamt Karlsruhe hat die Veröffentlichung der gesetzlichen Mietsätze für November so lange hinausgeschoben, daß die Bürger erst im Laufe des letzten Tages beim. Am Ende der Kenntnis der Veröffentlichungsaussicht kam. Die Mitteilung der Vermieter an die Mieter kann demnach im günstigsten Falle erst am Sonntag bzw. Montag erfolgen. Die Einnahme der Mieten bleibt sich dadurch bis zum Montag und Dienstag hin. Das Bürgerliche Gesetzbuch und der Karlsruher Mietvertrag bestimmen, daß die Miete am ersten Werktag des folgenden Monats zu bezahlen ist.

Pünktlich am 1. Dezember, morgens 8 Uhr, haben die Erheber des Wasserwerkes mit dem Einzug des Wasserzinses begonnen, natürlich vergebens, da ja die Vermieter noch nicht einmal die Miete konnten, geschweige denn diese schon eingekommen hatten. Man weiß, daß das Bürgerliche Gesetzbuch an dieser unverantwortlichen Verschleppung keine Schuld hat, sondern redlich bemüht war, die Miete für November so früh wie irgend möglich, das heißt am 29. oder 30. zu veröffentlichen, nachdem der zur Berechnung notwendige Reichsindex am Montag den 28. November bekannt war (frühestens am 29. vormittags). Die Schuld trifft einzig und allein das Mietvereinigungsamt, das nur wegen des Umrechnungsfehlers, der sich vielleicht am 30. noch hätte ändern können, auf der Veröffentlichung am 1. Dezember beharrte hat. Die Hausbesitzer legen gegen ein solches Verfahren des Mietvereinigungsamtes auf das energischste Beschwerde ein.

Der Grund- und Hausbesitzer-Verein verlangt, daß die Berechnung der Miete für Dezember so rechtzeitig fehlerfrei wird, daß solche verwirrende Zustände nicht wieder vorkommen. Er erwartet, daß im Dezember, bei dem es sich wieder um kritische Lage handelt (der 29. ist Samstag, der 30. Sonntag, der 31. Montag, der 1. Dezember ist Freitag usw.), die Veröffentlichung unter allen Umständen am Freitag, den 29., erfolgt, damit Mieter und Vermieter genügend Zeit haben, sich über ihre Verrechnung zu verständigen. Die Behandlung dieser Angelegenheit seitens des Mietvereinigungsamtes hat in allen Kreisen der Bürgerschaft den lebhaftesten Unwillen hervorgerufen.

Mietnachverkauf der Stadtmission.

Zeitlich Ausdruck des Krieges hat im letzten Jahre zum erstenmal wieder der Weihnachtsvorverkauf der Stadtmission stattgefunden. Nächsten Dienstag ist er wiederum angelegt. In früheren Jahren ist aus allen Kreisen der Stadt sehr eifrig zu diesem Verkauf beigetragen worden. Von dem Erlös mußte die ganze Stadtmissionarbeit zum größten Teil wieder ein Jahr hindurch getragen werden. Ihre Hauptaufgabe war, als Dienerin der Kirche bei Hausbesuchen Alten und Kranken, die kein Gotteshaus mehr besuchen können, einen Erlös zu bieten und vor allem Dingen den der Kirche Entfremdeten nachzugehen. Eine mühsame und schwere Arbeit. Ein neues Gebiet der Bearbeitung hat sich der Stadtmission. Welche Kreise des auf bürgerlichen Mittelstandes getreten in scharfer Verarmung und konnten sich nicht mehr das zum Leben Nötigste beschaffen. Nicht wenige aus diesen Kreisen, die ihr ganzes Leben lang nur aus den kleinen, Werke der inneren und äußeren Mission mit Freunden unterstützten, Arme speisten, sind nun selbst in bitterer Not. Aber sie lassen nicht. Sie haben und tragen ihr schweres Los in der Stille. Sie müssen bei Hausbesuchen aufgefunden gemacht werden. Soweit die Mittel reichen, werden sie direkt mit Lebensmitteln unterstützt. Eine Reihe Landgemeinden haben in überaus freiwilliger Weise Kartoffeln und Gemüse gesammelt. Allein aus der Gvinger Gegend ist ein Eisenbahnwagen voll Lebensmittel ein-

Rektoratwechsel an der Technischen Hochschule Fredericiana

In der Aula der Technischen Hochschule fand gestern, vormittags, die Feier der Uebergabe des Rektorats in Anwesenheit des Staatspräsidenten und der Minister, des Referenten für Hochschulwesen im Ministerium, des Oberbürgermeisters, zahlreicher auswärtiger Ehrenbürger, Vertreter der Industrie und des Handels, der Professoren und der Studentenschaft statt. Eingeleitet wurde die Feier durch einen Chor des Karlsruher „Niedertranz“, worauf der bisherige Rektor der Hochschule, Professor Dr. Fredia den Bericht über das abgelaufene Studienjahr erstattete. Er erkannte zunächst dankbar an, daß die badische Regierung auch im vergangenen Studienjahr der Hochschule nach Kräften beigetragen und durch Erteilung geeigneter Lehraufträge dafür gesorgt hat, daß der Lehrbetrieb in geordneter Weise fortgesetzt werden konnte. Der Lehrkörper hat durch Weggang einiger Kollegen empfindliche Verluste gehabt. Als neue Lehrkräfte wurden berufen: Dipl.-Ing. Kurt von Sanden an der Germanistik, Dr. Th. Bauer an der Mathematik und Mechanik, Dr. G. v. S. an der Chemie, Dr. Goldschmidt an der Universität zu Würzburg als etatm. a. v. Professor der Chemie. Das Staatsministerium hat den Minister des Kultus und Unterrichts Professor Dr. Hellpach zum o. Honorarprofessor ernannt und so einen dringenden Wunsch der Hochschule, ihn zum Lehrkörper der Fredericiana zu erhalten, erfüllt. Auch gelang es den Bemühungen des Ministeriums und des Senats, den Professor der Geometrie Dr. Balduß, der einen ehrenvollen Ruf an die Technische Hochschule Sankt Petersburg hatte, der Fredericiana weiter zu erhalten.

Habilitiert haben sich: Dr. Jno. Föld für „Allgemeine und angewandte physikalische Chemie“, Frau Dr. v. Ehrhardt-Siebold für „englische Philologie“, Dr. Wellstein für „Mathematik“. Das Wintersemester zählte 1702, das Sommersemester 1772 ordentliche Studierende. Die Diplomprüfung haben 250 Studierende bestanden, den Grad eines Dr.-Jura haben 17 Studierende erreicht. Eine wichtige Rolle für einen großen Teil der Studierenden spielen die großen wirtschaftlichen und sozialen Einrichtungen der Hochschule, wovon in erster Linie der Studentendienst unter der kundigen Beratung von Geh.-Rat Dr. Kroger zu erwähnen ist. Auch die mensa academica hat im vergangenen Studienjahr große Aufwände zu bewältigen gehabt, was ihr durch Spenden von privater Seite und durch erklebte Stiftungen auch aus dem Auslande, aus Finnland, Skandinavien, Holland, der Schweiz, Griechenland, Amerika und Japan, auch von bankbaren ausländischen Studierenden ermöglich wurde.

Dem körperlichen Wohle der Studierenden ist ferner die Organisation des Akademischen Ausschusses für Leibesübungen unter Leitung von Professor Dr. Paulke und des akademischen Turn- und Sportlehrers Zwele geweiht.

Durch die Gemeinschaft ehemaliger Angehöriger der Technischen Hochschule ist durch Verteilung von Stipendien und Beihilfen in Krankheitsfällen bereits viel Seelen gestiftet worden.

Im Studienjahr 1922/23 haben drei Professoren, von denen bereits 2 im Ruhestand befanden und lange dem Lehrkörper angehört hatten: Am 14. Februar 1923 verstarb der planm. a. o. Professor der Chemie und Abteilungsleiter am chemischen Institut Dr. Carl W. Franzen; am 15. April 1923 entschlief der frühere Professor an der Architekturabteilung Architekt Eduard Bär; am 8. Juni 1923 wurde der 73jährige, seit 1910 im Ruhestand lebende Professor der Kunstgeschichte, Geh.-Rat Dr. Adolf von Döschhäuser durch einen Herzschlag jääh dahingerafft. Auch dreier weiterer Professoren, welche nach ihrem Weggang von Karlsruhe an anderen Hochschulen wirkten, und im abgelaufenen Jahre aus dem Leben schieden, wurde in Treue und Verehrung gedacht. Es sind dies: Geh.-Rat Dr. Gothein, zuletzt Professor an der Universität Heidelberg, ferner Geh.-Rat Dietel, zuletzt Professor an der Universität Zürich und Geh.-Rat Dr. Leo Müller, der vorrefillable Professor der Fortwiffenschaft an der Universität Freiburg. Im April des Jahres hatte die Fredericiana den Tod ihrer edlen Gönnerin und Freundin der Großherzogin Luise von Baden zu beklagen. Ein Lebensalter lang war diese hohe Frau bemüht, die geistigen Schätze unseres Landes und damit auch das Leben der Hochschule in jeder Weise zu fördern und zu beschützen. An allen Ehrentagen, an Leid und Freud der Fredericiana hat Großherzogin Luise stets teilgenommen. Auch den Tod von 5 Studierenden hatte die Technische Hochschule im vergangenen Studienjahr zu beklagen.

Nachdem der Prorektor seinem Nachfolger das Amt übergeben hatte, ergriff der neue Rektor des Studienjahres 1923/24, Professor der Geometrie Dr. Balduß, das Wort. Nach Verteilung des Redenbacherspreises an die Dipl.-Ing. Ernst Kern aus Regal und Mario Zippermayr aus Moiland sowie der beiden 1. Preise der Architekturabteilung an die Kandidaten Karl Ehrlich aus Karlsruhe und Josef Trenke aus Esch sprach er in längerem Vortrag über „Formalismus und Intuitionismus in der Mathematik“. Bei der stark gedragten Vortragweise, die doch weitgehende mathematische Schöpfung voraussetzt, wird, fürchten wir, mancher Zuhörer nicht auf seine Kosten gekommen sein.

getroffen. Auch andere Gemeinden haben mehr oder weniger beigesteuert und der Stadtmission dadurch die Möglichkeit gegeben, ihre Missionstätigkeit weiter auszubauen. Sie hat für solche Personen des Mittelstandes, die sich nun nicht mehr selbst lösen können, in Verbindung mit dem Blutkreis-Speichers, Kreuzstraße 23, eine Küche eingerichtet, damit diese Armen wenigstens einmal im Tag eine warme Mahlzeit erhalten. An den Selbstlosen tragen die Einzelnen, soweit es ihre Verhältnisse erlauben. Der Rest wird durch freiwillige Spenden gedeckt. Mit der Markthochschule und dem v. Offenhardt-Vereinsmitglied ist eine Vereinbarung getroffen, daß ihnen von der Stadtmission die für diese Speisung in Frage kommenden Personen der Beihilft zugewiesen werden können.

Diese gegenwärtige Einrichtung wird in den damit verbundenen Kreisen als große Wohltat empfunden. Die Küchen können durch Zumdung von Lebensmitteln, oder auch Geld, oder Übernahme von Freitischen unterstützt werden. Der Verkauf am nächsten Dienstag soll überhaupt der Stadtmission wieder ihre leere Kasse füllen, damit sie ihr Werk fortsetzen kann. Zum Verkauf sind willkommen: Bücher, Bilder, Schmuck, und Kunstgegenstände, Kleidungsstücke und vor allem Dingen Schwarz (Brot, Kuchen, Bunt usw.) für das Büffel. Geben können am Montag, von 9 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends, Schwarz auch noch Dienstag früh, Adlerstraße 23, abgegeben werden. Der Verkauf findet Adlerstraße 23 statt.

Advent. Schon drehen sich unsere Gedanken um Weihnachten, und trotz der Not der Zeit hält die Weihnachtstrende Einkehr in unserem Herzen. Doch steht vor dem Christfest noch der Advent, die Zeit der Sammlung und Vorbereitung, die mit dem kommenden Sonntag beginnt. Wie wir unser Haus reinigen in Erwartung eines hohen Gastes, so tut es not, unsere Herzen für den Empfang des Christkinds zu bereiten. Wie der Name sagt, ist die Adventszeit die Vorbereitungszeit auf die Ankunft des Herrn (adventus = Anknft). Die ersten Christen erwarteten eine Wiederkunft Christi, weshalb auch die Adventsfeier bis ins christliche Altertum zurückgeht. Zur Zeit des heiligen Augustinus und Ambrosius, also um 400 nach Christi, war die Adventsfeier allgemein verbreitet. Um 600 galt die Adventsfeier in Frankreich als Bestandteil der Liturgie. Die römische Adventszeit umfaßt vier Wochen, d. h. vier Sonntage, die sogenannte androsanische zählt 6 Sonntage, denn aus der Auffassung, die Adventszeit als eine Vorbereitung auf die Ankunft Christi zu betrachten, verband man früher damit ein 40tägiges Fasten.

Geschäftsüberlegung. Das bekannte und gut empfohlene Mahageschäft für Schuhwaren Heinrich Lachner ist seit von Kaiserstr. 205 in das Haus Douglasstr. 26 bei der Hauptpost übergesiedelt. Die alten Kunden dürfen mit Freunden vernehmen, daß Herr Lachner, der 32 Jahre sein Geschäft im Einzelbetrieb, sie in jeder Weise aufrechten stellen will. Man beachte die Anzeie.

Das Fest der goldnen Hochzeit begehen am heutigen Sonntag in körperlicher und geistlicher Frische die Eheleute Schuhmachermeister Theodor Schaller hier. Herr Schaller, eine sehr

Verwendung alter Marken nicht zur vollständigen Freimachung ausreicht, hat der Empfänger bei Aushändigung noch das 1/2fache des Reibtrages unter Aufrundung auf volle 10 Rentenpennig zu entrichten.

Verbilligte Tarife. Um die Ernährungsfrage zu erleichtern, befördert die Reichsbahn vom 5. Dezember an folgende einheimischen landwirtschaftlichen Erzeugnisse bei Aufgabe als Expressfrachtgut zum halben Tarife: Butter, Eier, Käse, frisches Obst und Gemüse, Beeren und Kartoffeln. Die Vergünstigung ist auf Frachtmiete unter 50 Kilogramm und Entfernung bis zu 100 Kilometer beschränkt.

Steuerabzug. Die Verhältniszahl, mit der die in der zweiten Septemberhälfte 1923 in Geltung gewesenen Ermäßigungssätze im Steuerabzug beim Arbeitslohn zu vervielfältigen sind, beträgt für die Zeit vom 2.—8. Dezember einschließlich bei jeder bis 8. Dezember erfolgten Zahlung vom bis 8. Dezember fällig gewordenen Arbeitslohn 850/1000.

Fünf Franken-Schweine. Ueber die Einziehung der Schweizer Fünf Franken-Schweine sind die verschiedensten Gerüchte im Umlauf. Wie wir aus gut unterrichteter Quelle erfahren, handelt es sich dabei um folgendes: Es werden von der Schweiz für 105 Millionen Mark 5 Franken-Silberstücke herausgegeben, und in der gleichen Höhe werden Fünf Frankenschweine eingezogen. Die Einziehung wird bis zum 31. Dezember 1923 erfolgen.

Eine Kriegswitwe schreibt uns: Die Badischen Lichtspiele hatten in verständnisvollem Mitgefühl mit der Not der Klein- und Sozialrentner für diese eine besondere Vorleistung bei freiem Eintritt veranstaltet. Vielleicht bedarf es nur dieses Hinweis, daß es sich auch ermöglichen ließe, den Kriegswaisen hier eine Freude zu machen, indem man auch ihnen freien Eintritt zu diesen Sondervorstellungen gewährt.

Der Deutsche Caritasverband, die Zusammenfassung aller Organisationen, Anstalten und Einrichtungen der katholischen Wohlfahrtspflege Deutschlands, ruft in diesen Tagen zu einem sehr zeitgemäßen Hilfsmerk auf, zur Linderung der Not dieses Winters. Während einer der Vorbereitungswochen auf das Weihnachtsfest sollen die Katholiken möglichst vollständig sich jeder irgendwie vermeidbaren Ausgabe (Tabak, Alkohol, Vergnügen, sonstige Luxusausgaben) enthalten und das auf diese Weise ersparte durch Vermittlung der Caritasverbände in den einzelnen Orten und Bistümern für die zahlreichen Notleidenden zur Verfügung stellen. Es wird darauf hingewirkt, daß während dieser Caritas-Dyferwoche jeder, der nicht selbst bereits mit der Not zu kämpfen hat, wenigstens für eine Woche das Brot für einen Bedürftigen aufzubringen sucht, was dem Gegenwert von mindestens einer Goldmark entsprechen würde. Es ist zu hoffen, daß diese großzügige Disposition, deren Plan auch die besondere Anerkennung von Papst Pius XI. gefunden hat, von einem günstigen Erfolg begleitet sein wird.

Bestandstellungen.

Nichtige Vorlesung. Heute, Sonntag, 2. Dezember, nachmittags 5 Uhr, wird Herr Ulrich von der Trend-Uriel vom Badischen Landesrat seine erste Dichtervorlesung halten, die ausschließlich dem Philosophendichter Friedrich Nietzsche gewidmet ist. Es sind noch Karten ab 1/2 Uhr beim Saaleingang erhältlich.

Badischer Verein für Geflügelsucht. Im Schrempfischen Bier Keller, Beierthelmer Allee, findet am Samstag, den 8. und Sonntag, den 9. Dezember, eine vom Verein veranstaltete große Geflügel- und Tauben-Ausstellung statt. Der Meldebüch ist auf den 5. Dezember festgelegt. Das Staudgeld beträgt nur ein Pfennig. Dafür können bis zu drei Nummern Hühner, Enten, Gänse und Truthühner gemeldet werden; für Tauben und Iwerge ist ein Pfennig für bis zu fünf Nummern als Staudgeld festgelegt. Die Schau bietet die beste Gelegenheit zur Erwerbung von Zuchthühnern und Zuchsenten, da die Mitbringer auch Material zur Schau bringen werden. Ein reichhaltiger Gluckhofen wird aufgestellt, so daß altschick Gewinner in den Besitz von Geflügel oder sonstiger brauchbarer Gegenstände kommen können. (Siehe Anzeige.) —

Standesbuch-Ausgabe.

Todesfälle. 30. Nov.: Christine Ernst, alt 78 Jahre, Witwe des Himmerrmanns Martin Ernst; Carl Senf, 67 Jahre, Ehemann, alt 72 Jahre; Elise Eisele, alt 59 Jahre, Ehefrau des Hubermanns Mathias Eisele.

Sport-Spiel

Fußball.

Fußballturnier auf dem R.F.V.-Platz. Durch beiderseitiges Einverständnis des R.F.V. und des F.C. Mühlburg ist dem hiesigen sportliebenden Publikum Gelegenheit gegeben, heute zwei Vorkämpfe auf dem R.F.V.-Platz anzusehen und einen Vergleich zu ziehen über die Stärke und Spielart der einzelnen Vereine. Es spielen um 1 Uhr die neuangeworbene Mannschaft des R.F.V. gegen den F.C. Gaggenau, und am 10. Dezember treffen sich die ersten Mannschaften des F.C. Mühlburg und F.C. Phönix zum fälligen Verbandsspiel. Beide Spiele verdienen sehr interessant zu werden, gilt es doch für den R.F.V. die Spitze in seiner Klasse zu erkämpfen, und für den F.C. Mühlburg, den Anschluss an die Spitzengruppe zu befestigen.

Tagesanzeiger

Sonntag, den 2. Dezember 1923.

Bad. Landesbühnen: „Altenputtel“, vormittags 11 1/2 bis 1 1/2 Uhr. „Die Bohème“, abends 6 1/2 bis gegen 9 1/2 Uhr.
Städt. Konzerthaus: Badische Lichtspiele. Mit Auto und Kamera zwischen arifantischen Großwilt“, abends 8 Uhr.
3. Beethoven-Abend: Abends 8 Uhr, Konservatorium, Solkenstraße 48.
Vorlesungen von Dichtungen: Friedrich Heidecke — Christian Worchern durch Ulrich v. d. Trend-Uriel, nachm. 5 Uhr im Prinz-Max-Palais.
Definitiver Vortrag im Vortragsaal Kriegstrasse 84, nachmittags 5 Uhr.
Colosseum: Variet, nachm. 8 1/2 Uhr und abends 7 1/2 Uhr.
Restaurant Cittaadi: Künstlerkonzert, nachmittags 5 Uhr.
Bairische Bettspiel: Mühlburg gegen Phönix, nachm. 1/2 Uhr auf dem R.F.V.-Sportplatz.
Reislika-Spiel: Frankonia gegen Beierthel, nachm. 1/2 Uhr auf dem Sportplatz hinter dem Hauptbahnhof.
R.F.V. gegen Gaggenau, mittags 1 Uhr auf dem R.F.V.-Sportplatz.

Wirtschafts- und Handelszeitung

Die Goldmark

Am 1. Dez. berechnet nach dem amtlichen Berliner Dollarkurs, 1 Dollar = 4.20 Mk. Vorkriegswert,

1 002 500 000 000 Papiermark.

Goldanleihe (1 Dollar) 4200 Milliarden
Keine Umsätze.

Dollarschatzanweisungen — Milliard.

Wirtschaftliche Rundschau.

Teures Deutschland. — Devisenpolitik. — Das Programm Schacht. — Währungsziele.

Das Ergebnis der Politik der künstlichen Niederhaltung der Devisenkurse ist, daß Deutschland nunmehr das teuerste Land der Welt geworden ist. Wenn wir in den letzten Jahren in Deutschland von Teuerungen gesprochen haben, so handelte es sich immer um eine Teuerung in Papiermark, während bei Umrechnung in Goldmark oder ausländische Währung das Leben in Deutschland überaus billig war, so daß zahlreiche Ausländer nach Deutschland geflohen wurden, wo sie mit wenig hochvalutarischem Geld besser leben konnten als in ihrer Heimat. Diese Zeiten liegen längst hinter uns. Die Fremden haben das deutsche Land längst verlassen, wo das Leben viel teurer und schlechter sich gestaltet als in irgend einem anderen Lande. Seit der künstlichen Festsetzung der amtlichen Devisenkurse und dem Verbot des Freiverkehrs sind wir in eine Periode der Goldmarkteuerung gelangt, die sich dahin auswirkt, daß heute Preise des deutschen Volkes bei vollen Scheitern trotz aller Ernterträge hungern und darben müssen, weil sie die unabweisbar, weit über die Weltmarktpreise hinausgehenden Kosten einer ausreichenden Ernährung nicht mehr erörtern konnten. Vor allem darben in Deutschland der Mittelstand und die Intellektuellen. Sie sind die wahren Opfer der Inflation. Aber die Wirkungen der heutigen unerträglichen wirtschaftlichen Zustände reichen längst weit über die Bevölkerungsschichten hinaus. Nicht nur die Fremden sind aus Deutschland verschwunden, sondern auch der Ablass deutscher Waren nach dem Auslande ist in schwerer Weise durch die Verteuerung der Erzeugnisse beeinträchtigt worden. Der Export ist zum Stillstand gekommen und darum fehlt es uns an Auslandsbörsen, um unsere unentbehrliche Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen zu beschaffen. Das Uebel wird verschlimmert, weil man sich einerseits noch immer nicht entschlossen hat, die entbehrliche Luxusgegenstände gänzlich einzuschränken oder ganz zu unterbinden, während man andererseits durch die Ankerhaltung des freien Devisenhandels und die künstlich niedrigen amtlichen Devisenkurse jedes Anhalten eines Ansehens an Auslandsbörsen und jeden natürlichen Anstoß zwischen Angebot und Nachfrage unmöglich macht.

Dieser schlimme Zustand wird nicht geändert werden, wenn es nicht gelingt, den freien Devisenhandel wiederherzustellen. Es gehört das freireichliche zu dem Programm Dr. Schacht's. Dieses hat in den verchiedenen Parteien und Gruppen, von rechts bis tief in die Reihen der Linken, wegen seiner Klarheit und Entschiedenheit viel Beifall gefunden. In diesem Programm gehört freilich auch eine Anknüpfung des Zahlungsmittelumsatzes. Dr. Schacht, wie der jetzige Vizepräsident der Reichsbank, Herr v. Grafenau, stimmen bei aller sonstigen Verschiedenheit ihrer Ziele und Methoden in diesem einzigen Punkte überein. Diese Politik hat freilich den Goldmarkt in höchst unangünstiger Weise beeinflusst. Ihre Auswirkung war die rasche Verknappung des Geldmarktes, die den Waren- und Zahlungsmittelverkehr stark behindert, an der Effektendörrie einen großen Kursturz herbeiführte und u. a. sogar den Zusammenbruch verschiedener Banken verursacht hat, deren finanzielle Grundlagen nicht stark genug waren. Welches aber ist das nur der Anfang einer großen Reinkonjunktur, der unsere ganz auf Inflation eingerichtete Wirtschaft untergehen werden muß, damit wir wieder zu gesunden Zuständen gelangen können. Nur erkennt man selber noch immer das Ziel nicht, dem wir nach Überwindung der Geldmarktskrise entgegenzuführen werden sollen. Während Herr v. Grafenau noch immer die Papiermark retten und stabil machen will, erstrebt Dr. Schacht die reine Goldnote als Grundlage des Warenaustausches mit dem Auslande und im übrigen vor allem eine Inflation der Rentenmark verhindern will.

Um dieses Ziel zu erreichen, muß aber vor allen Dingen der Reichshaushalt ins Gleichgewicht gebracht werden, bevor der neue Reichsrente Rentenmarktkredit aufgebracht ist. Gerade das erweist sich nach der heutigen Lage der Dinge fast als unerreicht. Woher aber soll das Reich nach Aufhebung der Rentenmarktkredite sein Mangeldeckeln decken. Hier liegt die entscheidende Antwort freilich nicht geradezu auf der Hand. Sie liegt allerdings auch nicht in dem Gebiet der Politik und der Weltwirtschaftspolitik hinüber und spitzt sich letzten Endes zu

dem überaus schwierigen Problem zu, wie die im Staate und in der Wirtschaft nach der Rationalisierung der Wirtschaftswelt überflüssig gewordenen Kräfte ernährt werden sollen. Es seien 20 Millionen Deutsche zu viel in der Welt, hat bekanntlich Clemenceau gesagt. Das ist in der Tat die gewollte Wirkung des Versailleser Vertrages. Aber was mit diesen Menschen, die Deutschland nicht mehr ernähren kann, geschehen soll, darauf hat noch niemand eine befriedigende Antwort gefunden. Frankreich aber richtet mit Hilfe dieses Bundes auf die zu schmal gewordene deutsche Ernährungsbasis das ganze deutsche Volk systematisch an. Amerika und das übrige Ausland, die den hungernden Säuglingen des deutschen Volkes mit Wohlstandsgeldern zu Hilfe kommen möchten, werden sehr bald erkennen, daß sie hier vor einer Sibirien-Arbeit stehen, die weit schwieriger ist, als sie in Rußland infolge der Misere war. In Deutschland wirken die Ursachen verberlich und jede Hilfe unterarabend weiter, solange Frankreich unangesehen von der übrigen Welt seinen Vernichtungskrieg und Auswanderungsfrage gegen das wehrlose deutsche Volk fortsetzen darf.

Die Börsenwoche.

Die Abgrabung der Marktkredite und damit die Zulassung der wichtigsten Inflationen Quellen konnten an der Börse, die sich seit Jahren auf die Papiermarkflation eingestellt, im Zusammenhange hiermit eine Aufwertungsbasis auf die andere gerichtet hat, nicht spurlos vorübergehen. Schon die bloße Aussicht auf das Gelingen der jetzt in Angriff genommenen Währungsreform hat an der Börse tiefgehende Erschütterungen hervorgerufen. Dabei ist die Börse noch immer von einer bernsteinmäßigen Steifigkeit über das Gelingen der Währungsreform erfüllt. Es sind in der Hauptsache die Rückwirkungen dieser Währungsreform in der Währungsreform auf die Geldmarktverhältnisse, die die Börse zunächst in Unruhe versetzten und schließlich einen starken Verkaufsandrang auslösten. Durch die langsame Eingliederung der Rentenmark bei gleichzeitiger Stilllegung der Papiergeldmaschine ist eine Störung des Zahlungsmittelumsatzes eingetreten. Durch die Rentenmark sind sehr große Papiergeldsummen aufgefressen worden. Da nun Effekten in Papiergeld bezahlt werden müssen und Papiermarkkredite nicht mehr zu haben sind, so fehlt der Anreiz zu Effektenkäufen, zumal die wertbeständige Rentenmark eine starke Anlagekonkurrenz für Effekten geworden ist. Die Großbanken, denen durch die Aufhebung der Papiergeldmaschine durch die Rentenmark und als Folge der gewaltigen Geldanprüche, die die neuen Preissteigerungen bedingen, auch der letzte Rest von Depositionen entzogen worden ist, kommen als Geldgeber für die Börse fast gar nicht mehr in Frage. An ihre Stelle sind Geldgeber getreten, die diesen Beruf nur vorübergehend ausüben. Mittlere Bankfirmen und Spekulantenteile sowie reich gemordene Firmen kamen vor einiger Zeit zu dem Ergebnis, daß bei dem hohen Geldfuß das Gelddarlehen rentabler sei als die Durchhaltung von Effekten. Diese Kreise sagten sich, daß bei dem jetzigen Stande der Marktverluste durch Geldentwertung beim Geldanleihen bei hohen Zinssätzen kaum mehr zu befürchten seien. Diese Firmen gaben aber Börsengelände fast immer nur auf einen Tag, sie nutzten außerdem die ihnen günstige Konstellation in rücksichtslosster Weise aus. Das Fehlen der soliden Geldgeber hat eine solche Unklarheit geschaffen, daß sich die Börse zu freiwilligen Liquidationen veranlaßt sah, zumal die Zinsverluste allmählich so groß wurden, daß selbst Kursverdreifachungen sie nicht ausgleichend hätten. In diesen freiwilligen Verkäufen kamen Zwangsverkäufe für Firmen, denen infolge der Zinsverluste der Atem auszugehen war. So wurden schließlich alle Debitoren auf Effekten gesetzt. Da infolge der Papiergeldknappheit neue Käuferkräften fehlten, rief das durchaus nicht härmliche Angebot sehr scharfe Kursrückgänge hervor, zumal die Verringerung der Markt um wahrscheinlich erzielten läßt, daß die Devisenkurse zum mindesten vorerst unverändert bleiben. Damit sind die Hoffnungen auf eine neue Aufwertungsbasis als Folge neuer Devisensteigerungen vorerst begraben.

Relativ widerstandsfähig waren die Rentenwerte, in denen vorerst Auslandskäufe zu bemerken waren, ferner die Rakt- und die Schiffahrtspapiere auf ihre Valutagewinne hin, einzelne Elektropapiere, Vanantien, Petroleumwerte und Autopapiere. Dagegen mußten die Valutawerte auf die Besserung der Markt hin der matten Tendenz folgen. Einigermassen behauptet waren auch oberhalb der Rentenwerte. Bei den wesentlichen Montanwerten beurteilte man zwar die Anhebung der Ruhrindustrie durch das Nicum-Abkommen ungünstig, immerhin erhofft man von einer Wiederaufnahme der Arbeit eine Anregung. Für die einheimischen Rentenwerte, Pfandbriefe und Industriebriefe, die die Inflationen bedeutete das Reichsgerichtsurteil über die Hypothekenaufwertung ein Hausleumotiv, obwohl das Reichsgericht nur negativ eine Hypothekenzurückzahlung in Papiermark abgelehnt, aber positiv nichts über die Aufwertung, noch dazu über die Aufwertung außerhalb der Sphäre der Hypotheken, sagt.

Die Ansichten über die nächste Kursentwicklung gehen in Finanzkreisen stark auseinander. Die einen befürchten von der Währungsreform eine anhaltende Geldverknappung, sie werfen auch die Frage auf, ob in einem Lande von der trübten Wirtschaftszukunft Deutschlands nicht selbst die feinsten Industriepapiere mit 20-30 Goldprozenten hinreichend hoch bezahlt sind. Die anderen halten die Effektivität im Vergleich mit den Warenpreisen für geradezu lächerlich unterwertig. Sie weisen auch darauf hin, daß der Verkauf von Effekten zum Zwecke der Ausgleitung von Geldern nur eine vorübergehende Erscheinung sein werde und daß gerade

diese Kreise im Falle einer Gelderleichterung ihre früheren Effekten um jeden Preis werden zurückkaufen wollen.

Die Devisenkurse.

Die Handelskammer Frankfurt hat an den Reichswirtschaftsminister eine Eingabe über die Handhabung der Einheitskursverordnung gerichtet, in der es u. a. heißt: Die Einheitskursverordnung wird in einer Weise gehandhabt, die mehr und mehr das gesamte Wirtschaftsleben den schwersten Gefahren und Erschütterungen aussetzt. Durch die Drofflung der Devisenkurse und durch die vollständig ungenügende Zuteilung muß das Auslandsgeschäft in allerhöchster Zeit vernichtet werden. Die Einheitskurse können nicht mehr auf normaler Grundlage betrieben werden, weil der Importeur keine Gewähr dafür hat, daß er die benötigten Devisen zu einem bestimmten Zahlungstermin in Deutschland beschaffen kann. Die Versorgung des Inlandsmarktes mit den allernotwendigsten Lebensmitteln muß hierdurch und die Dauer beeinträchtigt werden. Die von der Reichsbank angebotene verfallene Politik, Devisen herein zu bekommen, wird durch die gegenwärtige Handhabung der Einheitskursverordnung nicht unterstützt. Anstatt, daß die Reichsbank den Exporteuren den Verkauf der ablieferungspflichtigen Devisen zu einem vernünftigen Kurs gewährleistet, bringt sie den Exporteur durch die nicht zu billige Handhabung der Einheitskursverordnung um seinen Verdienst. Das Verschleppen der gegenwärtigen Devisenpolitik hat sich bereits in den Anwachsen der Zahl der Erwerbslosen bemerkbar. Die sog. amtlichen Berliner Devisenkurse werden im besetzten Gebiet nicht anerkannt. Die unrichtige Festsetzung der Devisenkurse in Berlin ist somit dazu angetan, die Wirtschaftsverhältnisse im besetzten Gebiet einerseits und im unbesetzten Gebiet andererseits unterdrücklich zu gestalten und hierdurch die Grundlage für eine Trennung der beiden Gebiete zu schaffen. In den Grenzgebieten machen sich schon jetzt die Auswirkungen der verschiedenen Devisenkurse im besetzten und unbesetzten Gebiet außerordentlich fühlbar. Im Metallhandel ist die Währungsreform gemacht worden, daß Käufer zu Preisen des besetzten Gebietes einkaufen. Sie bieten den Metallhändlern einen um das Doppelte höheren Preis, als sonst hier üblich. Um sich vor dem völligen Ausverkauf ihrer Geschäfte zu sichern, sind die Ladengeschäfte dazu übergegangen, die auf den Waren verzeichneten Goldmarkpreise zu erhöhen. Zum Schluß halten wir uns für verpflichtet, nochmals zu betonen, daß die gegenwärtige Handhabung der Einheitskursverordnung die Versorgung Deutschlands mit den lebensnotwendigen Nahrungsmitteln in Frage stellt. Wir wärnen entschieden vor einer weiteren Fortsetzung der bei Festsetzung der amtlichen Devisenkurse verfolgten Politik, da sie zur Katastrophe führen muß.

Die zweite Devisenabgabe.

Die neben dem Zuderexporterlös zur Bildung eines Devisenfonds beitragen sollte und deren Erhebung auf Grund des Protokollungsabkommens vorgesehen war, soll nach dem „V.“ nicht in der zunächst vorgesehenen Form, sondern auf Grund der am 15. Dezember fälligen zweiten Rate der Rhein-Ruhr-Abgabe zur Erhebung gelangen. Diese Rate soll nicht in Markt, sondern in Devisen zahlbar gemacht werden. Ein entsprechender Antrag ist von dem alten Kabinett zunächst dem Reichswirtschaftsrat zugeleitet. Ob sich das neue Kabinett diesen Antrag zu eigen machen wird und wie sich der Wirtschaftsrat dazu stellt, bleibt abzumachen. Vermutlich würde die Durchführung in der neuen Form eine wesentliche Erleichterung für die Rentisten darstellen, da auf diese Weise mit der Abgabe eine ohnehin bestehende Steuerpflicht abgegolten werden könnte.

Zur Devisenabgabe verpflichtet wären demnach die aus der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer, nicht die aus der (einmaligen) Kraftfahrzeugsteuer zur Ruhrabgabe Verpflichteten. Die der Betriebssteuer unterliegenden Pflichtigen würden nicht besonders herausgehoben. Die sich der Ertrag der Devisenabgabe im Falle dieser gänzlich modifizierten Durchführung stellen würde, läßt sich schwer schätzen. Die Kraftfahrzeugsteuer, die einen anscheinlichen Teil des Ergebnisses der bisherigen Reichssteuererhebung ausmachte (53 Bll. im August und 55 Bll. im September), kommt nicht in Betracht. Die Einnahme des Risikozins aus Ruhrsicherungsbeam. Ruhrsicherungssteuer stellt sich (in Billionen Mark) im August auf 29,4 bezw. 27,8, im September auf 46 bezw. 5,25 und im Oktober auf 5777 bezw. 1697 Billionen. Weitere Ziffern liegen noch nicht vor.

Berliner Börse.

Tendenz: flau.

Berlin, 1. Dez. (Drahtbericht unseres Berliner Handelskorrespondenten). Im Handel von Büro zu Büro konnten sich die befestigten Effekten nicht behaupten. Neue, ungünstig ausgenommene Momente üben einen Druck aus, so daß die am Freitag erzielten Besserungen zu meist wieder verloren gingen. Versäummend wirkten zunächst die Hochmeldungen über die in Zahlungsschwierigkeiten geratenen kleinen Berliner Banken; ferner verurteilte, daß der Dollar im besetzten Gebiet mit 5 Billionen stark angeboten sei. Die Mark schloß im Ausland eine Kleinigkeit besser. Obwohl sich im Geldmarkt weitere Flüssigkeit zeigte, waren die Umsätze in Effekten heute morgen äußerst geringfügig. Die Kurseinbußen waren etwa 2-3 Billionen unter dem gestrigen amtlichen Kursniveau: A.E.G. 12 Bll., Badische

Anilin 30-32 Bll., Norddeutscher Lloyd 12-13 Bll., Elberfelder Farben 28-30 Bll., Becker-Kohle 15-16 Bll., Becker-Stahl 15 Bll.

Berliner Produktenbörse.

Berlin, 1. Dez. Am Produktenmarkt ging es heute wieder sehr ruhig zu. Die Tendenz erwies sich zum Teil als schwächer. Weizen wurde an die Mühlen in geringen Posten verkauft. Roggen war sehr still, nur für sächsische Stationen zeigte sich etwas mehr Nachfrage. Gerste wurde seitens des Westens und Südens unseres Landes verlangt. Für Hafer fehlte es an Käufern. Der Handel in Futtermitteln blieb ruhig.

Amliche Notierungen: (Preise in Goldmark für 10 Doppelzentner Getreide oder 1 Doppelzentner Mehl.)

Märkischer Weizen 194-200, Tendenz ruhig; Märkischer Roggen 174-178, Westpreussischer Roggen 172-174, Tendenz ruhig; Sommergerste 194-200, Tendenz ruhig; Märkischer Hafer 160 bis 164, Tendenz ruhig; Weizenmehl 33-36, Tendenz ruhig; Roggenmehl 30-33, Tendenz ruhig; Weizenkleie 7.60-7.80, Tendenz stetig; Roggenkleie 7.60-7.80, Tendenz stetig; Raps 3.35-3.40, Tendenz stetig; Victoriaerbsen 45-55, kleine Speiseerbsen 33-36, Peluschken 17-19, Rapskuchen 20-23, Trockenschmelz 13.

Nichtamtliche Raufutternotierungen: (Preise in Goldmark für 50 Kilogramm in Goldmark)

Weizen- und Roggenstroh, drahtgepreßt 0.80 bis 1.-, Haferstroh, drahtgepreßt 0.70-0.90, gelblich Roggenlangstroh 1.60-1.80, Heu, gutes 1.30 bis 1.40.

Die schweizer fünfprozentige Bundesanleihe im Betrage von hundert Millionen Franken ist bedeutend überzeichnet worden.

Aus der Tabakindustrie. In Oberschopheim wurde der Tabak (Sandblatt) zum Preise von 17 und 19 holl Gulden eingekauft.

Vomag — Vogtländische Maschinenfabrik A.-G., Plauen i. V. Die vor einigen Tagen durch verschiedene Zeitungen gegangene Notiz, daß die Vogtländische Maschinenfabrik ihren Betrieb wegen Schwierigkeiten in der Aufbringung der Lohnsummen stillgelegt habe, ist, wie uns die Verwaltung mitteilt, durchaus unrichtig. Gewisse Schwierigkeiten haben sich mitunter, wie überall, in der Beschaffung der erforderlichen Zahlungsmittel ergeben, die aber stets überwunden wurden. Die Arbeitszeit wurde nur etwas verkürzt und der Betrieb ist seit Montag wieder voll aufgenommen.

Devisennotierungen:

w. Berlin, 1. Dezember.

MM = Millionen Mark; TM = Tausend Mark die Einheit.

	30. November.	1. Dezember.
Amsterdam	1595000	1604000
Buenos-Aires	1316700	1315700
Brüssel	1985000	1984900
Christiansia	6384000	6416000
Kopenhagen	7861000	7619000
Stockholm	1105230	1107700
Helsingfors	1077300	1037400
London	1815450	1824650
New-York	1935400	1844500
Paris	2274000	2285700
Schweden	7346000	7378400
Spanien	54264000	54826000
Japan	1995000	1994000
Rio de Jan.	3591000	3609000
Wien	5985000	6015000
Frankfurt	1233000	1233000
Jugoslavien	4748100	4708200
Budapest	2194500	2194500
Sofia	3231900	3248100

Zuteilungen: Amsterdam-Rotterdam 1%, Buenos-Aires 2%, Brüssel-Antwerpen 1%, Christiansia 1%, Kopen Agon 1%, Stockholm 1%, Helsingfors 2%, Italien 1%, London 1%, New-York 1%, Paris 1%, Schweiz 1%, Spanien 1%, Lissabon 1%, Japan 1%, Rio de Janeiro 1%, Wien 1%, Prag 1%, Jugoslavien 1%, Budapest 1%, Sofia 1%.

Unverbindlicher Markkurs in Zürich und Amsterdam.

Zürich 85 Cts. für 1 Bll. 80 Cts. für 1 Bll. Amsterdam 36½ Cts. für 1 Bll. 38 Cts. für 1 Bll.

Pariser Börse.

s. Paris, 1. Dez. Es wurden heute bezahlt für 1 engl. Pfd. 80½ Fr.

Unnotierte Werte:

Alles in Billionen Mark.

Wir waren vor-	Ver-	Ver-	Ver-
herlich	kant.	kant.	kant.
Ader Kali	220	Knorr	140
Api	110	Krugerhalla	90
Bad. Anilin	110	Landeswirtsch. Anst.	100
Baldur	7	Stelle für das Ha-	20
Becker Steinkohle	160	dische Handwerk	20
Becker Stahl	160	Meurer Spritzmet.	17
Benz	60	Monting Brannerei	30
Brown Boveri	20	(Hessl. Brannerei)	17
Cont. Holzverwert.	0.8	Pax Industrie und	0.8
Deutsche Asiatum	220	Handel-A.G.	1.3
Deutsche Petroleum	260	Peterabgr. Int.	26
Germania Linoleum	7	Basaltter Waggon	36
Gruber C. Garon	7	Rodi & Wienberg	45
Krupp	7	Russenbank	40
Württemberg	5	Schuyag	1
Hansa Lloyd	18	Sichel	80
Inag	40	Sloman	18
Kaiserhütten	60	abshandels-A.G.	0.4
Kammertirach	0.3	Teichhaber	18
Karstadt-Aktien	15	Textil Me er	1
		Turbo-Motoren	36
		Zuckerwaren Speck	45

Wertbeständige Anlagen in Billionen Mark das Stück

5% Badische Kohlenwert-Anleihe	45	45
6% Mannheimer Kohlenwert-Anleihe	45	45
7% Sächsische Braunkohlenwert-Anleihe	9	9
5% Rhein-Main-Gold-Anleihe	5	5
5% Neckarwerke-Goldanleihe	4.5	4.5
5% Preussische Kalt-Anleihe pro 100 kg	10	10
5% Sächsische Roggen-Anleihe pro Ztr.	3.5	3.5
5% Süddeutsche Festwertbank-Obli.	3.5	3.5

in sonstigen unnotierten Werten sind wir stets coulant KA fer und Verkäufer.

Baer & Elend, Bankgeschäft

Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße 20, Telefon 225, 235, 450

Internationales Speditionshaus
Walter Hochhäuser & Co.
G. m. b. H.
Bruchsal Karlsruhe Rastatt
Stadtgrabenstr. 17 Kaiserstr. 172 Winteracker
Telephon 695 Teleph 1047 u. 5683 Kaiserstr. 33, T. 41
Sammelladungen
Spedition — Schiffahrt — Lagerung — Versicherung
Vorstellung — Lastkraftwagenverkehr — Fuhrpark

nen, ordentlich an. Son dem meistent Bruchteil mit dem ...

1.

Die neue Zeitungs, was sich mit ...

2.

Abt. einem Bogen der noch dem ...

3.

Die Welt in der ...

4.

Die ...

5.

Die ...

M. v. Martialis / Grobberzogin Quise von Baden.

Ein Geburtstagsblatt zum 3. Dezember.

„Hoch die nur unsterblich“ ...

im persönlichen ...

6.

Die ...

7.

Die ...

8.

Die ...

9.

Die ...

10.

Die ...

Zoni Mottmund / Brüber und Schwefel. Sitzenblatt.

11.

Die ...

12.

Die ...

Italien und seine Bündnispflicht im Weltkrieg.

Ihr habt mir jetzt so oft Nieder mit Giolitti^{*)} zugerufen, einmal könntet ihr auch rufen: „Es lebe das Vaterland!“

Giolitti
(an die ihn verfolgende Volksmenge 1915)

Unter den Staatsmännern des modernen Europa ragt die Gestalt Giovanni Giolitti besonders hervor — des heute 80jährigen ehemaligen Ministerpräsidenten Italiens. Wiederholt hat Giolitti, nachdem er auf dem Wege durch das Parlament verschiedenen Ministerien vorgestanden, das Kabinett der Regierung geleitet. Das Land griff immer wieder — 1902, 1903, 1906, 1911 und 1920 auf den bewährten Staatsmann zurück und so hat Giolitti hinreichend Gelegenheit gehabt, sich mit der Fügung und dem Wechsel der Stimmung seines Volkes vertraut zu machen. Wurde ihm doch oft genug seine das „Vasanna“, morgen das „Kreuziget“^{*)} zugerufen. Die Denkwürdigkeiten des greisen italienischen nationalen Führers sind nun in einem stattlichen Bande erschienen und geben eine wertvolle Bervollständigung der politischen Literatur der neueren Zeit, die auch als hervorragende Geschichtsquelle anzusehen sein dürfte.^{*)} Giolitti selbst nimmt dem Uebersetzer schmeichelhafte, einleitende Worte, die für den Wert der Uebersetzung in der deutschen Sprache sprechen.

Giolitti trat seine Amtslaufbahn im Jahre 1892 an, als man mit dem Ausbruch der italienischen Staatsverwirrung auf den Trümmern der Ministerialerlei nach der Epoche revolutionären Vorkommens beginnen mußte. Hier wurden die Vorbereitungen für ein neues bürgerliches Verfassung und die Regelung von Steuerangelegenheiten als Hauptwert des heranrückenden Staatsmannes. Bei allem, was Giolitti unternahm, war es nicht nur die hohe Weisheit seiner Pläne und Programme, sondern auch das schnelle Erfassen des Wirklichen und Erreichbaren, das sich mit ebenbürtiger Schnelligkeit der Verwirklichung vermag. Niemand war er Geriebener, stets blieb er der Freundschaft. Persönlich von fast patriarchalischem, einfachem Gesinnung, nährte er stets eine tiefe Abneigung, die gegen ererbte und mächtige Reichtum und gegen doktrinäre in seinen Dünkel, mit denen sich ein charaktärisches Widerwille gegen Habgier und Neugierde vermischt. Hoch über den Parteien- und Klaffenengstlichkeiten stehend, machte ihn allein diese Eigenschaften zu einem modernen Staatsmann und Führer seines Volkes in einer für dieses entscheidungsvollen Zeitperiode und hob ihn schon dadurch über viele seiner Amtsgenossen in der Zeit der großen Politik. Für ihn gab es nur eine Lösung, die zugleich sein Arbeitsfeld bedeutete: Heimat, Vaterland, Italien. Seine ununterbrochenen Bemühungen bestanden darin, sich genaue Kenntnisse abzugewinnen über die realen Verhältnisse seines Landes, in dessen Politik, wie er sich ausdrückte, man auch auf das Herz achten müsse, ohne zu viel Gewicht auf zeitweises und sekundäres Uebelbefinden zu legen. Den Staat zu kräftigen, ihn gegen alle zerstörenden Einflüsse zu schützen, das war das Ziel, das dieser Mann mit ebenso großer Kühnheit wie Weisheit in seiner Politik einer freiheitlichen Demokratie verfolgte. Dieses Ziel wurde so unentwegt festgehalten, daß sein Wirken fast ausschließlich einen hart diktorischen Charakter annahm, autoritär, nicht im Sinne der Unterdrückung und Gewalt, sondern sorgfältiger Ueberlegung und einer Betätigung, die in sich die Ausübung des Willens der Mehrheit des Volkes sieht. So weicht bei Giolitti das Amt eines Diktators darin, die aneinanderstrebenden Interessen den Ueberwiegenden des Staats und der Nation dienlich zu machen, sie tiefen unterzuordnen. Den Staat immer demokratischer zu gestalten, durch weitgehende Heranziehung der Massen, war ein weiterer Teilzug seiner Politik, der indes zunächst erforderlich, die Würde des Bürgers festzusetzen und anzuerkennen.

Ein besonderes Kapitel des Buches widmet der Verfasser dem europäischen Krieg und der Rolle, die Italien in demselben gespielt hat. Hier hat man immer wieder gerade Giolitti einer zweideutigen Haltung im vaterländischen Sinne ge-

zogen, ohne sich der Verdienste zu erinnern, die der Mann bereits um sein Vaterland erworben hatte. Grundsätzlich und immer wieder ist Giolitti für die Aufrechterhaltung der Neutralität Italiens in dem Weltkrieg eingetreten und er hat sich schließlich, als das Unheil nicht zu verhindern war, ganz zurückgezogen.

Die Nachricht der deutschen Ultimaten an Rußland und Frankreich im Juli 1914 überraschte Giolitti in London. Unverkümmelt trat er die Rückreise in die Heimat an und nahm in Paris Gelegenheit, mit dem italienischen Geschäftsträger die Lage zu besprechen, soweit das seine Stellung als ehemaliger Ministerpräsident zuließ. Hier vertrat Giolitti sofort die Auffassung, daß der Drei-mächtevertrag Italien nicht verpflichtete, in den Krieg einzugreifen, weil Oesterreich der Angreifer Serbien gegenüber sei, während der Vertrag reinen Verteidigungscharakter habe. In einem Schreiben an San Giuliano vom 5. August 1914 bezeichnet Giolitti die Politik Oesterreichs als brutal und besinnungslos, oder als wohlüberlegt, einen europäischen Krieg heraufzubeschwören. Er betont besonders die Notwendigkeit eines Zusammengehens mit England, doch müsse alles geschehen, um den Konflikt zu begrenzen und abzufügen. In einem Briefwechsel mit Salandra wurden diese Gedanken weiter entwickelt. Anders Sonnino. Dieser vertritt die Ansicht, Italien müsse sich unbedingt den Mittelmächten anschließen, und er wurde darin von der großen Zahl der Nationalisten unterstützt. Sein verpödetes Eintreten in Rom, das erfolgte, nachdem der Entschluß zur Innehaltung unbedingter Neutralität bereits gefaßt war, verhinderte ihn, mit seiner Stimme durchzudringen. Giolitti indeß gab über die gewählte Richtung seiner Benutzung allgemein unvorhersehenen Ausdrück. Allen Stimmen, die sich gegen eine solche Politik erhoben, trat er entgegen, besonders als er im Oktober 1914 zur Kammereröffnung nach Rom kam. In den kommenden Monaten aber mehrten sich die Bedenken und öffentlichen Stimmen, die die gewählte Neutralität in immer leidenschaftlicheren Tönen erörterten. Allgemein befürchtete man, daß durch diese Haltung eine sobald nicht wiederkehrende Gelegenheit verpaßt werde, die nationale Einheit Italiens zu vollenden. Man war überzeugt, daß bei einem sofortigen Eingreifen der Krieg in drei bis vier Monaten beendet sei würde. Dieser Ansicht huldigte auch die Regierung, wovon der Text des Londoner Vertrages das beste Zeugnis ablegt, durch den Italien sich zum Eintritt in den Krieg verpflichtete. Dieser Vertrag war, nachdem die italienische Regierung am 31. Juli 1914, also noch vor Ausbruch des Krieges, offiziell erklärt hatte, daß das österreichische Vorgehen gegen Serbien als Angriff zu betrachten und demnach der Bündnisfall nicht gegeben sei, am 26. April 1915 in der englischen Hauptstadt unterzeichnet worden. In ihm verpflichtete sich Italien, gegen folgende ihm von den drei Großmächten, England, Frankreich, Rußland, gemachte Zusagen zur Teilnahme am Krieg.

Das Trentino, d. h. Südtirol bis zu seiner natürlichen geographischen Grenze, als welche der Brenner angesehen wurde, Triest, Dalmatien, sämtliche nördlich und westlich der dalmatischen Küste gelegenen Inseln, Valona werden bei Friedensschluß an Italien abgetreten. Das Interesse Italiens an der Aufrechterhaltung des politischen Gleichgewichts im Mittelmeer, sein Recht bei einer Teilung der Türkei einen gleichen Anteil wie die anderen Vertragsteilhaber an dem Bosnien des Mittelmeeres, und zwar den an Adria angrenzenden Teil, endlich auch die dem Sultan in Syrien zustehenden Rechte zu erhalten, wird anerkannt. Man sieht, Beidseitigkeit war schon hier auch auf italienischer Seite nicht die härteste hervortretende Eigenschaft, dagegen erkennt auch der politische Laie, wie schnell man sich in die neue politische Lage hineinzufinden und danach den Bündnisvertrag aufzustellen gelernt hatte. Vorher war sowohl von deutscher wie von österreichischer Seite alles versucht worden, Italien durch Zusage der Abtretung von Trient und anderer Gebiete der Irredenta wenigstens neutral zu halten. Alle Bemühungen, auch die Entsendung des Fürsten Bülau als Botschafter nach Rom, auf dessen diplomatische Gewandtheit und Vertrautheit mit den italienischen Verhältnissen man bauen war vergeblich. Italien hielt seine nationale Stunde für gekommen, es mußte aber auch — was wir uns im Frieden immer hätten sagen müssen — daß es seine Kräfte und Fähigkeiten nicht englischen Kanonen preisgeben und sich im Hinblick auf seine gesamte Volkswirtschaft, in Kohlen, Eisen, Holz, Lebensmittel, Munition usw. von den meerberrschenden Großmächten

auf eine so gewagte Politik nicht einlassen dürfe^{*)}. So charakterisiert sich die Teilnahme Italiens am Weltkrieg als reiner Eroberungskrieg zur Gewinnung nicht nur von Gebieten mit italienisch sprechender Bevölkerung, sondern auch von Teilen, die von rein deutscher Bevölkerung bevölkert sind.

Giolitti war nun von vornherein davon überzeugt, daß der Krieg von sehr langer Dauer sein werde, und gab dieser Anschauung allgemein freimütigen Ausdruck. Maßgebend für dieses Urteil war die mächtige Kriegsentfaltung des zentral-europäischen Gegners einerseits, andererseits die Tatsache, daß das von England neu zu formierende Heer nach der eigenen Erklärung der englischen Regierung erst 1917 zu voller Kraftentfaltung gelangen werde. In das Eingreifen Nordamerikas dachte damals noch niemand, während man mit geschickter geführten immer neuen Verhandlungen von Seiten Oesterreichs rechnete, teils um dessen Territorialgebiet zu erhalten und den Krieg mit Italien zu vermeiden, teils aber auch wegen der innerpolitischen Gegenstände und Unterhörungen des Donaustaates. Für Giolitti war es klar, daß der ungeheure Völkerkonflikt nur mit einem vollkommenen Sieg auf der einen und mit einer ebenso vollkommenen Niederlage auf der anderen Seite enden werde. Der Krieg hatte ja sehr schnell den Charakter eines Kampfes um die Welt Herrschaft angenommen. Italien aber hatte ein Interesse an der Erhaltung des europäischen Gleichgewichts, woran es nur mitwirken konnte, wenn es seine Kräfte intakt erhielt. Nicht Gefühle dürfen ein Volk in einen Krieg treiben, so ruft Giolitti aus, sondern einig der Schutz der eigenen Ehre und übertragende eigene Lebensinteressen. Dies auch also waren die praktischen Gründe, die Giolitti veranlaßten, einer Teilnahme Italiens am Kriege zu widersprechen und die in vollem Umfange sich betätigten, soweit sie sich auf die lange Dauer des Krieges, seine Schwierigkeiten und Opfer bezogen. Aus dieser Stellungnahme des erfahrenen Staatsmannes ergaben sich die Anklagen, die zunächst von der Presse ausgehend, bald weitere Kreise zogen. Man behauptete kurzweg, Italien sei zu der Neutralität gezwungen, infolge der unzulänglichen Bereitwilligkeit und Schwäche, die die verschiedenen von Giolitti geleiteten Kabinette herausgeschworen und infolge der Erschöpfung aller Vorräte, die durch den bisherigen Krieg 1912 verbraucht und nicht wieder ergänzt worden seien. Dem hand die Tatsache gegenüber, daß gerade in der Zeit von Juli 1907 bis Juli 1913 die Ausgaben für das Heer und die Marine nahezu verdoppelt worden waren, daß die Verteidigungswerke, besonders diejenigen an der österreichischen Grenze eine dauernde und starke Verstärkung erfordern, während die zweite Anschuldigung durch einen von der Kammer eingeleiteten Ausschuss klar und deutlich widerlegt wurde. Zu diesen Anschuldigungen gesellte sich die weitere, der Altmeister ererbe erneut den Ministerpräsidentensessel, indem er auf einen Sturz der Regierung hinstrebe. Man sieht auch hier, wie immer und überall die öffentliche Meinung gemacht wird, wenn es den Anderen paßt, denn auch diesen Vorwurf vermochte Giolitti mit Leichtigkeit zu widerlegen. Immer wieder betont er, nur die Ehre und die großen Lebensinteressen eines Landes können einen Krieg rechtfertigen, immer wieder löst er auf Opposition und Verleumdung.

Als der Verfasser im März 1915 zur Kammereröffnung von seinem Landgut, wo er in völliger Zurückgezogenheit gelebt, nach Rom kommt, findet er eine im höchsten Maße erregte Stimmung vor. Noch war das Schicksal — ob Krieg oder weitere Neutralität — ungewiß, noch verhandelte man mit Oesterreich, um ein möglichst großes Maß von territorialen Zugeständnissen zu erlangen. Nebenher gingen militärische Vorbereitungen, die Oesterreich zwar klar machen sollten, daß es sich mit der Verwirklichung seiner Angebote beileben müsse, doch gewann Giolitti aus einem Gespräch, das er Oern 1915 noch mit Salandra hatte, die Ueberzeugung, daß die Regierung nicht beabsichtige, in den Krieg einzugreifen, er sah sich somit in Uebereinstimmung mit der von ihm unentwegt vertretenen Neutralitäts- und Konzessionspolitik.

Man hat Giolitti bei uns gerade in jener Zeit als einen ausgeprochenen Deutschenfreund bezeichnet.

*) In ausgezeichneter Weise schildert dies auch der ehemalige Kaiser, Gouverneur von Ostafrika Dr. Schnee, in seinem jüngst erschienenen Buche „Weltpolitik“, Verlag Quelle & Meyer, Leipzig.

zeichnet und daraus seine politischen Anschauungen herzuleiten versucht. Aus dem Gesagten dürfte indes klar hervorgehen, daß das ganze Denken und Wirken dieses Staatsmannes auf klare Realitäten eingestrichelt war, das auch dann nicht umzuklopfen war, als d'Annunzio während einer Anwesenheit Giolittis in Rom 1916, als Italien bereits in den Krieg eingetreten war, die Menge aufreizte, den verdienten Staatsmann zu ermorden, als man ihn beschuldigte, durch Deutschland bestochen zu sein.

Endlich, im Mai 1915, klärte sich die Lage, als sich der damalige Schahminister Carcano bei Giolitti melden ließ und ihm mitteilte, daß die Beteiligung Italiens am Krieg beschlossene Sache sei, ohne indes auch nur mit einem Wort den bereits unterschriebenen Londoner Vertrag zu erwähnen, für dessen Geheimhaltung eine allgemeine formelle Verpflichtung gegeben worden war. Hier wie in einer nun folgenden Audienz beim König und einer erneuten Aussprache mit Salandra legte Giolitti noch einmal in eindringlichen Worten seine Gründe dar, die gegen eine Teilnahme Italiens am Kriege sprachen; vergeblich. Der Entschluß war unumkehrbar, gemäß dem letzten Artikel des Londoner Vertrages mußte der Eintritt Italiens in den Krieg spätestens am 26. Mai 1915 erfolgen. Zwar mußte auf Grund dieser Vereinbarung Italien gleichzeitig gegen Oesterreich und Deutschland in den Krieg treten, doch sprach die italienische Regierung immer nur von einem Krieg gegen Oesterreich zur Befreiung der unerlösten italienischen Gebiete. Tatsächlich erfolgte die Kriegserklärung dann auch zunächst nur gegen Oesterreich, während für diejenige an Deutschland erst unter Bofelli 1916 folgte, denn der Artikel 2 des Londoner Vertrages verpflichtete Italien in Uebereinstimmung mit Frankreich, Großbritannien und Rußland gegen diejenigen Staaten Krieg zu führen, die sich freiwillig mit diesen Mächten im Kriegszustand befanden. Immer aber verschwiegen man den Londoner Vertrag, und da niemand damals — auch Giolitti nicht — das Eingreifen Amerikas in den Krieg voraussehen konnte, blieb und bleibt die Politik, wie Giolitti sie unentwegt vertrat, nur zu verständlich.

Im Mai 1915 verließ Giolitti wiederum Rom, um auf seinen Landsitz zurückzuziehen, nachdem er immer wieder Zeuge von Demonstrationen und Volksversammlungen, besonders gegen sich und die Kammer gewesen war. In der Stille seines Landsitzes verlebte der Staatsmann in völliger Zurückgezogenheit, sich jeder Meinungsäußerung in einem den Krieg bekämpfenden Sinne enthaltend. Das ging solange auf, bis durch den Einbruch an der Front von Karfreit Italien in schwerste Gefahr geriet, die die beschleunigte Einberufung der Kammer und die Zusammenberufung auch der alten Staatsmänner zur Folge hatte. Giolitti erschien in Rom, sprach in der Kammer, kurz und klar, und dies war seine einzige öffentliche Betätigung während des Krieges. Fest davon überzeugt, daß es sich um einen Erschöpfungskrieg handelte, sah er in dem mittlerweile erfolgten Eingreifen Amerikas die Entscheidung, während ihn im Inneren Opfermut und Tapferkeit ebenso begeisterten, wie die wachsende Gier nach mühselosem Kriegsgewinn abtöten. Karfreit wirkte läuternd, besonders nachdem der Oberbefehlshaber Cadorna durch Diaz ersetzt worden war. Die bald folgende Schlacht am Piave im November 1917 zeigte den Umschwung. Der Sieg von Vittorio Veneto, die letzte Schlacht des italienisch-österreichischen Krieges, durch die nach Meinung der Italiener der Zusammenbruch der österreichischen Front und die Deckung der linken Flanke der deutschen Stellungen möglich und die acht Tage später erfolgende Kapitulation Deutschlands angebahnt wurden, ließen sodann die Früchte reifen, die alsdann dem Staate Italien zufielen, der einst auf den Schultern Deutschlands seine nationale Einigung gefunden hatte. Die schweren Bekämpfungen Giolittis hinsichtlich der Dauer des Krieges, seiner Schwierigkeiten und des Uebermaßes seiner Opfer hatten sich zwar mehr als voll und ganz erfüllt, doch hand dem allem die Tatsache gegenüber, daß in der Stunde der höchsten Gefahr — des von unzeren Gegnern lange befürchteten Zusammenbruchs Rußlands — das Eingreifen Amerikas den Ausfall weit machte und die Entscheidung annahm.

Bereit sein ist alles und voraussehen ist die Voraussetzung für das Amt des Staatsmannes. Ueber allem aber steht und entscheidet der Erfolg, und der hat auch hier, wie wir gesehen haben, im Fall der Würfeln zu Italiens Gunsten entschieden.

Literatur

Edwin Arlt. Zwischen Südpol und Äquator. Erlebnis als Seemann, Goldgräber und Pflanzler. (Verlag Friedrich Andreas Perthes A.-G. Stuttgart-Götha.)

Diese neue Robinsonade bietet kein bezauberndes Fantaſiegebilde, sondern erdvolles, gemeinliche Wirklichkeit, persönliches Erlebnis und praktische Tat. Die Ereignisse des Kapitän Heinrich sind einfach erzählt. Der erprobte Seemann verwanbelt sich unwillkürlich zum Goldgräber auf Neuseeland, taucht dann als Walfischfänger im südlichen Eismeer und im Tropengebiet auf und landet auf Bougainville (Samoa-Inseln) als Pflanzler. Der schliche Ton erregt die Spannung von der ersten bis zur letzten Seite. Man kann wohl sagen, daß das seltsame Werk die Erregungsfähigkeit des praktischen Erlebnisbuches mit denen der guten abenteuerlichen Erzählung verbindet. Der Liebesroman, der am Anfang und Ende leise anklingt, wird vom Raubleben abgelösethener Felle, dem Raub der Maschinen beim Goldgewinn oder bei der Ernte in der Plantage „Opbir“ kräftig überbört.

Maxim Gorki. Vom russischen Bauern. Berlin 1922. 3. Ladauschnikow.

Während die meisten Werke über Sowjetrußland vorwiegend das Leben in den Städten schildern, sucht Gorki aus dem Verhalten der russischen Bauern, die 90 Prozent des russischen

Volkes bilden, die Zukunft Rußlands zu erschließen. An dem kumpfnigen und trostlosen Dabineben der Masse ist die Intelligenz geschickert und wird der Arbeiterknecht zerbrosen. Aber der russische Bauer ist eracht und wird die nächste Zukunft Rußlands mitbestimmen. Freilich ist dieser nachrevolutionäre Bauer nicht jener gutmütige, nachdenkliche, kindlich-fromme Wahrheits- und Gerechtigkeitsluder, von dem die russische Literatur so überzogen und so schön erzählt hat: er ist brutal, habgierig, gleichgültig, mißtrauisch und feindsüchlich gegen alles, was er nicht unmittelbar zum Leben braucht, aber vor allem gegen die Stadt. Diese Einstellung wird sich nach Gorki, in der Folgezeit entscheidend äußern. Die knappe Prosa (40 S.) ist gebaltvoller als mancher dickleibige Wäizer, schon weil hier ein Kenner zu uns spricht.

„Länder der Zukunft“ ist der Titel eines zweibändigen Neuenwerks, das soeben bei Brockhaus erschien. Gibt es denn überhaupt noch Länder der Zukunft auf unserer von Weltkrieg verwühten Erde? Fridtjof Nansen hatte auf Sibirien als ein solches Zukunftsland hingewiesen, und Colin Ross suchte in Südamerika, der aufsteigenden Welt, solche Länder der Zukunft für die Heimatlose. Welche liegt die Zukunft in der Wüste Sahara oder gar in der Nähe des Pols, in Nacht und Eis? Und richtig, im Polargebiet, im Norden von Kanada, sollen sich die glücklichen Gefilde breiten, die noch unberührt sind von des Alltags Kampf und Haß, die der verarmten Welt noch Nahrung und Hebung zu bieten vermögen.

So behauptet ein amerikanischer Polarforscher, Vilhjalmur Stefansson. In seinem neuen, reich mit Abbildungen ausgestatteten Buch „Länder der Zukunft“ entwickelt er im Rahmen seines spannenden Berichtes über fünf Jahre Reisen im höchsten Norden, warum man die von ihm bereisten und entdeckten Länder so hoffnungsvoll ansehen darf. Er entdeckte unter anderem die vielbesprochenen „blonden Eskimos“. Stefansson lebt vom Lande. Er und seine Begleiter ernähren sich und leiden sich von dem, was Land und Meer des Polargebietes gewähren. Er lebt genau wie die Eskimos, deren guter Freund er in den langen Jahren geworden ist, und mit dem angeborenen Geschick dieser Naturkinder verbindet er die tieferen Kenntnisse, die ihm die Wissenschaft an die Hand gibt.

Seine Erfolge sind Stefansson nicht leicht geworden. Schiffe gingen ihm verloren, Leute, Ausrüstung und der Rest seiner Begleiter zerplitterte sich in Unbotmäßigkeit gegen aufsehender irrige Pläne. Stefansson ist nicht nur ein Mann der Wissenschaft, ein Mann von vielseitigen Interessen, ein Philosoph und Geschichtsschreiber. Er ist auch im besten Sinne des Wortes ein Menschenfreund. Als Menschenfreund nimmt er sich der Eskimos an. Rühliche Geschichten kann er erzählen von der Ueberlegenheit der Eskimos gegenüber den „zivilisierten“ Weißen. Über Stefansson hat nicht allein der Wissenschaft reiche Schätze gewonnen. In seinem prächtigen Buch weist er auch nach, daß im Norden des amerikanischen Kontinentes Länder

der Zukunft liegen, die berufen sein werden, im Weltkhaushalt eine wichtige Aufgabe zu erfüllen. Es sind keine Utopien. Stefansson liefert den schlüssigen Beweis für die Richtigkeit seiner Behauptungen.

Den Zauber des Buches werden nicht nur diejenigen empfinden, die die Werke von Nansen, Scott und Mawson gelesen haben, sondern auch alle, die von fremden Ländern, fremden Völkern, fremden Tieren hören wollen und empfindungsfähig sind für die Stimme der Wahrheit.

Ernst Lothar: Bekenntnisse eines Herzflaven. Roman. (Verlag Ullstein, Berlin 1923.) Dieses neue Werk des Wiener Dichters gibt die Geschichte des Menschen mit dem inbrünstigen Herzen. Sklave einer Liebe, die ihm Glück und Dual ist, an die Galere des Beamtensteuereins geschmiebet, über sich die unenterrbare Macht eines feindlichen Schicksals — so wird Laurenz Bürger, der Mensch mit dem wehrlosen Herzen von Leid zu Leid gerissen, bis er ganz zertrübt ist. Er steht vor seinen irdischen Richtern, er bekennet — und weiß doch nur eine Dichtung für all sein Lieben und Freuen, erschütternd bricht es aus ihm aus: „Acht, will ich fragen, etwas unter Menschen, und es ist ungeheurer, gebietender, furchtbarer als das Herz?“ Und doch, er, fast erkarrt vor der vernehmlichen Gewalt des eigenen Herzens, er, der vor den äußersten und letzten Toren des Daseins steht, steht schon wieder einen strahlenden Wiesel leuchtend: denn Freunde, ich glaube, Freunde ist das Unentbehrliche“. Seltsame und köstliche part sich in Lothars Buch: Zartheit und Kraft.

Die Gebühren der Kammergerichte betr.

Die Gebühren der Kammergerichte werden mit Wirkung vom 1. d. Mts. ab um 25% erhöht.

Karlsruhe, den 1. Dezember 1923. D.S. 186. Badisches Bezirksamt Tit. III.

Konkurrenzeröffnung.

Ueber das Vermögen der Firma Badische Eisen-Industrie, G. m. b. H. in Karlsruhe, Schillerstraße 18, wird heute, am 15. November 1923, vormittags 12 Uhr,

das Konkursverfahren eröffnet, da die Zahlungsunfähigkeit nachgewiesen ist.

Der Rechtsanwalt Dr. Saefelin hier wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 7. Dezember 1923 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird Termin anberaumt vor dem dieselben Gerichte zur Befehlshandlung über die Verwaltung des erkrankten oder zur Befehlshandlung des Verwalters, sowie über die Befehlshandlung eines Gläubigerausschusses und eintretendfalls über die in § 133 der Konkursordnung bezeichneten Angelegenheiten und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen an.

Freitag, den 14. Dezbr. 1923, vorm. 11 Uhr.

Allen Forderungen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache im Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeindegeldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpfändung aufrecht, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache absonderliche Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 7. Dezember 1923 Anzeige zu machen.

Badisches Amtsgericht A 2. act. v. a. d.

Ermäßigungen beim Steuerabzug u. Verringerung der Wertminderungen für die Sachbezüge.

Die Verhältniszahl für Ermäßigungen beim Steuerabzug beträgt ab 2. Dezember d. J. acht hundertachtundachtzig für Sachbezüge ab 6. Dezember d. J. eine Million (vgl. v. 3. 10. 23).

Karlsruhe, den 20. Novem. 1923. Die Finanzämter Stadt und Land.

Bankhaus STRAUS & CO. KARLSRUHE. Fernsprech-Anschlüsse für den Fernverkehr: Nr. 4901, 4902, 4903, 4904, 4905, 4906.

Badischen Handelshof, Marktplatz (früher Hotel Stoffe). Rechtsanwält Steinell & Brombacher.

Baubund-Möbel kaufen Sie preiswert und gut Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße 22. Bad. Baubund G. m. b. H. Tel. 5157.

Geschäftsverlegung Zeige hiermit die Verlegung meines Spezial-Maßgeschäfts für Schuhwaren von Kaiserstraße 205 in mein Haus Douglasstr. 26 an der Hauptpost.

Der Millionengarten. Roman von Reinhold Detmann.

Weiter erklärte Weiland, daß er nicht im Hause Weiland gesucht habe. Bis es gelang, die Schreibende anzufinden zu machen, konnte sie längst die auf der Straße Vorübergehenden oder den Bildhauer alarmiert haben, der, wie mir die Weia sagt, ganz in der Nähe der Villa hauste.

Obwohl seine Gast nur einen einzigen Tag gewährt hatte, kehrte Wolf Meiners doch als ein schwer getroffener Mann in die Freiheit zurück. Daß dies Unfassbare möglich gewesen war, daß man ihn hatte für einen Dieb und Mörder halten können, hatte seinem Selbstvertrauen und seinem Glauben an die Menschen einen Stoß verleiht, unter dem all seine sorglose Lebensfreude scheinend für immer in Trümmer gegangen war.

Geschäftsempfehlung. Als früherer Inhaber des Süddeutschen Delikatessen-Hauses Karlsruhe Kreuzstraße 24, mache ich meiner verehrl. Kundschaft die ergebenste Mitteilung, daß ich am 1. November d. Js. das in weitesten Kreisen von Stadt und Land bekannte und bestens eingeführte Delikatessen-Geschäft

Badischer Verein für Geflügelzucht, Große Geflügel- und Taubenschau am 8. und 9. Dezember im Schremsbach-Platz, Friedrichsallee. Der Verein am 2. Dezember. Standorte: Fahrer, Gänse, Enten und Truthühner 1 Bühnen oder deren Wert am Ausstellungsstande bis 3 Nummern; Tauben und Zwerg 1 Bühnen bis zu 5 Nummern.

Praktische Weihnachts-Geschenke Schiafdecken Jacquarddecken weiß u. bordeaux Bettmaste Lagerbesuch für jedermann lohnend Arthur Baer Kaiserstraße 133 eine Treppe hoch, Eingang Kreuzstraße.

Der Rentenmark-Post-Tarif vom 1. Dezember 1923 ist in unserer Geschäftsstelle, Ritterstraße 1, zum Preise von 5 Gold-Pfg. zu haben.

Reise-Koffer Handkoffer Damen-Taschen Besuchs-Taschen Akten-Mappen etc. Goufr. Dischinger vorm. B. Klotter Spezialgeschäft für Reiseartikel und Lederwaren. Kronenstr. 25. Telefon 2618.

Badische Landwirtschafts-Bank e. G. m. b. H. Karlsruhe Lautenbergstr. 3 Errichtung von Goldmark-Konten Entgegennahme v. Weizen-Spar-Einlagen



HAMBURG-AMERIKA LINIE NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-AMERIKA AFRIKA, OSTASIEN USW. Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. - Hervorragende III. Klasse mit Speise- und Rauchsalat. Erstklassige Salon- u. Kajütendampfer.

Carl Diehl Karlsruhe Waldstr. 38 Fernruf 726 Uhren - Goldwaren und Reparaturen.

GEBR. LEICHTLIN Spezialhaus für Papier-Ausstattung Zähringerstr. 69 Telefon 48 u. 49 Weihnachts-Geschenke in reichster Auswahl: Feine Brieffapiere, Lederwaren, Schreib- und Zeichen-Materialien, Füllfederhalter etc.

Reichsverband der Fabrikanten von Karlsruher hat die von ihr ausgegebenen Gutschein M 10 und 20 Millionen sowie 1 Milliarde Mark mit Wirkung vom 1. Dezember 1923 zum Einzug anzuwenden.

Das Ideal schöner Hausmusik sind die Grammophon- und Parlophon-Apparate elektr. und mit Federantrieb. Aufnahmen von Caruso u. anderen ersten Künstlern.

Jagdpatent-Versteigerung Die Gemeinde Hochstetten verleiht am Montag, den 17. Dezember, nachmittags um 1 1/2 Uhr, auf dem Rathaus die Gemeindepacht auf weitere 6 Jahre.

Restaurant „Eintracht“ Karl-Friedrichstraße 30 Sonntag 5 Uhr erstklassiges Künstler-Konzert.

Unterricht Deutsch-Engläncler in erhalt. Wohnungen Engl. u. Abg. G. Schneider Kaiserstr. 86, 1 Treppe.

Festhalle Samstag, 8. Dezember, abends 7 1/2 Uhr 40. Stiftungs-Konzert des Lehrergesangsvereins.

K.F.V. Sportplatz, Hardtstraße verl. Neckstraße. Sonntag, 2. Dezemb. 1923, 1 Uhr K. F. V. gegen Gaggenau.

Motorsportklub Karlsruhe (A.D.A.C.) Jeden Freitagabend Stammtisch im Moninger unteres Bierlokal.

Spieler-Versammlung Moninger Gartensaal. Mittwoch, den 5. Dezemb. abends 8 Uhr.

Badisches Landestheater Sonntag, den 2. Dezember 1923 vorm. 11 1/2 - 1 1/2 Uhr Sp. 1 A 1,50 abends 6 1/2 - bis geg. 9 1/2 Uhr Sp. 1 A 7,20 Th.-Gem. u. V. B. Nr. 601 - 602 Die Bohème.

Nachfrage unerwarteten Schwierigkeiten begeben sollte. Ein Testament war nicht vorhanden, und so schien Erich von Trostau nun doch der einzige Anwärter auf den Besitz des „Millionengartens“ und der Reichthümer der alten Frau zu sein.

viele andere nach sich ziehen würde. Wolf Meiners war ohne sein Zutun mit einem Mal „in die Mode“ gekommen und über Nacht zu einem Gegenstand des Neides für gar viele geworden, die noch vor wenig Monaten mit einer Art von Wittich auf ihn herabgesehen hatten.

(Schluß folgt.)